

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 8.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13 003.

**Inseratenpreise:**  
Die 7gespaltene Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Platzvorschritt 1.50 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Der Bolschewismus in Asien.

### Erzberger enthüllt wieder.

Berlin 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einer Zentrumsversammlung in Stuttgart sprach der Reichsfinanzminister Erzberger über die gegenwärtige politische Lage und machte nach einem Telegramm des Berliner Tageblatts dabei bedeutungsvolle Mitteilungen. Der erste Teil seiner Rede war den Geschäftsführungen der Reichsparteien gewidmet. U. a. teilte er dabei mit, Hindenburg sei es selbst gewesen, der ihm feierlich bei den Waffenstillstandsverhandlungen ein Telegramm gesandt habe, wonach er den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen solle, auch wenn seine Mitteilungen zu erzielen seien.

Auf finanziellen Gebiete kündigte Erzberger zwei neue Steuerentwürfe an: eine Vermögenszuwachs- und eine Körperschaftsteuer und machte nähere Angaben über die in Vorbereitung begriffene große Beamtenbesoldungsreform.

Das Körperschaftsteuergesetz soll alle die Träger oder Bezahler von Einkommen erfassen, die nicht der Einkommensteuer für die natürlichen Personen unterliegen. In dieser Steuer soll auch eine Abgabe auf die tote Hand enthalten sein. Der Steuerfuß soll 10 Prozent betragen und steigt bei Erwerbseinkünften auf 20 und 30 Prozent des Einkommens. Das Ergänzungsteuergesetz soll den Vermögenszuwachs besteuern, indem es die sich neu bildenden Vermögen erfasst. Die Sätze sollen relativ niedrig gehalten werden und mit 10 Prozent endigen.

Die Besoldungsreform ist wie folgt gedacht: Das Grundgehalt soll den Beamten rechtzeitig die Errichtung eines eigenen Hausstands ermöglichen, und Ortzulagen sollen für die örtlichen Verhältnisse den notwendigen Ausgleich bieten. Durch Kinderzulagen soll dem Anwachsen der Familienlasten Rechnung getragen werden. Eine Vereinfachung in der Zahl der Beamtenklassen soll eintreten.

### Verzögerung der Ratifikation.

Ueber eine neue Verzögerung in dem Austausch der Ratifikationsurkunden wird aus Paris berichtet. Die Schuld für die abnormale Verzögerung wird auf die ungenügenden Vollmachten des Herrn Simon geschoben. Man sagt, er könne keine selbständigen Entscheidungen treffen und müsse wegen jeder strittigen Frage erst bei der Berliner Regierung Instruktionen einholen. Die schnelle Ratifikation hänge also eng von der raschen Übermittlung der Instruktionen der deutschen Regierung an ihre Pariser Delegation ab.

Nach einer Meldung aus London erklärte Lord Robert Cecil in einer Versammlung in Leeds, die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund müsse bejahend entschieden werden. Die allgemeine Sicherheit werde dadurch nicht verlieren, sondern gewinnen.

### Die Entente gegen die Truppenansammlungen in Oberschlesien.

Lu. Bern, 3. Januar. In einer Note an die deutsche Abordnung in Paris weist die Entente auf die angebliche Häufung von militärischen Nachschuttseln in Oberschlesien hin.

### Englische Flottenmanöver im Mittelmeer.

Kopenhagen, 3. Januar. Auf Befehl der britischen Admiralität sollen Mitte Januar große Manöver der britischen Atlantik- und Mittelmeerflotte im Mittelmeer stattfinden. Es soll eine Streitmacht entsandt werden, wie sie von gegenwärtigen Generationen noch nicht gesehen worden ist. Es wird betont, daß die Manöver keinen politischen Zweck haben, andererseits wird hervorgehoben, daß die Admiralität eine Gelegenheit habe, die strategisch-taktischen Probleme im Mittelmeer zu studieren. Dem Popolo d'Italia zufolge haben diese Nachrichten in Rom große Beunruhigungen hervorgerufen. Es wird angenommen, daß England dadurch seinen künftigen Forderungen gegenüber Italien Nachdruck verleihen wolle.

### Vordringen des Bolschewismus im Südoften.

Pariser Zeitungen veröffentlichen Einzelheiten über die Unruhen in Persien. Eine Depesche aus Teheran an die Times meldet, daß die Lage an der jährlichen Grenze Persiens sich rasch verschlimmert. Die Bolschewisten rücken längs der Transkaspischen Bahn vor und machen erbitterte Anstrengungen, die Stellung von Kasanowitsch, den Endpunkt der Bahnlinie am Kaspischen Meer, zu erreichen. Dagegen amtlisch in London eingetroffene Nachrichten melden, daß die roten Truppen noch über 120 Kilometer von dieser Stadt entfernt sind, meldet der Korrespondent der Times, daß sie viel näher seien, und die weißen Truppen sich zurückzögen. Der Grund des Vordringens der roten Truppen, das Kaspische Meer zu erreichen, ist offensichtlich das dringende Bedürfnis nach Petroleum.

Es entwickelt sich eine lebhaft antienglische Propaganda in den mohammedanischen Staaten Zentralasiens. Eine bolschewistische Liga unter dem Namen „Liga zur Befreiung des Orients“ erklärt, daß ihr Persien und Afghanistan als Kanäle dienen sollen, um das rote Evangelium in Indien einzuführen. Das Gerücht, daß Enver Pascha kürzlich in Tashkent eingetroffen sei, scheint nicht ohne Begründung zu sein. Eine Londoner Depesche aus Delhi an das gleiche Blatt meldet, daß die indische Regierung lebhaft die bolschewistische Propaganda in Zentralasien unterdrücke.

Schließlich von Teheran haben, wie der Corriere della Sera aus Konstantinopel meldet, neue Kämpfe zwischen den kassidischen und den Truppen stattgefunden. Ueber Teheran wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Führer der unabhängigen Bewegung sind verhaftet worden.

### Zur Januarerhebung 1919 in Berlin.

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einem Leitartikel der Freiheit bespricht Genosse Ledebour die Berliner Erhebung vor einem Jahre. Er erklärt: „Die Januar-Erhebung war der historisch notwendig gewordene Tatbeweis dafür, daß es dem Berliner, daß es dem deutschen Proletariat Ernst war mit der Revolution. Es war eine Probe auf die Lebensfähigkeit der beiden Parteien, in die die Revolutionsbewegung damals wie heute verfiel, der Unabhängigen und der Kommunisten. Hätten sie damals versagt, so hätten sie ihre Zukunft geopfert und mit ihr den Sieg der sozialen Revolution auf unbeschreibliche Zeit verteuert. Demgegenüber ist es völlig belanglos, daß uns ein augenblicklicher Erfolg nicht besiegen darf.“

Ledebour führt weiter aus, daß im November Massen und Führer versagt hätten. Die Führung hätte vor einem sofortigen Vorschlagen an dem Termin zurückgeschreckt, der der revolutionären Bewegung einen Sieg, und zwar nicht nur einen Anhangserfolg verbürgte hätte: dem 5. November. Dadurch wären die Rechtssozialisten zu Herren der Situation geworden und Parteileitung sowie Fraktion der Unabhängigen hätten ihnen das noch durch den Eintritt in die Regierung erleichtert. Die Erfahrungen, die die Arbeiterchaft mit der Politik der neuen Machthaber gemacht hätten, hätten dann aber anfruchtbar und ausfallend gewirkt. Die Stimmung wäre immer kritischer geworden. Auch die Rechtssozialisten hätten das gesehen und wären dadurch auf den Gedanken gekommen, einen „Präventiv-Krieg“ herbeizuführen. Dazu hätte ihnen die widerrechtliche Entsetzung der letzten Reichspräsidentin der L. S. V., die diese noch in Berlin innegehabt hätte, gedient: die gewalttätige Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn. Diese Herausforderung hätte sich die revolutionäre Arbeiterchaft Berlins nicht gefallen lassen können, ohne sich selbst anzugeben. Ledebour nennt die einzelnen Aktionen, die dann am 5. Januar stattfanden, schwere Fehler, da sie wegen der Kräfteverteilung nur der Regierung zum Vorteil gereicht hätten. Aber daß die für einheitliches Vorgehen disziplinarisch nicht genügend geschulten Massen jenen politischen Verlockungen Folge geleistet haben, ist andererseits ein zwingender Beweis dafür, daß ein Nachgeben in diesem Stadium überhaupt für uns unmöglich wäre.

Es wäre damals das unvermeidliche Gebot der Stunde gewesen, zum Massenstreik und zum Sturze der Regierung aufzurufen. „Es kam in jener Zeit vor allem darauf an, zu beweisen, daß auch in dem revolutionärungewohnten deutschen Volke wenigstens die proletarischen Massen stark und opferbereit genug sind, um Freiheit und Leben einzusetzen für die höchsten Ziele der Menschheit. Dieser Beweis wurde erbracht, und darin liegt das große geschichtliche Verdienst der revolutionären Arbeiterchaft Berlins im Januar 1919.“

### Winnig bleibt.

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach längerer Aussprache mit dem Oberpräsidenten Winnig nahm der sozialdemokratische Provinzialvorstand Ostpreußens, dem Berliner Tageblatt zufolge, eine Entschlüsselung an, worin ausgedrückt wird, daß der Bezirksvorstand den Bestrebungen Winnigs als Oberpräsident die parteipolitischen Auseinandersetzungen nach Möglichkeit auszuschalten, volles Verständnis entgegenbringt. Infolge des Verhaltens der Rechtsparteien, die diesen Bestrebungen ablehnend gegenüberstünden, seien Meinungsverschiedenheiten entstanden, sie seien jedoch kein Grund, ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Oberpräsidenten abzulehnen.

Der Bezirksvorstand sei einzig in dem Wunsche, daß der Genosse Winnig auf seinem Posten verbleibe, Entwürfe jedoch daran die Erwartung, daß sich das Zusammenarbeiten zukünftig enger gestalten werde als bisher.

### Die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten.

Vor kurzem hat Herr Heinrich Schulz vor den Funktionären der Berliner Rechtssozialisten angekündigt, daß seine Partei in dem bevorstehenden Wahlkampf für den Reichstag einen schärferen Trennungspunkt gegen die Unabhängige Sozialdemokratie ziehen, dagegen mit Zentrum und Demokraten auch künftig eine Gemeinschaft bilden würde. Diese unzweideutige Wahlparole hat hier und da einiges Erstaunen hervorgerufen; denn noch vor wenigen Wochen hätte doch Herr Scheidemann zum Kampf gegen die Reaktion aufgerufen, und im Zeichen dieses Kampfes sollte sich die Einigung des Proletariats vollziehen. Nun kommt aber das Gegenteil davon: die Rechtssozialisten richten ihre Front nach links gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, die Partei der revolutionären Proletariats, und öffnet ihre Arme weit nach rechts, um mit ihnen die Parteien der Herkules und der kapitalistischen Bourgeoisie zu umfassen. Dieser Widerspruch zwischen der radikalen Phrase und der reaktionären Tat braucht allerdings den nicht in Staunen zu versetzen, der aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei weiß, wie sie während des Krieges und besonders nach dem Endscheiden der Opposition sich völlig in ein reformistisches Gebilde verwandelt hat, das sich von den bürgerlichen Parteien nicht viel mehr als nur durch den Namen unterscheidet.

Der rechte Flügel der alten Sozialdemokratie hat schon vor dem Kriege den Klassenkampf als Unfug bezeichnet und als wichtigste Aufgabe der Partei die parlamentarische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien gefordert. In Süddeutschland kam das besonders deutlich zum Ausdruck, wo man, je nachdem die Konjunktur es erforderte, mit dem Zentrum oder mit den Liberalen sich verbündete und auf diese Weise die „Reaktion“ bekämpfte. Erreicht wurde damit nur, daß dort, wo der proletarische Klassenkampf und der revolutionäre Wille zur völligen Umgestaltung der Gesellschaft aufgegeben wurde, auch die Partei ihren bisherigen Charakter verlor, das Parteileben verflüchtete und verflachte. Den Vorteil hatten davon die bürgerlichen Parteien, denen jetzt die indifferenten Arbeiter wieder zuliefen, da ihnen die Sozialdemokratie nichts wesentlich Besseres mehr bieten konnte.

Beim Kriegsbeginn bekam dieser Flügel Oberwasser. Die unterschiedenen Elemente in der Partei, die bisher noch zwischen rechts und links geschwankt, bei wichtigen Entscheidungen sich aber, alter Gewohnheit und Tradition gemäß, auf die linke Seite geschlagen hatten, wurden nunmehr von den Reformisten fortgerissen. Ihnen schloßen sich auch solche Leute an, die bisher Vorführer des Radikalismus waren, es jetzt aber für das Gebot der Stunde erachteten, sich eine neue Überzeugung beizulegen. Die Partei selbst konnte in der ersten Kriegszeit nicht reden, nur so lautete die Kriegsbegeisterter Partiführer in den Parlamenten und unter dem Schutze der Zensur in der Presse. Es schien anfänglich so, als wenn nur eine ganz schwache Opposition gegen die Koalitionspolitik der Parteiführer, die sich mit der Kriegspolitik der Regierung deckte, vorhanden sei. Gustav Noske, der heutige Reichswehrminister, hat in der im Jahre 1915 erschienenen Sammelchrift „Die Arbeiterchaft im Neuen Deutschland“ die damalige Situation folgendermaßen geschildert:

„Die sozialdemokratischen Vereine haben sich, nachdem der Unfriede proklamiert war, der öffentlichen Betätigung fast vollständig enthalten. Sie begnügten sich damit, ihre Verwaltungsarbeiten zu erledigen. In ungeschwächter Kampfbereitschaft sollen sie am Tage des Friedensschlusses auf den Plan treten können. Es ist nicht überflüssig, nochdrücklich darauf hinzuweisen! Die Verflüchtigung des Bürgerkriegs schloß den politischen Kampf während der Dauer des Krieges aus. Es war jedoch für die Stimmung der Bevölkerung nicht gleichgültig, ob mit Zwangsmahregeln eine Opposition unterdrückt oder mit Rücksicht auf die gefährdete Sicherheit des Reichs freiwillig von politischen Kampfmaßnahmen abgesehen wurde. In den verfloßenen neun Monaten hat kaum ein Licht von Süden auf die Geflossenheit des für seine Existenz kämpfenden deutschen Volkes gewirkt.“

Nun dieser Überzeugung hat der größte Teil der sozialdemokratischen Zeitungen sich entschlossen die Betonung der Verantwortlichkeit des von Deutschland geführten Kampfes, als unserm Volke aufzuzwingen, zur Aufgabe gemacht. Mehr wie eine Million sozialdemokratischer Blätter gehen täglich ins Land hinaus. Viele tausend Exemplare gelangen in die Schützengräben und an die Kampffront. Eines besonders großen Vertrauens erfreut sich die sozialdemokratische Presse bei ihren Lesern. Befestigung des Vertrauens, wie Sache unsres Vaterlandes, Bedingung des Verständnisses für die unabwendbaren wirtschaftlichen Schäden, die der Krieg im Gefolge hat, die Beschleunigung des jeden Tag von neuem keimenden Unwides über die Teuerung, Erhaltung höchster Opferbereitschaft bei den Kämpfern liegen sich die meisten unsrer Zeitungen angelegen sein.

Auch wenn sie Entgleisungen bei der Beurteilung des Auslandes entgegentrat, oder innerpolitische Maßnahmen forderte, bezog, bekämpfte, erwies die sozialdemokratische Presse sich als einflussvolle Förderin der Sache Deutschlands.

Die Koalition mit den bürgerlichen Parteien hatte sich also tatsächlich damals schon gebildet, der Diktator, von den Konventionen proklamiert, war von den damaligen sozialdemokratischen Führern in ihrer Mehrzahl mit Begeisterung akzeptiert worden. Einigen von ihnen allerdings erschien die Aufgabe des Klassenkampfes der Partei vorläufig nur als ein durch den Krieg und durch den Diktator erzwungener Aufwand, der mit Friedensschluß wieder sein Ende erreichen würde. Sie glaubten, in völliger Verkennung aller Gesetze des wirtschaftlichen und politischen Lebens, daß der Krieg die Klassengegensätze aufgehoben, Ausbeuter und Ausgebeutete, Kapitalisten und Proletarier, also Wölfe und Lämmer, zu Brüdern gemacht habe. Andre dieser Parteiführer dagegen sahen schon das goldene Zeitalter heraufsteigen, in dem es überhört keine Parteikämpfe mehr geben, sondern alle Interessentkämpfe sich in der schönsten proletarischen Harmonie auflösen würden. So sagte Robke in demselben Aufsatz:

„Reformen und Revolutionierungen, die unbedingt erfolgen müssen, brauchen jedoch nicht unbedingt den härtesten Parteikampf zur Voraussetzung zu haben. Die Sozialdemokratie wird gewiß nicht den Kampf um seiner selbst willen herbeiführen.“

Von einer großen Anzahl von Parteiführern wurde denn auch die Forderung vertreten, daß die Partei auch über den Krieg hinaus den Klassenkampf vernehme, die Forderung revolutionärer Umwälzungen aufhebe, sich mit den bürgerlichen Parteien zu einem gemeinsamen Arbeit vernehme, also eine Partei mit reformistischem, bürgerlichem Charakter werde. Der vor einigen Monaten gestorbene Hugo Dettmann, der als kritischer Berater des Parteivorstandes und des Generalkomitees der Gewerkschaften eine einflussreiche Rolle spielte und während des Krieges einer der besten Führer für den Sozialimperialismus war, hat diese Forderung in einer anderen Sammelchrift: „Von inneren Frieden des deutschen Volkes“ in folgender Weise formuliert, wobei er sich noch auf seinen Westmünster-Genossen Fein in Dessau berufen konnte:

„Welche Politik den Interessen der Arbeiterklasse dient, darüber kann man streiten. Aus dem Begriffe des Klassenkampfes aber kann keine, wie immer geartete Antwort gefordert werden. Eine solche ist, um es noch einmal zu sagen, allein aus jeweiligen historischen Verhältnissen zu gewinnen. Diese aber führen uns heute in die Mitte des Weltkrieges und aus den Ergebnissen des Weltkrieges heraus zu der klaren und unabweislichen Erkenntnis, daß der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse bedingt ist durch die Abkehr von der revolutionären Phrase und durch die Bereitwilligkeit der Zusammenarbeit mit allen anderen Klassen des Volkes in den Lebensfragen der Nation, da die Interessen des Proletariats hier mit denjenigen der übrigen Volksgenossen zusammenfallen.“

Man mache sich nur endlich von dem Irrtum los, die heutige Arbeiterklasse mit ihrem auf praktische Erfolge gerichteten Sinn mit jenen Theoretikern zu identifizieren, die mittels verfeinerter Dogmen die Arbeiterbewegung zu den den Staat neugierigen Anschauungen zurückführen möchten, die in der Jugendzeit der Arbeiterbewegung galten und heute gründlichst überwunden sind. In seinem Aufsatz: „Heber die Schlagworte vom Klassenkampf und Klassenstaat“ (Sozialistische Monatshefte 3. Heft 1916) sagte Fein mit vollem Recht: Die heutigen Arbeiter „wollen vorwärts, sie wollen los von der Verfluchung, frei werden von der Herrschaft leerer Begriffe von Healität. Sie wollen nicht Prinzipien reiten, sondern ihr Leben verbessern. Und dazu gehören klare Denker, Abkehr von der Herrschaft tyrannischer Schlagworte, und zuletzt, aber nicht am wenigsten, der Wille, aus dem bloßen Aktionismus zum Schaffen, zum wirklich umwälzenden Tun zu kommen. Der Krieg hat uns die Einheit der Nation als lebendige Anschauung erkennen lassen. Was in der drängenden Not des Kampfes um unsere Zukunft adoren wurde, darf bei deren Aufbau in der kommenden Friedenszeit und nicht wieder verloren gehen.“

Es war selbstverständlich, daß den Vertretern solcher Anschauungen die Parteigemeinschaft mit denen, die ihre Heberzeugung nicht wie ein Hemd wechseln konnten, als eine Schmach erscheinen mußte. Die Annäherung an die bürgerlichen Parteien und an die bürgerlichen Auffassungen war so weit gediehen, daß man die Anhänger des proletarischen Klassenkampfes als Gegner ansah. In seinem im Jahre 1916 erschienenen Buch: Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege brachte das Konrad Haenisch bei der Schilderung der Spaltung im preussischen Abgeordnetenhaus folgenden Ausdruck:

„Es war ein durchaus unangenehmer Zustand, in dem wir zuletzt lebten und nirgends vielleicht fühlte man das tiefer, als im preussischen Abgeordnetenhaus. Immer wieder ist es da dem Schreiber dieser Zeilen so gegangen, daß, sobald Krisenströme und die große Not des Vaterlandes behandelt wurden, er innerlich sich den Weinhäusern und Pächtern, den Camps und Friedberg, ja sogar noch weiter rechtsliegenden Gegnern im Grunde weit mehr verbunden fühlte als den Liebknecht und Thälmer, den Wolff, Hoffmann und Kasper. Da hat man denn wohl mehr als einmal den Sitzungssaal verlassen, um nicht auch offen den Gegnern gegen die eigenen Fraktionskollegen recht geben zu müssen. Das war ein unwürdiger und innerlich unwahrer Zustand, dem so oder so ein Ende gemacht werden mußte. Nun ist die Zeit der saulen Kompromisse vorbei, nun hat jeder Teil seine volle Aktionskraft erlangt und kann, ungehemmt durch die nervenermüdenden inneren Kämpfe der hinter uns liegenden Tage seine Politik treiben, die Politik, wie sie Pflicht und Gewissen vorschreiben.“

Derselbe Haenisch sah auch, wie der Krieg dem Kapitalismus ein Ende bereitet und uns mitten in das sozialistische Paradies hineinversetzt hatte. In der Glorie des großen Kriegeschiebers Parvus sagt er darüber am 18. September 1916:

„Der Kapitalismus ist bled leben, aber er sozialisierte sich. Keine noch so arge Unzulänglichkeit in der Durchführung einzelner Maßnahmen dieses großen Prozesses, keine noch so bellagende Rücksichtnahme auf Erzeuger, und Händlerinteressen darf uns darüber hinwegführen, daß sich hier vor unseren Augen eine Revolution vollzieht, die unendlich viel bedeutungsvoller ist als das Zerbrechen von ein paar Kronen und Königskrone.“

Kann man sich darüber wundern, daß Leute mit solchen Anschauungen im November 1918 alles taten, um zu verhindern, daß aus dem militärischen und politischen Zusammenbruch Deutschlands sich eine revolutionäre Umwälzung gestalte, die zur Bewirkung des Sozialismus führen mußte? Dieser Zusammenbruch bot ihnen nur die längst erwünschte Gelegenheit, zu Ministerposten und anderen Würden zu kommen, die ihnen das alte Regime trotz ihrer nationalen Verdienste bisher vorenthalten hatte. Kam in Besitz der Regierungsmacht hatten sie nichts Giltigeres zu tun, als den Aufschwung der bürgerlichen Parteien wieder herzustellen und die völlige Ausrottung der Revolution zu unterbinden.

Wir sehen also, daß die Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien durchaus keine neue Erscheinung in der Politik der Rechtssozialisten darstellt, sondern daß sie nur die Fortsetzung der während des Krieges getriebenen Politik darstellt.

## Zur Kritik des Betriebsrätegesetzes.

### Die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte.

Die revolutionären Betriebsräte, die die Klassenbewußte Arbeiterklasse erstreckt, sollen Organe zur Vorwärtstreibung der sozialen Revolution sein. Sie sollen das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel des Unternehmens erhalten und der wirtschaftlichen Reorganisation der Arbeiterklasse übertragen. Sie sollen durch die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, durch die Schaffung einer genauen Produktionsstatistik die Grundlage für eine sozialistische Wirtschaft schaffen. Das ist im revolutionären Sinne ihre oberste Aufgabe. Es ist die Durchführung der Arbeiterkontrolle über die Produktion. Daneben stehen als andre wichtige Aufgaben der Schutz der Arbeitskraft und die Erhöhung der Produktivität durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden.

Entsprechend diesen Aufgaben müssen die Rechte revolutionärer Betriebsräte weitgesteckt sein. Sie müssen das durch keinerlei Geschäftsgeheimnis eingeschränkte Recht der vollständigen Information über alle Einzelheiten der Betriebsführung in lausmännischer und technischer Hinsicht haben, worin das Recht der genauesten Büchereinsicht und Kontrolle einbezogen sein muß. Dem Unternehmer muß eine unbegrenzte Auskunftspflicht den Betriebsräten gegenüber auferlegt werden. Dadurch wird es möglich sein, eine genaue Produktionsstatistik zu schaffen, weiter, die technischen und sonstigen Vorzüge der bestorganisierten Betriebe auf alle Betriebe zu übertragen und dadurch die Produktivität im allgemeinen zu steigern.

Das Betriebsrätegesetz der Regierung weist den Betriebsräten grundsätzlich eine andre Aufgabe zu. Es stellt als Grundsatz fest, daß der Betriebsrat den Arbeitgeber „in der Erfüllung der Betriebszwecke unterstützen“ soll. In der kapitalistischen Gesellschaft ist der Betriebsrat der kapitalistischen Einzelwirtschaft die Erzielung des Unternehmerrgewinns. Die Unterstützung des Unternehmers durch den Betriebsrat zu diesem Zwecke läuft also darauf hinaus, die Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Einzelunternehmung durch die Steigerung der Produktivität, durch die Erhöhung des Unternehmerrgewinns zu erhöhen. Nicht die sozialistische Gemeinwirtschaft wird dadurch herbeigeführt, sondern die Wirtschaftsdiktatur verewigt.

Diesem grundsätzlichen Ziele des Betriebsrätegesetzes der Regierung entspricht es, wenn die für die Betriebsräte vorgesehenen Rechte ihre Schranke finden an dem kapitalistischen Geschäfts- und Betriebsgeheimnis.

Im § 70 des endgültigen Entwurfs nach der Unredigierung wird für die Vertreter des Betriebsrats im Aufsichtsrat festgestellt:

Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Im folgenden § 71 wird festgestellt, daß der Betriebsrat Auskunft über „alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer betreffenden Betriebsvorgänge“ von dem Unternehmer nur verlangen könne, „soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden und gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen.“ Außerdem wird auch diese Bestimmung noch ergänzt durch die Verpflichtung, Stillschweigen über vertraulichen Angaben zu bewahren.

Für den Fall der Verletzung dieser Vorschriften werden die Betriebsratsmitglieder nach § 100 mit Gefängnisstrafe und daneben Geldstrafe bis zu 3000 Mark bedroht — während der Unternehmung, der auf das ganze Gesetz trifft, höchstens mit Haft oder Geldstrafe bis 2000 Mark bestraft werden kann.

Der Schutz des kapitalistischen Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses war also die vornehmste Sorge der Räter dieses Gesetzes. Dadurch wird eine Betätigung des Betriebsrats im Gemeininteresse ausgeschlossen. Er kann seine Beobachtungen und Erfahrungen weder seinen Auftraggebern, noch andern Betriebsräten übermitteln. Die Möglichkeit, technische Vorteile auf andre Betriebe zu übertragen, die Möglichkeit, durch zweckmäßige Organisation der Betriebsräte einen Ueberblick über die Industrie für die Arbeiterklasse zu gewinnen, wird dadurch verhindert. Die Tätigkeit der Betriebsräte kann nach dem Gesetz nur im Interesse des Unternehmers liegen. Das Gesetz zerreißt die Arbeiterklasse anstatt sie zu organisieren. Es stellt die Betriebsräte der einzelnen Unternehmungen, die nach sozialistischer Forderung Hand in Hand arbeiten müßten, feindselig als Konkurrenten gegenüber, wie die Unternehmer sich wirtschaftlich als Konkurrenten gegenüberstellen. Deshalb ist dieses Gesetz kein Fortschritt zum Sozialismus hin, sondern ein Hindernis. Es dient der Stärkung des Kapitalismus und seiner Verankerung.

Das kommt vor allem auch zum Ausdruck in § 66 Absatz 3, wo es als Aufgabe des Betriebsrats bezeichnet wird:

„den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, insbesondere bei Streiksituationen des Betriebsrats, der Arbeitnehmerschaft, der Gruppe oder eines ihrer Teile mit dem Arbeitgeber, wenn durch Verhandlungen keine Einigung zu erzielen ist, den Schlichtungsausschuß oder eine vereinbarte Einigungs- oder Schlichtungsstelle anzurufen.“

Es soll also die Aufgabe des Betriebsrats sein, den Betrieb vor Streiks zu bewahren. Im ursprünglichen Regierungsentwurf war das offen ausgesprochen, zugleich aber noch ein beschränktes Streikrecht festgelegt durch die Bestimmung, daß die Arbeit nicht eingestellt werden dürfe, ehe dies in gemeinsamer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden sei. Die jetzige Fassung schließt das Streikrecht überhaupt aus. Mit gebundenen Händen soll die Arbeitnehmerschaft diese Bestimmung hinnehmen im Vertrauen darauf, daß ein angeklündigtes Gesetz über die obligatorischen Schlichtungsgerichte, also ein Antistreikgesetz im Sinne des berückichtigten Hilfsdienstgesetzes ihnen vielleicht ein verflaumtes und unbrauchbares Streikrecht zuweist. Der Schutz der kapitalistischen Gesellschaft durch das Betriebsrätegesetz beschränkt sich nicht allein auf die Sicherung der durch das bürgerliche Recht und die Strafgesetzgebung wie das Handelsrecht gezogenen Grenzen gegen jeden sozialistischen Eingriff, er erstreckt sich auf die Betätigung der Arbeiter im Klassenkampf, indem das Gesetz ihnen das wichtigste ihrer Rechte, das Streikrecht raubt.

Was aber bietet das Gesetz nun an positiven Bestimmungen, die den Arbeitern als „Erzwingen“ vorzuziehen werden könnten? Soweit es sich dabei um Rechte der Be-

triebsräte handelt, ist das herzlich wenig. In Betracht kommen die §§ 70, 71, 72.

§ 70 regelt die Vertretung des Betriebsrats im Aufsichtsrat. Der Regierungsentwurf gab ein oder zwei Vertretern des Betriebsrats Sitz und Stimme im Aufsichtsrat — also ein reines Nebenrecht ohne entscheidenden Einfluß. Die jetzige Fassung aber schränkt die Betätigung dieser Vertretung weiter ein. Soweit es sich um Arbeiterinteressen — Lohnfragen — handelt, sollen die Forderungen vorbringen dürfen, soweit aber die Organisation des Betriebes in Frage kommt — also die Hauptsache —, dürfen sie nur „Ansichten und Wünsche“ äußern. Also welche Salbe.

§ 71 gibt dem Betriebsrat das Recht, vom Arbeitgeber Auskünfte zu verlangen über alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer betreffenden Betriebsvorgänge und sich die Lohnbücher vorlegen zu lassen — aber nur unter der Voraussetzung, daß keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden. Der Unternehmer wird dadurch in die Lage versetzt, die Grenzen seiner Auskunftspflicht selbst zu bestimmen.

§ 72 enthält eines der berückichtigten Kompromisse zwischen den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten. Ursprünglich war bestimmt, daß in Betrieben, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, den Betriebsräten jährlich vom 1. Januar 1920 an eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt werden müsse. Jetzt ist die Verpflichtung auf Betriebe beschränkt, die in der Regel mit mindestens 50 Angestellten oder 300 Arbeiter beschäftigt sind. Ferner soll nicht mehr eine Bilanz im Sinne des Handelsgesetzbuchs vorgelegt werden, sondern eine „Betriebsbilanz“. Das ist ein neuer Begriff. In einer ordentlichen Bilanz hat der Unternehmer sein gesamtes Vermögen aufzuführen. In der „Betriebsbilanz“ soll er nur verpflichtet sein, das Vermögen anzugeben, das „wirklich im Betrieb arbeitet“. Es soll also der Willkür des Unternehmers überlassen bleiben, wieviel Kapital er in die Bilanz einsetzt. Er kann danach willkürlich eine Bilanz so fabrizieren, wie es gerade seinen Bedürfnissen entspricht, und die Arbeiter, die aus einer ordentlichen Bilanz so gut wie nichts erfahren können, und wären sie selbst noch so sehr bilanzkundig, werden aus einer so gefälschten Bilanz erst recht nichts erfahren. Bestimmend für die Einführung dieser „Betriebsbilanz“ war die Furcht, daß die Arbeiter die gehauchte Kostlage so mancher Unternehmer sich näher betrachten könnten, und nicht zum wenigsten die Furcht vor der Steuerbehörde. Obendrein soll die Vorlegung dieser Betriebsbilanz erst ab 1. Januar 1921 erfolgen.

Diese Scheinrechte bleiben weit hinter den Rechten zurück, die sich viele Betriebsräte und Arbeiterausschüsse in Deutschland bereits erkämpft haben. Diese angeblichen „Rechte“ bedeuten daher in Wahrheit nur einen Abbau des bisher Erzwungenen.

Wenn die Arbeiterklasse den grundsätzlich antisozialistischen Charakter des Gesetzes in Betracht zieht, wenn sie die Bedeutung der „Rechte“ ermisst, die ihr gegeben werden sollen, wenn sie ferner sich die Wahl- und Organisationsbestimmungen für die Betriebsräte betrachtet und sich vergewissert, daß, soweit sozialpolitische Aufgaben in Betracht kommen, Arbeiter- und Angestellte künstlich auseinandergerissen werden sollen durch Schaffung von Sondervertretungen, so gibt es für sie nur eine Konsequenz: sie muß mit allem Nachdruck den Kampf gegen das gesamte Gesetz aufnehmen.

## Was sich mit der „nationalen Ehre“ nicht verträgt.

Im Berliner Tageblatt hat der General Graf Montgelas zur Auslieferungsforderung die Forderung gestellt, alle von der Entente geforderten Kriegsverbrecher sollten sich freiwillig stellen. Er schrieb:

Die Geschichte aller Zeiten kennt ähnliches Unrecht nicht. Trotzdem, wie die Dinge liegen, das Gebot der Stunde wird lauten: Jeder Geforderte stelle sich. Keiner von uns, die wir im Feindesland landen, kann wissen, ob sein Name in der Liste enthalten sein wird, bei deren Zusammenstellung Rücksicht und Nachgiebigkeit gegen sensationellere Instinkte mitgewirkt haben.

Alles das wäre es, zu stehen oder sich zu verbergen. Gewalttätiger Widerstand aber bedroht das Vaterland mit neuen, schweren Gefahren und trägt Zwiespalt in die Reihen unseres Volkes.

Wer, in Kriegsgefangenschaft, wirklich gefehlt hat, der sei Mannes genug, dafür zu stehen.

Nach der Anschauung aller rechtlich denkenden, aufrechten Männer ist diese Forderung eine Selbstverleumdung. Wer gefehlt hat, muß auch den Mut haben, die Folgen seiner Handlungen zu tragen. In diesem Falle müßte das für die Beteiligten besonders leicht sein, weil diese ja angeblich alles nur „aus Liebe zum deutschen Volke“ getan haben. Das geliebte deutsche Volk wird aber, wie Graf Montgelas ganz richtig schreibt, den allerhöchsten Gefahren ausgesetzt, wenn sich die Schuldigen der Verfolgung entziehen. Die edlen Herren aber, die sich als die einzigen wahren Hüter der deutschen nationalen Ehre fühlen, denken über diese Selbstverleumdung ganz anders. In der Deutschen Tageszeitung schreibt E. R. (Graf Reventlow, einer der schlimmsten Kriegsheker und Annektionenpolitiker):

Unfrei Überzeugung nach verliert derjenige seine Pflicht dem Vaterlande und seinem Volke gegenüber, der sich freiwillig stellt. Die betreffenden Personlichkeiten werden im Gegenteil dem deutschen Namen und dem Vaterlande und seiner Zukunft nur dann einen Dienst leisten, wenn sie sich nicht freiwillig stellen.

Und die Deutsche Zeitung schreibt: Jeder Deutsche, der sich freiwillig der Entente anbeugt, wirkt mit bei der moralischen Enttötung des deutschen Volkes. Man will uns gleichwohl unsere Ehre rauben. Darum ist der Mut des Grafen Montgelas auf das Schärfste zu bekämpfen.

Nach den Anschauungen jener deutschen nationalen Kreise vertritt es sich mit der „nationalen Ehre“ sehr gut; daß der deutsche Name durch die Schandtaten des preussisch-deutschen Militarismus in der ganzen Welt geschändet wurde. Unverzeihbar ist es dagegen mit ihrer „nationalen Ehre“, daß jetzt die Schänder des deutschen Namens zur Rechenschaft gezogen werden. Wie stolz jene Leute auch jetzt noch mit dem Geschick des deutschen Volkes spielen, zeigt der Schlusssatz in dem Artikel der Deutschen Zeitung. Das Blatt schreibt:

Kein Deutscher darf sich der Entente freiwillig stellen. Sie soll versuchen, ihre Zwänge zu lösen, das würde ein Spektakel sein, das in der Weltgeschichte als ein ewiges Schandmal fortbestehen wird.

Das Blatt zeigt also mit aller Deutlichkeit, daß die Deutschen ein gewaltiges Eingreifen der Entente mit allen ihren für Deutschland verhängnisvollen Folgen provozieren wollen. Ist ihnen das Unglück, in das sie das deutsche Volk durch ihre stuchwürdige Kriegspolitik gestürzt haben, noch nicht groß genug?

## Die „Ketter der Kultur“.

Der Freiheit wird von einem in Mitau ansässigen Deutschen über den Rückzug der deutschen Baltikumtruppen folgendes berichtet:

Am 5. November wurden die deutschen Truppen der Eisen Division von den Esten angegriffen und wurden bis Ost zurückgejagt. Internen nahmen die Truppen der Bauern die Pferde und das Vieh weg. So sich die Esten widersetzen, wurden die Säuer in Brand geschickt. Das Einmattillion Rostock hat sich dabei am stärksten hervorgetan. Seine Offiziere haben den Plünderungen ruhig zu. Als am 24. November Mitau von den Esten genommen wurde, haben vorher die deutsche Volkspolizei und das Bataillon Rostock nahezu sämtliche Äben ausgeplündert und in verschiedenen Straßen Feuer gesetzt. Es sind folgende Häuser abgebrannt: die Post, das Volkshaus, das Hotel Kurland, das Kettische Verleumdung, das Schloss, der Bahnhof, die beiden Kasernen und noch eine ganze Reihe weiterer Gebäude.

Das Freikorps von Brandis hat in der Gegend von Hausda gekämpft und bei seinem Rückzuge die Dörfer Wippen, Ziegen und Salgallen niedergebrannt, Vieh und Pferde mitgenommen. Viele Bauern mußten dabei ihr Leben lassen, andre wurden total ausgeplündert. Fein, Stroh, Hafer und Lebensmittel wurden weggenommen und nirgends bezahlt. Man darf sich nicht wundern, wenn die Deutschen von anderen Völkern nach solchen Schicksalen ihrer Soldaten gehöht werden. In Estland waren die Deutschen lange Zeit sehr angesehen. Aber nach dem monatelangen Mäherwesen, das deutsche Truppen hier entfaltet, empfindet die Bevölkerung gegen Deutschland heute nur noch Haß, und zwar nicht nur die Esten, sondern auch die Deutschen, die sich in Kurland eine Existenz geschaffen haben.

Wie die Freiheit dazu schreibt, stimmen die in dem Briefe enthaltenen Angaben mit denen überein, die ihr von Angehörigen der Baltikumtruppen selbst gemacht worden sind. Die Wegnahme der Pferde und des sonstigen Viehes während des Rückzuges geschah auf Befehl der Offiziere. Daneben haben die Truppen aber auch noch auf eigene Faust geplündert und „sich gesund“ gemacht. Jetzt sehen diese Banden, auf die die rechtsstehende Presse fast täglich Loblieder singt, ihre Schandtaten in Ostpreußen gegen die eigenen Landsleute fort. Die Bauern sind nicht mehr Herren ihres Eigentums, sondern werden ebenso behandelt wie die Letztlichen und stauische Bevölkerung im Baltikum. Und diese Banden werden als „Grenzschutz“ bestimmt! Wüßte der Regierung wäre es, dafür zu sorgen, daß die Verbrechen der Baltikumräuber, die das Ansehen des deutschen Volkes so schwer geschädigt haben, endlich gesühnt werden. Die nachsichtige Behandlung, die den Verbrechen bisher zuteil geworden ist, muß sie ja geradezu zu neuen Verbrechen anspornen.

## Eine schnelle Untersuchung.

Der rechtssozialistische Abgeordnete Dr. Lohm stellt dem „Vorwärts“ mit, daß er auf Grund eines Gerüchtes, auf gewissen Aemtern seien Papiere usw., die mit den Sklavengeheimnissen in Verbindung stehen, befragt oder gar bestraft worden, der Staatsanwaltschaft Mitteilung gemacht habe, umso, so führt er fort: „da ja unsere fähigsten Genossen bereits im September den Wunsch geäußert hatten, die Sache Sklar möge sofort und so enger als möglich ihren Lauf nehmen. Andererseits hat der Herr Dr. Lohm gelehrt, wenn man sich heute tags von gewissen brüderlichen Stellen zu versehen hat!“

Am Sonnabendabend konnten die V. V. R. bereits mitteilen, daß dieses Gerücht nach Rücksicht der sofort eingeleiteten Untersuchung „in vollem Umfange unzutreffend“ sei. Die Untersuchung ist also mit einer sonst ganz ungewohnten Schnelligkeit durchgeführt und beendet worden. Man erwidert allerdings nicht, wer sie geführt und in welchen Aemtern sie veranstaltet worden ist. Deshalb darf man berechtigte Zweifel darüber hegen, ob damit das Gerücht wirklich vollständig widerlegt worden ist.

## Der weiße Terror in Ungarn.

Die Wiener Arbeiter-Zeitung veröffentlicht ein langes amtliches Protokoll über die Hinrichtung ungarischer Kommunisten in Waizen, wo von 200 Verhafteten 10 ausgewählt und ohne rechtmäßige Verhandlung erschossen wurden. Weiter berichtet die Arbeiter-Zeitung aus Wiener-Neustadt, daß in Neufeld an der ungarischen Grenze 12 deutschösterreichische und 5 deutschböhmisches Sozialdemokraten verhaftet und in das Hauptquartier der ungarischen Nationalarmee verfrachtet worden sind.

Das Budapester Straßengericht hat gegen den ehemaligen Volksbeauftragten Bela Kun Anklage erhoben wegen „Mordes“ in 236 Fällen, „Raubes“ in 10 Fällen und „Diebstahls“ in 6 Fällen und wird von der deutschösterreichischen Regierung noch einmal seine Auslieferung verlangen. Es sei festgestellt, daß während der Rätherrschaft 107 000 000 Kronen an Kapitalansparungen nach Wien verschleppt wurden, und daß auch den deutschen Kommunisten ein großer Geldbetrag zur Verfügung gestellt wurde.

Bisher wurden in Budapest die Hinrichtungen in offener Öffentlichkeit vollzogen. Auf einen englischen Protest hin soll diesem Skandal endlich ein Ende gemacht werden. Es sollen keine öffentlichen Hinrichtungen mehr stattfinden.

## Deutschland.

### Die Gebrüder Sklarz wollen klagen.

Wie die V. V. R. erfahren, sollen sich an die Klage von Heinrich Sklarz gegen den Redakteur der Berliner Volkszeitung Karl Wetzer, weitere Klagen gegen alle die Zeitungen anschließen, die belagigende oder verleumderische Behauptungen gegen die Brüder Sklarz verbreitet haben. Mit der Vorbereitung dieser Klagen ist der Justizrat Werthauer betraut.

Das hat gerade noch gefehlt!

### Eine Schwindelnachricht.

Vor kurzem wurden in der Presse Meldungen über angebliche Meutereien und Verhörungen von Sumnerstrosen gegen die Capanow-Deute verbreitet. Jetzt bringt das amtliche schweizerische Bureau eine Nichtigkeitsklärung. Nach Mitteilung der schweizerischen Regierung haben die Feststellungen an Ort und Stelle ergeben, daß die verbreiteten Nachrichten unzutreffend waren. Der Sachverhalt ist folgender: Die Mannschaften richteten Ende November das dringende Ersuchen an den Lagerkommandanten, ihnen Auskunst zu geben, wann ihr Abtransport beginnen werde. Sie erhielten keine Auskunft. Darauf erfolgte eine teilweise Arbeitsüberlegung. Als die Befehle dann darüber ausgefertigt wurden, daß ihre Zurückhaltung nicht die Schuld des Lagerkommandanten ist, daß dieser

vielmehr wegen des Zerbrüchens ihrer Freilassung mehrfach in London angefragt habe, wurde die Arbeit nach 30 Stunden wieder aufgenommen. Während der Arbeitsverweigerung sind die gewöhnlichen Verpflegungsrationen ausgegeben worden, nur die Arbeitsrationen sind in Fortfall gekommen.

Gegen das Urteil im Rüstungs-Prozess, durch das die deutschen Großindustriellen im Saargebiet, Robert und Hermann Rüsting, durch das französische Militärgericht in Amiens zu je 10 Jahren Gefängnis, 15 Jahren Verbannung und 10 Millionen Franc Buße verurteilt worden sind, ist Revision eingelegt worden.

Nabel reißt ab. Wie die V. V. R. erfahren, bilde die Abreise Radeks nunmehr nicht bevorzugen. Die dazu erforderlich gewordenen Verhandlungen scheinen sich ihrem Abschluß zu nähern. — Berlin am 21. 11.

Die Besetzung Oberschlesiens. Für die Besetzung des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes sind an Entente-Truppen vorgesehen: Ein Divisionsstab, achtzehn Bataillone Infanterie, ein Regiment Kavallerie, zwei Artillerieabteilungen, zusammen 21 000 Mann. Die Nationalität der Truppen steht noch nicht fest.

Verbotene Zeitschrift. Der französische Oberbefehlshaber im besetzten Gebiet hat die in Frankfurt a. M. vom Verband zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland, G. V., herausgegebene Monatschrift Deutsche Wacht auf unbestimmte Zeit verboten.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Die ungarischen Friedensverhandlungen.

Wien, 3. Januar. (Z.N.) Die ungarische Friedensdelegation unter Führung des Grafen Apponyi soll Donnerstag in Paris ein-treffen, um die Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Auf-nennenswerte Änderungen des Vertrages hat Ungarn, wie man bereits weiß, nicht zu rechnen. Von 84 Komitaten wird, wie die Arbeiterzeitung ausführlich berichtet, der Vertrag Ungarn nur 14-gang befallen. Sein Gebiet wird von 338 000 auf 87 000 Quadratkilo-meter, die Bevölkerungsziffer von 21 auf 7,5 Millionen herabgesetzt werden. 2,5 Millionen Ungarn kommen unter Fremdherrschaft.

### Zum Waffenstillstand zwischen Estland und Rußland

Reisingers, 3. Januar. Der zwischen Estland und Sowjet-Rußland abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag enthält das Zusag-abkommen: Erhöht bedingungslose Anerkennung der unverwunden-ten Selbständigkeit Estlands; ameltend militärische Garantien, sowie Neutralisierung bzw. Internationalisierung des Finnischen Meer-busens, wobei geplant ist, daß Rußland keine Kriegsschiffe nach dem Peipussee zurückzieht; tritt ein Grenzabkommen, wonach die Grenze im Abstand von zehn Meilen längs der Narona über den Peipussee und weiter längs der jenseitigen Front verläuft. Die Ver-öffentlichung des Grenzabkommens soll am 4. Januar erfolgen.

### Kriegszustand über Bulgarien.

Wie die Wiener Volks aus Sofia über Belgrad meldet, ist die Lage in Bulgarien sehr ernst. Die Regierung wird wahrscheinlich den Kriegszustand über das ganze Land vorhängen. In einer Waffen-verammlung der kommunistischen Partei wurde von einem Offizier eine Bombe geworfen, durch die fünf Personen verletzt wurden. Der bulgarische Generalsekretär Keratow hat demissioniert und wird durch den Obersten Melianow ersetzt werden.

### Wahlerfolge der englischen Arbeiterpartei.

Wie der Vorwärts berichtet, wurde bei der Eröffnung in Swenshallen, der Kandidat der Arbeiterpartei Ward mit 11 882 Stimmen gewählt, der Kandidat der Liberalen Simon er-hielt 10 214 und der Koalitionskandidat Patsy 8184 Stimmen. Eine weitere Eröffnung in Bromley, bei der die Koalitionskandidaten 11 148 Stimmen und die Arbeiterpartei 10 077 Stimmen erhielt, zeigt einen lohnhaften Rückgang der Stimmen der Koalition, deren Mehrheit bei den allgemeinen Wahlen 11 480 Stimmen betrug. Die Tatsache, daß die Arbeiterpartei in Bromley zum erstenmal einen Kandidaten aufstellte und sofort mehr als 10 000 Stimmen er-hielt, wird von der ganzen Presse als überraschend und höchst be-merkenswert bezeichnet. Die Presse bringt diese Wahl in Zusammen-hang mit der kürzlich vollzogenen Eröffnung in St. Albans, wo eben-falls der Arbeiterkandidat eine feste Stimmenanzahl auf sich ver-einigte. Die beiden Ergebnisse seien von großer Tragweite.

### Kommunistenverfolgungen in Amerika.

Nach einer Neutermeldung aus New York ist am 2. Januar in den Vereinigten Staaten 4500 Radikale verhaftet worden. Viele von ihnen sind Ausländer, besonders Russen. Es wurden Namen von kommunistischen Verberatern bekannt. Über die Hälfte der Verhafteten wird vermutlich des Landes verwiesen werden.

Weiter meldet der Pariser Temps aus New York, daß umfang-reiche Verhaftungen in 23 Städten der Vereinigten Staaten durchgeführt worden seien. Mehr als 5000 Festbesetze seien erlassen worden. Innerhalb weniger Stunden habe man in New York allein 500 Extremisten verhaftet. Ueberall würden die Hausdurchsuchungen forgesetzt. Die Bevollmächtigten aller kommunistischen Zeitungen wurden verhaftet. Die Behörden erklären, daß sie ein ver-borgenes Lager von Explosivstoffen entdeckten. Man verhaftete, den Beweis zu haben, daß die Kommunisten, bei welchen Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, den Sturz der Regierung durch einen Gewalt-streich herbeiführen wollten.

Internationaler Kongreß der Christlichen. Die Amsterdamer Tag meldet, daß in diesem Frühjahr in den Niederlanden ein internationaler Kongreß der christlichen und katholischen Gewerk-schaften stattfinden wird.

Das belgische Meer. Aus Brüssel wird gemeldet: Der Senat nahm ein Gesetz an, das die Flottenstärke auf 100 000 Mann festsetzt. Auch die Kredite dazu wurden vom Senat einstimmig be-willigt.

Arbeitslosenversicherung in England. Die britische Regierung hat eine Gesetzesvorlage zur Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit ein-eingebracht. Die Versicherung soll 11% Millionen Arbeiter zwischen 16 und 60 Jahren umfassen.

Das Ende der Denikinischen Herrschaft. Nach in Washington einetreffenden Meldungen ist die Herrschaft Denikins gestürzt. General Romanowski sei an seine Stelle getreten.

Wilson soll nach Meldungen aus Washington beabsichtigen, sich nach Beendigung seiner Amtszeit im März 1921 vom politischen Leben zurückzuziehen.

Allgemeine Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Senatskommission hat die Gesetzesvorlage fertiggestellt. In dieser Vorlage wird ein kleines (1) stehendes Meer für die Ver-einigten Staaten vorgesehen, während die allgemeine militärische Ausbildungs-pflicht eingeführt wird.

Wahl des Wahlschulzes in den Vereinigten Staaten. Im Staate Süd-Dakota fanden drei Parteitage statt, um die Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen. Auf dem republikanischen Partei-tage wurde General Wood mit 20 000 Stimmen gegen den Gouverneur von Illinois, Landon, bestimmt, der 15 000 Stimmen erhielt. Der demokratische Parteitag beschloß einstimmig, die Kandidatur des Präsidenten Wilson zum drittenmal vorzuschlagen. Ein Parteitag der Non-partisan (Nichtanhänger der beiden Parteien) bestimmte den Gouverneur des Staates Nord-Dakota, Lynn Fager, zum Kandidaten.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Eisenbahner-Tarifbewegung.

Die Eisenbahner Gesamtvereinslands haben seit langem Forde-rungen auf Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter gestellt, ohne daß bisher die Verhandlungen abgeschlossen wurden. Nach den Wünschen der Eisenbahner sollten die Erhöhungen am Jahreswechsel ein-treten. Das ist bisher nicht geschehen, und die Verzögerung hat hinter den Eisenbahner böses Blut gemacht, so daß es bereits zu lokalen Ausständen gekommen ist und weitere Ausstände drohen. Die Eisenbahnverwaltung droht ihrerseits mit Mahregeln gegen die Arbeiter. Die Meldungen darüber besagen:

Berlin, 3. Januar. (Z. V.) In der Frankfurter Eisen-bahnerbewegung ist eine Verschärfung eingetreten. Auf die Mel-dung über Frankfurter Eisenbahndirektion an den Reichsarbeits-minister über stetig wachsende Petitionsbewegungen ließ die Anweisung ein, daß die Direktion die Arbeiter auffordere, ihre angelegten Be-schwerden völlig ungeschickte passiv zu regeln, während die Montagabend aufzugeben. Für den Fall der Erfolglosigkeit dieser Forderung schreibt der Minister die Zerschlagung der Hauptver-träger wegen Unwirtschaftlichkeit und die Entlassung sämtlicher Ar-beiter vor. Die Frankfurter Erziehung wendet sich gegen den Ausdruck „passive Resistenz“ und erklärt, die Durchführung der an-gebrochenen Maßnahmen würde weit über den Frankfurter Bezirk hinaus zu den schwersten Verwicklungen führen, da die Arbeiter sehr ungeschickte seien, auf der restlosen Bewilligung der Lohnsätze zu bestehen.

In Genä wurde in einer Eisenbahnerversammlung be-schlossen, bei Nichtbewilligung der Lohnforderungen sofort in den Streik zu treten. Es heißt, so wird berichtet, die Gefahr, daß von Montag ab im thüringischen Bezirk der Eisenbahnerstreik vollstän-dig ruhe.

Nach einer Meldung aus Wien mehrten sich die Zeichen einer wachsenden Unzufriedenheit unter den rheinländischen Arbeitern. Eisenbahnerstreik in Rippes bei Köln haben die Arbeit-niedergelegt und brachten demonstrierend neue Lohnforde-rungen vor. Britische Kavallerie greift die Demonstrationen. Ver-handlungen zwischen den Streikenden und der Eisenbahndirektion sind eingeleitet.

Für die sächsischen Eisenbahner finden heute Ver-handlungen in Dresden statt.

### Forderungen der Beamten.

Die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten erheben angesichts der ständig steigenden Lebensmittelpreise allorts Forderungen auf Gehaltserhöhung oder eine Teuerungszulage, die mindestens 150 Prozent der laufenden Teuerungszulage betragen so. In Dan-burg demonstrierten am Sonntag für diese Forderung über 10 000 Beamte, in Dresden über 5 000; in Zettin protestierten die Beamten in einer stark besetzten Versammlung. In Hamburg wurde erklärt, daß eine 100prozentige Erhöhung der Teuerungszulage nur eine vorübergehende Maßnahme sein könne.

So treibt die verkehrte Wirtschaftspolitik der Regierung schlie-lich auch die Beamten zu dem letzten Mittel: dem Streik!

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Aus dem Vorstande des Bergarbeiterverbandes ist der Vorsitzende Hermann Sachse und der erste Kassierer Karl Stühmeyer aus-geschieden. Sachse ist auf Vorschlag des Verbandes als geschäfts-führendes Vorstandsglied in das Kassierat beru-en worden, während Stühmeyer von der Regierung zum v. a. n. d. r. in Vohum ernannt wurde. Der Gesamtverband des Verbandes hat bestimmt, daß der bisherige 2. Vorsitzende, Friedrich Dufem-ann, die Leitung des Verbandes übernimmt; während Friedrich Waldheer als 2. Vorsitzender fungiert. Die Stelle des Hauptkassierers wurde Hermann Wittner übertra-en. Die Adresse des 1. Vorsitzenden ist Friedrich Dufemann, Vohum, Biemel-häuser StraÙe 38-42.

## Gerichtssaal.

### Schöffengericht.

Konte Carlo. In einer Verhandlung vor dem Leipziger Schöf-fengericht wurde kürzlich offenbar, in welcher wüsten leichsin-nigen Weise dem Spielteufel geopfert wird. Wegen gewerkschaftigen Glückspiels waren angeklagt der Gastwirt und Händler Cron-berg, der Müller Dehler, der Kaufmann Cron, der Delo-rateur Treutmann, der Kaufmann Dehlmann, der Reisende Schwegler und der Ingenieur Sickenbrandt. In den Monaten Juli bis Oktober haben die Angeklagten im Spiel-klub Exzentrik dem Glücksspiel Bakarat obgehoben. Die Umsätze bei diesem Spiel waren so hoch, daß es den Ehefrauen der Ange-klagten Cronberg und Dehler zu bunt wurde und sie bei der Poli-zei Ende Oktober Anzeige erstatteten. Die Gäste aus Kriegs-gewinn- und Schieberkreisen schienen bei den „Spielechen“ sehr geacupst worden zu sein, denn einem Großkaufmann Wille sind im Exzentrik allein an einem Abend gegen 30 000 Mk. abgenommen worden. Speisen und Getränke werden in diesen Spielclubs der Bourgeoisie nicht nur marktfrei, sondern auch umsonst verabreicht. Dieser „Brauch“ bestand auch im Klub Exzentrik. Es soll im Ex-zentrik-Klub auch falsch gespielt worden sein. Kaufmann Schreun-bekendete jedoch als Zeuge, daß alles recht zugegangen sei. Dehler bestritt ebenfalls, irgendwelche unreellen Manipulationen mit den Karten vorgenommen zu haben. Guten Verdienst hatten die beiden Klubbiener, die eine wöchentliche Trinkgeldbeimahme von 300 Mk. hatten und für einen Abend 10 Mk. Lohn erhielten. Aus der Ver-handlung ging auch hervor, daß der Wiener eines andern Abends monatlich 15 000 bis 20 000 Mk. (!) auf die Sparkasse hätte legen können. Wegen gewerkschaftigen Glückspiels wurden Cronberg und Dehler zu je drei Monaten Gefängnis und je 2000 Mk. Geld-strafe, Cron zu zwei Monaten Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

## Von Nah und Fern.

### Rückgang des Rhein-Schiffverkehrs.

Mainz, 4. Januar. Der Rhein fällt stark. Der Wasserstand ist in den letzten 4 Stunden um 38 Zentimeter zurückgegangen. Der Strom beruht auch im Ueberflutungsgebiet wieder in sein Bett zurückzutreten.

Die Hochwasserfahr in Paris ist noch nicht beseitigt. Die Seine ist noch um etwa 30 Zenti-meter gestiegen. Auch aus der Umgebung von Paris kommen beunruhigende Nachrichten. Die Lage in Belgien scheint auch kritisch zu werden, wenn nicht bald ein Temperaturwechsel eintritt.

Eisenbahnunfall in Westfalen. Am 2. Januar stieß der von Hieslohn kommende Güterzug Nr. 9487 auf den im Bahnhof Ralthe (Kreis Hieslohn) stehenden Personenzug Nr. 1702. Zwei Reisende wurden getötet, 22 verletzt, darunter sechs schwer. Beide Lokomotiven und je zwei Personen- und Güterwagen wurden stark beschädigt.

Starke Schneefälle. Die Linie des Orient-Express unterbrochen. Aus Lausanne wird gemeldet: Infolge starker Schneefälle im Kanon Vallis ist die Linie des Orient-Express Paris-Belgrad auf-rest unterbrochen. Diezüge müssen über die Schifberg-Linie umgeleitet werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Büttner in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Willert, Poststraße 10, Leipzig. Druck und Verlag: Poststraße 10, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 77 Seiten.



## Aus unseren verschiedenen Abteilungen

empfehlen wir in bester Verarbeitung:

### Für Herren:

- Herren-Anzüge . . . . . von 275.— an
- Herren-Ulster . . . . . von 225.— an
- Herren-Wettermäntel. von 195.— an
- Herren-Pelz-Joppen . . von 550.— an
- Herren-Beinkleider . . von 38.— an
- Herren-Westen . . . . . von 24.— an
- Herren-Haus-Smokings von 78.— an
- Herren-Haus-Joppen . von 58.— an
- Herren-Schlafröcke . . von 97.— an

### Für Jünglinge:

- Jünglings-Anzüge . . . von 175.— an
- Jünglings-Ulster . . . von 68.— an
- Jünglings-Wettermäntel. 87.— an
- Konfirmanden-Anzüge von 200.— an

### Für Knaben:

- Knaben-Anzüge . . . . . von 38.— an
- Knaben-Ulster . . . . . von 42.— an
- Knaben-Hosen ganz gefüttert von 15.— an
- Knaben-Sweaters . . . . . von 60.— an
- Knaben-Mützen . . . . . von 7.50 an

- Sweater — Shawls — Gamaschen
- Rucksäcke — Pelz-Westen
- Windjacken — Gummimäntel

Umtausch bereitwilligst gestattet.  
Für Nichtzusagendes Betrag zurück!

## Bamberger & Hertz

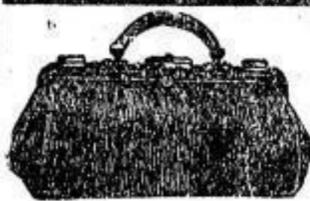
Leipzig, Augustusplatz

## Jüdischer Tanzkursus

Allgemeinem Wunsche entsprechend beginnen wir Montag, den 12. Januar, nachm. 4 Uhr einen Unterrichtskursus in **Tanz- und Anstandslehre** für Damen und Herren jüdischen Glaubens. Merke Anmeldung erbitlen rechtzeitig **G. Zoepfner u. Frau**, Lehrer der Tanzkunst Grommannstr. 5, pl., Ecke Böfchenstraße — Stephaniplatz.

## Glauben Sie?

für alte Zähne und Gebisse noch höhere Preise zu erzielen?  
**Kaufe Montag u. Dienstag**  
Zahle pro Zahn Mindestpreis 7,50 Mk.  
**Stiftzähne** Stück bis 70,00 Mk.  
**Brennstifte** Stück 40 bis 100 Mk.  
**Platin** überbiete auch das allerhöchste Angebot  
**Ankauf:** Lebe's Hotel Richard-Wagner-Strasse 2 I. Stock, Zimmer 8  
Gegenüber dem Hauptbahnhof.



## Reise-Taschen

aus prima Rindleder und starkem Segeltuch  
Eigene solide Fabrikate  
Grösste Auswahl . . . Billigste Preise  
**Karl Blaich**  
Windmühlenstrasse 32 Tauchaer Strasse 16  
Koffer- und Lederwaren-Fabrik.



## Zeitungspapier

**Paul Baumann**  
**Fischwaren-Groß-Handlung**  
Tel. 14122 Windmühlenstr. 42  
**Ganz ohne Geld!**  
erhalten Sie von heute an für guterhaltenes, sauberes

Für je 10 Pfund nach Wahl	Für je 5 Pfund nach Wahl
1 Pfund Obst-Melange . . . . .	5 Pfund Sauerkraut . . . . .
(süß, ohne Rüben)	3 Pfund Salz-Rotkohl . . . . .
1 Pfund Kräuter-Heringe . . . . .	1 Pfund Heringsrogen . . . . .
3 Stück Rollmöpse . . . . .	1 Pfund Speisewürze . . . . .
3 Pfund Schnittbohnen . . . . .	Für je 3 Pfund nach Wahl
2 Pfund Salz-Spargel . . . . .	5 Pfund Grünkohl . . . . .
2 Pfund Salz-Pilze . . . . .	1 Pfund Fischsülze . . . . .

Dieses Inserat bitte ausschneiden und nur einmal erscheint, aber gültig bis auf weiteres.

## Kaufe alte Zahngebisse

einzelne  
**Zähne, Platin, Brennstifte, Tegel**  
zahle die höchsten Preise, jedoch kein Zahn, der echt ist, unter 7,50 Mk.  
**Platin per Gramm 120 Mk.**  
Kaufe auch von Händlern, Dentisten, Zahnärzten zu höchsten Tagespreisen.  
Täglich im **Hotel Stadt Freiberg, Brühl 73, I.,** Zimm. 10 ununterbrochen von früh 10 bis abends 6 Uhr.

## Fischhaus

Reichsstraße 21.  
Reichhaltige preiswerte Fisch- und Fleischgerichte zu jeder Tageszeit  
Konditoreibüfett . . Diverse Getränke  
An Sonn- und Feiertagen vornehme Unterhaltungs-Musik  
Tägl. Zufuhren frisch. Seefische u. Räucherwaren, Marinaden, leb. Fische, Delfardinen



Gegründet 1886  
**Wäsche-Stoffe**  
**Wäsche-Glückereien**  
kauft man am vorteilhaftesten im **Spezialgeschäft**

Neue Eingänge:  
Renforcé — Hemdenbuch — Hemdenfanell  
Beltbarchent usw.  
**Hugo Blum**, Reichsstraße Handelshof  
Wäsche- und Schürzenfabrik  
**Berein für Mutterchutz**  
befindet sich jetzt bis auf weiteres: **Burgstr. 33**, Zwischengesch. (gegenüber: Matscheller). Sprechstunden täglich, außer Sonnabends, von 9—11 Uhr. Telefon: 367.

## Politische Couplets

Lieder und Gesamtspiele  
**Theaterstücke**  
**Revolutionärskunstler-postkarten**  
**Verkehrsabzeichen**  
Beitragsmarken, Girlanden, Fahnen, Plakate sowie alle Feat- und Tanzartikel.  
Preisliste verlangen.  
**Rich. Lipinski, Leipzig**  
Königstr. 12. Fernruf 2800

## Ziehung 10. bis 13. März

**Geld-Lotterie** des Landesvereins **Sächs. Helmschutz** zu Dresden.  
9367 Geldgewinne u. 1 Prämie ohne Abzug.  
Höchstgewinn im günst. Falle **75000 Mark**  
Prämie: **50000 M.**  
Hauptgewinne: **25000 M.**  
**10000 M.**  
**5000 M.**  
usw.  
Lose 3 M. (Postgeld u. Liste 50 Pf.) durch d. Hauptvertrieb **Ad. Müller & Co.**  
Sächs. Staatslotterie-Einnahme.  
Leipzig, Brühl 10/12.  
Postscheckkonto Leipzig 3844.  
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

## Halt!

Ihre Frau **Witteles** zahlt, wie Sie wissen, immer noch jeden hohen Preis für Ihre alten Sachen: Wäsche, Herrensachen, Damensachen, einzelne Möbelstücke, ganze Wirtschaft, Gold und Silber, Leihhauscheine, Betten, Teppiche, alle alten Gegenstände am **Fleischerg. 1., Köhlerstr. 12**  
**Frau Witteles**  
Tel. 18250 Tel. 18150

## Tanzschule H. Hohmann

außer eigenem Privat-Saal bessere Lehr-Säle  
Am **5. und 9. Januar** Beginn d. 2. Winterkurses.  
Honorar mäß. Gewissenh. Ausbild. Gelsch. Anmelde. v. ein. Tam. u. Herr. n. erbet. Priv.-Wohn. Kesselftr. Str. 19 v. 5-7 Uhr, ab 7-9 Uhr-Saal Burgener Straße 37, sonst Plagw, Siegelstr. 9, Lad.

## Tanz-Schule

**Max Thiele, Schleußig**  
Schnorrstr. 10. Tel. 40706.  
Neue **Tanz-Zirkel**  
beginnen am **12. Januar 1920** im **Schloß Lindenfels, L.-Plagw.**  
und am **13. Januar 1920** in der **Gülden Ave. L.-Sellenhaus.**  
Um recht baldige Anmeldung bitte **Max Thiele**.  
NB Privat- und Einzelunterricht jederzeit.

## Wieder eingetroffen!

**Zigaretten**  
**Schweizerstumpen**  
**Zigaretten**, deutsche und englische in verschiedenen Sorten zu äußersten Preisen.  
Waren-Einkaufs-Zentrale G.m.b.H. Leipzig, Yorkstr. 8. Telefon 18107.  
Geschäftszeit: 8 bis 1/2 5 Uhr.

## Reparaturen

an Uhren jeder Art  
aus streng solider Ausführung und unter Garantie bei  
**Gustav Kaniss**  
Uhrmach. Tauchaer Str. 6

Herzlichsten Dank allen Freunden und Bekannten für die Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Begräbnis meines verstorbenen Gatten unseres Vaters, Sohnes und Bruders  
**Bruno Kuhnert.**  
Besondern Dank den Sprechern für die trostreichen Worte und denen, die ihn zur letzten Ruhe trugen, sowie dem Gesangverein für den erhebenden Gesang und allen Genossen, Turnbrüdern und Schwestern. Es hat uns allen sehr wohlgetan. Ein Denkmal, den 8. Januar 1920.  
Die trauernde Gattin und Kinder nebst Angehörigen

Für die zahlreichen Beweise liebevoller und ehrender Teilnahme beim Beimgange unseres lieben Vaters  
**Emil Missbach**  
sprechen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank aus.  
**Berta Missbach nebst Hinterbliebenen.**

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben guten Vaters  
**Johann Gottlieb Handke**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Nachbarn unsern herzlichsten Dank. Besondern Dank der Firma Meyer & Weichel sowie seinen Kollegen und Mitarbeitern für die zuzeit gewordene Hilfe und letzte Ehrung. Wir aber, lieber Vater, rufen wir ein Ruhe laßt in dein kühles Grab nach. Großschöcher, Köhler-Wallwitz-Str. 7, 2. Jan. 1920.  
Die schwergeprüfte Gattin und Kinder.

Herzlichsten Dank allen Freunden und Bekannten sowie auch der Firma B. Eisenstud nebst Personal für die innige Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Frau  
**Elsa Buchen geb. Schweizer.**  
L.-Kleinbachscher, den 2. Januar 1920.  
Der trauernde Gatte und Kinder.

Nachdem sich nun der Hügel über meinem Liebsten wölbt, drängt es mich, allen denen, die meiner teuren Toten die letzten Ehren erwiesen und mir durch Tat, Schrift und Wort ihre aufrichtige Anteilnahme bezeugten, herzlich zu danken  
Wir aber, du gute liebe Bina, ein letztes Habe dank und Ruhe in Frieden.  
Der trauernde Gatte **Rich. Schindler.**

Nach langem schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden verchied heute nach mein lieber guter Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel  
**Karl Kölling**  
im 62. Lebensjahre. In tiefstem Schmerz  
L.-Eutritsch, den 3. Januar 1920  
Görlicher Straße 4  
**Paulina Kölling geb. Hommel**  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 1/4 8 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Südrfriedhof statt.

Nach langem, schwerem Leiden verchied am Sonntagabend mein langjähriger treuer und pflichtbewusster Bierfahrer, Herr  
**Karl Kölling**  
im Alter von 62 Jahren.  
Ich verliere in ihm einen braven Mitarbeiter, der über 23 Jahre mir treu zur Seite gestanden hat.  
Ich werde seiner stets in Ehren gedenken!  
Brauerei Eutritsch, 5. Jan. 1920.  
**Adolf Pottkämper**  
in Fa. J. Pottkämper.

Sonnabend, den 3. Januar 1920, nachm. 5 Uhr, verchied im 48. Lebensjahre nach kurzem schweren Leiden meine liebe, gute Frau, unsere treuherzige Mutter, Tochter, Schwägerin und Tante  
**Lina Schnell geb. Schmidt.**  
In tiefem Schmerz  
**Richard Schnell und Kinder.**  
Calvisstr. 1.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, 1/2 12 Uhr, auf dem Lindenauer Friedhofe statt.

Heute morgen verchied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel  
**Friedrich Eib**  
im 44. Lebensjahre.  
L.-Eutritsch, Döhlischer Str. 184, III.  
In tiefstem Schmerz  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. Jan., nachm. 1/2 8 Uhr, von der Kapelle des Eutritsch Friedhofs aus statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Januar.

Parteiangelegenheiten.

Achtung, Parteifunktionäre!

Dienstag - Dohnejahr - den 6. Januar 1920, früh 9 Uhr:

Funktionärstung in allen Bezirken.

Leipzig-Stadt: Volkshaus.

West-Bezirk: Restaurant Kamerun (Müßler).

Ost-Bezirk: Silberpoppel, Kirchstraße.

Süd-Bezirk: Stern.

Südost-Bezirk: Restaurant Quaddorf.

Nord-Bezirk: Aidau-Audschant.

Rechtzeitiges und vollständiges Erscheinen, auch der Funktionäre der entlegenen Ortsvereine, ist unbedingt notwendig.

Die Bezirksleitung U. S. P. Leipzig.

Tausch. Dienstag, den 6. Januar 1920, nachmittags 4 Uhr, Funktionärstung.

Achtung, Gewerkschaftsfunktionäre!

Die Versammlung findet am Mittwoch, dem 7. Januar, im Volkshaus statt und nicht im Schloß Draehense.

Gewerkschaftslokale.

Die Einweisung der neugewählten Stadträte.

Am Sonnabend ging mit der Einweisung der neugewählten Stadtratmitglieder ein Akt von geschichtlicher Bedeutung für die Stadt Leipzig vor sich. Mit den alten unbefohlenen Stadträten sind die Vertrauensmänner des Dreiklassenparlamentes der vorrevolutionären Zeit aus dem Amte geschieden. An ihre Stelle sind die Vertrauensmänner des neuen Stadtverordnetenkollegiums getreten. Damit sind endlich die Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie erfüllt; wir verlangen ja die Befreiung des Ratkollegiums in seiner gegenwärtigen Verfassung. Immerhin ist die Neubesehung der unbefohlenen Stadtratposten ein Fortschritt. Bei den Aufgaben, die der Stadt in der Zukunft bevorstehen, kann die veränderte Zusammensetzung des Ratkollegiums namentlich für die breite Masse der Bevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es dürfen freilich die Hoffnungen auf die Neubesehung des Rates nicht überspannt werden, denn noch besteht die reaktionäre Reichsstadtratsordnung in ihren wichtigsten Teilen, die erst beseitigt werden muß, wenn die Bahn für die kommunale Entwicklung frei werden soll.

Der Oberbürgermeister Dr. Rothe nahm zunächst die feierliche Wiederempfehlung und Einweisung der wiedergewählten Mitglieder Geschäftsführer Adolf Bamme (U. S. P.), Architekt und Bauart Franz Franke, Kommerzienrat Oskar Meyer, Kaufmann Wilhelm Hysfel und Kommerzienrat Hugo Seifert vor. Darauf wurden die neugewählten Stadträte vereidigt; es sind dies von der U. S. P. die Genossen: Emil Böttger, Alfred Diege, Hermann Friedrich, Wilhelm Meyer, Gustav Jakob, August Lehmann und Karl Preißner; von den Rechtssozialisten ist Friedrich Wilmung als Stadtrat gewählt worden. Die neugewählten bürgerlichen Stadträte sind: Rechtsanwalt Dr. Professor Alexander Bennewitz, Fabrikbesitzer Hugo Graf, Lehrer Ewald Hiemann und Verbandsvorsteher Friedrich Mantel.

Die Einweisung erfolgte unter den üblichen höflichen Reden. Der Oberbürgermeister sprach Glückwünsche und Hoffnungen auf geschäftliches Zusammenarbeiten aus, der Stadtverordnetenvorsteher ebenfalls, die Gewählten ließen durch ihre Redner danken. Ganz so glatt werden die Verhandlungen in Zukunft wahrscheinlich nicht gehen.

Was den Mietern droht.

Mit Preissteigerungen und Steuern glaubt man sich dem wirtschaftlichen Elend herauszulocken. Auch auf dem Gebiet der Wohnungsbau wird nach diesem Rezept gearbeitet. Jetzt befinden sich zahlreiche Bauvereine, die Kleinwohnungen mit Staatszuschüssen errichten, in einer schwierigen finanziellen Lage, denn die Preise für Baumstoffe steigen andauernd, und die Zuschüsse bewegen sich nicht auf dieser aufsteigenden Linie. Mit dieser Situation hat

sich in Düsseldorf eine Versammlung der Vertreter der gemeinnützigen Bauvereine und der Gemeinden beschäftigt. Dr. Groggen sagte u. a.: Die Verhältnisse für die Bauvereine haben sich trotz des Ausganges der Teuerungszuschüsse für die Bauvereine nicht verbessert. Auch in Köln stehen wir vor der Frage, ob eine Reihe von Bauvereinen ihre begonnenen Bauten stilllegen sollen. Bei den Entwürfen war ein Preis von 75 M. für den Kubikmeter angenommen worden. Heute ist der Preis auf 105 und 110 M. gestiegen. Das gilt für schon begonnene Bauten. Für die Bauten, die erst noch begonnen werden, ergeben sich noch höhere Preise für den Kubikmeter. Die Mietsteuerung in solchen Wohnungen beträgt nach Abzug der Teuerungszuschüsse schon jetzt 100 v. H. gegen die Friedenszeit. Wenn die Teuerungszuschüsse auf die Mietpreise abgezogen werden sollen, dann würde eine Steigerung der Mieten um 300 und 400 v. H. gegen den Friedenspreis eintreten. Diejenigen, die diese Wohnungen beziehen sollen, wollen und können diese Teuerungszuschüsse nicht zahlen. Nach den neuen Bestimmungen darf aber (in Preußen) der Mietpreis gegen die Friedenszeit nur um 20 v. H. gesteigert werden. Es wäre wünschenswert, daß man den Gemeinden ein Mittel in die Hand gibt, die notwendigen Teuerungszuschüsse selbst aufzubringen. Das Mittel würde eine Letztversteuerung sein. Diese Steuer sollte man den Gemeinden überhaupt überlassen; das Reich könnte nötigenfalls ein Mantelgesetz machen, oder das Reich führt eine Mietsteuer ein, um daraus einen Ausgleichsfonds zu bilden und an leistungsschwache Städte und Gemeinden Zuschüsse zu leisten, und gäbe den Gemeinden das Recht, Zuschüsse nach dem Bedürfnis zu erheben. Wir sind noch lange nicht am Ende der Steigerung der Preise der Baumstoffe. Wir werden zu Weltmarktpreisen kommen und kommen müssen, gerade weil ein Teil von Baumstoffen nach dem Ausland fliehen wird durch den Wiederaufbau in Frankreich und in Belgien. Der einzige Schutz vor für uns Deutsche sein, daß wir zu Weltmarktpreisen kommen. Unsere Saluta müßte sich dann freilich noch verschlechtern. Bundesrat Dr. Meves führte aus: Es seien (in Berlin) neue Grundzüge für die Bewilligung von Teuerungszuschüssen durchgearbeitet worden. Ob aber die Zuschüsse den Bedürfnissen Rechnung getragen werden, sei sehr zweifelhaft. Man habe berechnet, daß im laufenden Jahr 1919 die hergestellten Wohnungsbauten sich auf 60 bis 70 000 belaufen. Von diesem Mindestmaß wolle man für das Jahr 1920 noch Abstriche machen und für das ganze Reich, ausgenommen das Ruhrgebiet, nur 50 000 Wohnungsbauten vorsehen. Die Mietsteuer werde zweifellos kommen. Die Belastung der Wohnungsmieten dürfe nur den Zweck haben, den ganzen Wohnungsmarkt wieder in Ordnung zu bringen. Wiederholt sei in den Berliner Verhandlungen der Eindruck zu gewinnen gewesen, daß man sich in Berlin des gewaltigen Erstes der Lage nicht bewußt ist. Man habe dort noch die Meinung, daß man die Miete noch auf die Höhe von 200 v. H. der Friedenspreise bringen könne. Aber auch das würde nicht ausreichen, um bei den heutigen Baustoffpreisen den Bauvereinen die Herstellung von Bauten zu ermöglichen.

Den Mietern drohen also ganz ungeheuerliche Belastungen. Sie sollen höhere Mieten zahlen und außerdem die Zuschüsse für die Neubauten aufbringen. Anstatt die Profikwirtschaft auszusparen und eine Sozialisierung des Bauwesens vorzunehmen, wird mit Steuern gearbeitet. Eine wahrhaftige Wirtschaft, die zum Zusammenbruch führen muß. Die Mieter werden hoffentlich diesen Bestrebungen den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen.

Demonstration der Leipziger Beamten.

Maschinengewehre gegen die Beamten.

Die Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Beamtenbundes hatte zu Sonntag vier große Versammlungen einberufen, in denen zur Erhöhung der Teuerungszulage Stellung genommen wurde. Die Resolution will den Beamten die Teuerungszulage auf 50 Prozent erhöhen, womit sich die Beamten nicht zufriedengeben. Sie fordern die Erhöhung der Teuerungszulage auf 150 Prozent. Ihr Unwille richtet sich besonders gegen die Ausschaltung ihrer Vertreter durch die Regierung bei der Festsetzung der Teuerungszulage. Sie wenden sich mit aller Schärfe gegen diese Autokratie der angeblich demokratischen Regierung. Die Resolution, die in den Versammlungen angenommen wurde, hat nachstehenden Wortlaut:

Die zu Tausenden im Zoologischen Garten, im Zentraltheater, im August-Schmidt-Haus und im Lehrvereinshaus versammelten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrer Leipzigs erheben schärfsten Protest dagegen, daß die nach demokratischen Grundsätzen aufgestaute Reichsregierung bei der Festsetzung der Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen in rücksichtsloser Weise die Beamtenvereine ausschaltet.

Angesichts der unaufhaltbar fortschreitenden Verteuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter fordert die Deutsche Beamtenbund, die im Höchstmaß 200 M. betragenden Teuerungszulagen um mindestens 150 Prozent zu steigern. Demgegenüber müssen die uns angebotenen 50 Prozent geradezu herausfordernd wirken.

Die Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Beamtenbunds hält an der ursprünglichen Forderung einer Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen um mindestens 150 Prozent fest und verlangt, daß der Deutsche Beamtenbund als gewerkschaftliche Dr-

ganisation der deutschen Beamten und Lehrer anerkannt wird und zur Durchsetzung dieser Forderung unverzüglich Verhandlungen mit der Reichsregierung einleitet.

Nach Schluß der Versammlungen zogen die Beamten in langen Zügen nach der Oberpostdirektion, der Kreischausmannschaft und dem Neuen Rathaus, um hier für ihre Forderungen zu demonstrieren. Als die Beamten ruhig auf dem Augustplatz auseinandergingen, erschien ein Auto mit Soldaten, die mit Handgranaten und Maschinengewehren bewaffnet waren. Sie belagerten natürlich nichts zu tun, aber bezeichnend ist es, daß die Regierung bei einer solchen Gelegenheit sofort Waffengewalt aufschreiben läßt. Damit wird den Beamten so recht vor Augen gestellt, wie heute die Militärdiktatur herrscht und wie rechtlos sie sind trotz der wunderlichsten demokratischen Rechte, die auf dem Papier niedergelegt sind. Ihre Lage wird erst dann eine erträgliche, wenn sie zusammen mit der Arbeiterklasse dieser Gewaltherrschaft die Politik des Proletariats entgegenstellen und der heillos verfahrenen Profikwirtschaft ein Ende machen. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, wird die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten ständig trauriger.

Hilfsaktion in Wien.

Der Oesterreich-Ungarische Hilfsverein, Klostergasse 3, I., hat, wie er uns schreibt, im Einvernehmen mit dem Leipziger Volkskomitee und dem österreichischen Konsulat die Leitung der Hilfsaktion übernommen, um jede Zerstückelung zu vermeiden. Nur die vom Hilfsverein abgestempelten Sammellisten sind gültig. Gaben werden an den Schatzmeister Herrn Franz Krüger, Dresdner Straße 33, Postfach Nr. 54 017, erbeten. Anmeldungen von Familien, die hungernde Kinder aus Wien bei sich aufnehmen wollen, sind an die Adresse des Herrn Oskar Renari, Handelshof 101, Fernsprecher 1575, zu richten. Im Namen der Menschlichkeit erbittet der Hilfsverein nach wie vor rege Beteiligung.

Genosse Ernst Schäfer verläßt dieser Tage Leipzig und siedelt nach Stuttgart über, wohin ihn das Vertrauen des deutschen Metallarbeiterverbands als Verbandskassierer berufen hat. Genosse Schäfer scheidet damit aus dem Stadtverordnetenkollegium und aus der Volkshammer. Im Stadtverordnetenrat hat Genosse Schäfer mit Geschick und Energie die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung vertreten, was ihm sogar von seinen bürgerlichen Feinden bestätigt worden ist. Auch in der Volkshammer vertrat Genosse Schäfer seinen Mann zu stellen. In das Stadtverordnetenkollegium wird durch Schäfers Fortzug eine weitere Verschiebung eintreten. An Stelle des verstorbenen Genossen Wihbach tritt Genosse Edwin Herr, an Schäfers Stelle tritt Genosse Cyrus. In der Volkshammer wird Genosse Barthel aus Lunzenau an Schäfers Stelle treten.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 7. Januar, statt. Die Tagesordnung enthält besonders die Wahlen der Ausschüsse.

Die Grenzen der Dummheit schiebt der Kommunalpolitiker der Freien Presse mit seinem läppischen und stumpfen Angriff auf unsere Stadtverordnetenfraktion und den Genossen Seger um ein beträchtliches Stück hinaus. Er saßelt davon, unsre Fraktion habe in der ersten Sitzung ein Beschlusses zur Demokratie abgelehnt, weil sie - wie dies in allen Parlamenten üblich ist - der Zusammenlegung des Präsidiums nach der Fraktionsstärke zugestimmt hat. Auch im verflochtenen Jahre hätte die demokratische Partei im Präsidium vertreten sein können, sie hat es aber abgelehnt, den zweiten Vizevorsitzer zu stellen. Seinen sonstigen Schwanz über den Zwang usw. übergehen wir. Nur seine alberne Behauptung von Segers Rede als „gut bürgerlicher Musterleistung“ mag mit ein paar Sägen erwidert werden. Daß Genosse Seger als Vorkämpfer nur einer objektiven Geschäftsbericht und keine sozialdemokratische Programmvorbereitung neben konnte, müßte eigentlich auch der Kommunalpolitiker der Freien Presse verstehen; und ebenso, daß er die Vorlagen über die Welle und deren Gründe der Einbringung erwähnen mußte. In der „bürgerlichen Musterleistung“ ist aber nicht die Welle, sondern die Schaffung eines städtischen Wohnungsbauamts, die Verstaatlichung der Straßenbahn, die Schaffung eines Jugendamts, die Straßenarbeiten im eigenen Betrieb der Stadt usw. vorangegangen. Wenn das bürgerliche Politik sein soll, kann und die lassen wir uns gefallen, denn es ist die Erfüllung eines Teils unsres Kommunalprogramms. Wenn demnach der Bericht der U. S. P.-Fraktion erstreckt, kann dann der Kommunalpolitiker der Freien Presse Stillsitzen machen, ob die U. S. P.-Fraktion sozialdemokratische Gemeindepolitik betrieben hat oder nicht, er darf aber auch erwarten, daß die Politik seiner Fraktion unter die Lupe genommen wird. Als Genosse Seger bei der Haushaltsberatung eine sozialdemokratische Programmvorbereitung hielt, tobte der Kommunalpolitiker der Freien Presse mit seinen Freunden los; es sei unerträglich, daß der Vorkämpfer auch noch vom Präsidiententum aus eine solche Rede halte. Jetzt, wo er nur einen sachlichen Geschäftsbericht zu geben hatte, soll dies eine bürgerliche Musterleistung sein. Was halt trifft!

Kleine Chronik.

Theater in der Silberstraße. (Der gute Ruf.) Sudermann blickt hier wieder einmal in Berlin W. herum. Baron und Kommerzienrat werden in ansehnlichen Beziehungen geschlichtert. Die Baronin droht ihren guten Ruf zu verlieren, er wird aber schließlich durch großzügige Schenkung noch gerettet. Als ein Milieu, dessen Korruption nur durch seine Dummheit übertrifft wird. Wenn Sudermann bergelassen schilbert, so tut er das bekanntlich nicht als Sittenprediger oder Satiriker, sondern als ein stiller Demutbewerber. Im Grunde schwärmt Sudermann für Sodom und betet seine Salonhelden heimlich an. Dieser ostpreussische Spieler hat immer zur vornehmen Welt mit neidischer Verehrung emporgelockt, obwohl er sie früh durchschaut. Verkauflich sei erwähnt, daß natürlich auch Sudermann im Beginn des Krieges die moralische Wiederbegehrtheit mitnimmt. Insbesondere eifert er nach eines Gedächtnis im Berliner Tageblatt, wo er verächtlich auf die stillere Sodomiterei hinweist und stützliche Erleichterung konstatiert. Und eines andern, wo er den kongenialen Idioten Wilhelm als den besten aller Deutschen rühmt. Na, die meisten deutschen Dichter, die sich 1914 nicht als Trottel oder Jammernisse benommen haben, kann man ja an den Fingern herzählen. - Nun das Theater seinen Namen geändert hat, heißt es fast so aus, als wolle es dem abgelegten wieder Ehre machen. Wer nach dem ersten Versuch läßt sich in diesem Falle nicht entscheiden. Nicht weil es der erste ist; sondern weil zwei Gänge mitwirken und weil man nicht weiß, ob das bisherige Personal bleiben soll, von dem hier nur die paar brauchbarsten Mitglieder beteiligt waren. Auch spielte selbst mit, der daneben eine zureichende Regieleistung vollbrachte. Bruno Kastner ist ganz so, wie man sich den Kinohelden vorgestellt hat; als wenn ihm nicht nur die Pferde, sondern noch einiges andre angespannt worden wäre. Doch lassen die Zuschauerinnen einen Mann in ihm und nehmen jedes Lebenszeichen, das er von sich gab, mit Jubel auf. Gabe es kein Kino, so wäre dieser Darsteller wohl darauf angewiesen, gleich milder glücklicher Kollegen auf Grund ausgezeichneter Garderobe bei Striepe ein Unterkommen zu suchen. Ida Wilt? Sehr viel Technik. Alles glänzend gemacht, aber gemacht glänzend. Symptomatisch die Präzision, verblüffend natürlich zu reden. In Berlin fällt so etwas nicht auf. 200 Mimen können das dort ebenso. Aber hier ist es lebenswert. Übrigens konnte man von dieser Baronin nicht sagen: Zugewandt, Jugend befeht.

Violin-Abend Simeonova. Die junge, begabte Bulgarin ist im Besitz sauberen Technik, guter Vogenführung und eines weichen Tones. Mit den alten Meistern steht ihr Vortrag jedoch noch nicht in enger Verbindung, daher liegt die S-Moll-Sonate für Violine allein von J. S. Bach recht kalt, es fehlt ihr die strenge Klassik. Dagegen entwickelte sie in Mendelssohns G-Moll-Konzert mehr Wärme, aber man vermißt die einheitliche Linie, es wirkte zu formlos. In Tschaiowskys Serenade melancholische kam die Geigerin in ihr richtiges Element, man fühlte durch ihre Temperament und den tiefen Ton den echt slavischen Geist heraus. Auch die drei ungarischen Tänze von Brahms-Joachim wiesen viel Wärme und Schmeid auf. Josef Anders war nicht immer die richtige Begleiterin.

Arbeiterbildungsinstitut. Das Polat- und Instrumentalensemble brachte Beethoven und Regner. Von jenem ganz typische Werke, die Kreuzersonate und die Appassionata, von Regner eher solche Sachen, die man für seine Verhältnisse als gleichsam populär bezeichnen könnte. Und das war gut so. Die Chaconne und die „Suite im alten Stil“ - der schamhafte Titel ist sehr bezeichnend - erschienen wohl geeignet, für das Verständnis Regners zu werden und ihn für jedermann genießbar zu machen. Gustav Havemanns großes und echtes Spiel schlug durch; Otto Weinreich erreichte seinen Höhepunkt als Begleiter, auch zu den Liedern, mit denen Frau Kelling-Rosenfeld für die erkrankte Elena Gerhardt einsprang. Ihr oft bewährter Vortrag wie die umfangreiche Stimme schloß die Lieber beider Komponisten an. Das geschulte Publikum nahm die Erziehung des ungeschulten, vermußtlich bürgerlichen Teils in die Hand und wies die vornehmsten Mätkler in geblühende Schranken zurück. Wir wollen doch nicht die sensationellen Gespinnstheiten des bürgerlichen Konzertsaals aufkommen lassen. Der Drucklegung des Programms wäre mehr Sorgfalt zuzuwenden; es enthält eine ganze Reihe Ungenauigkeiten und Fehler, von denen hier nur festgestellt sei, daß Beethovens Lied „Ich liebe dich“ mit Klärchen und Camon nicht an ihm hat.

Unter Nachmittags für die Jugend. Die 15. Veranstaltung brachte Vorträge und Auszeichnungen von künstlerischen Leistungen jugendlicher. Auf den verschiedensten Gebieten zeigten ganz junge Menschen ein teilweise schon recht gut entwickeltes Können. Ulrich Kreuzburg trat als gewandter Geigenspieler auf, Sokrates Passula zeigte, daß er seinem Vater schon mancherlei abgesehen, indem er sehr geschickt Schattenspiele vorführte; den stärksten Beifall der

jugendlichen Zuhörerklasse empfingen zwei kleine Tänzerinnen in Kostümkostüm, die ein Duett Weisner Porzellan entzückend vortrugen. Das sehr reichhaltige Programm enthält noch Deklamationen und Klaviervorträge, zum Teil „aus eigenen Werken“, manches darunter schon recht gut empfunden und aufgeföhrt und auch geschickt in Vers und Musik angebracht. Am Schluß hatten die kleinen Zuhörer selbst zu entscheiden, welche Leistungen sie der ausgezeigten Preise für würdig hielten, und es zeigte von dem tiefen Verständnis der Kleinen, daß sie dem künstlerisch wertvollsten Vortrag, den Violinist Kreuzburg, den ersten Preis zuerkannten. Besondere Anerkennung gebührt auch demjenigen, der all die kleinen Virtuosen „entdeckt“ hatten. Der Nachmittags zeigte, daß man auf dem Gebiete der Jugendunterhaltung, das früher so arg vernachlässigt ward, beträchtlich fortgeschritten und zu erquicklichen Leistungen gelangt ist.

Notizen. Wer die Nacht der Notkloster sieht, diese hohen Verleiden, mächtigen Meister, die Überlebenheit mit glitzernden Gold- und Brillantenschmuck, dazu die gepuderten Gesichter, der empfängt ein charakteristisches Bild von ihr. Die Adelskaste, die in allen politischen und Kulturangelegenheiten der Zeit den Ton angab, war innerlich hoch, an Geist arm, nur an Ausschweifungen und Easern aller Art reich, und vermochte eben allein durch ein glänzendes, auffallendes Aussehen den unterdrückten Klassen zu imponieren. Die Musik der Zeit war natürlich dem Geschmack der herrschenden Klasse angepaßt. Nichts Aufwühlendes, aus tiefem Innern Kommendes, Erhebendes, sondern allein ständelnde Klänge, weiche, graziöse Gavotten und Menuetts, neckische Scherz- und zweideutige Scherzlieder - leicht getränkte, schimmernde Überflüsse. Liselt und Konrad Berner geben durch ihre Vorträge an Laute, Violine und Viola d'amour ein lebendiges Bild jener Zeit, auch schon dadurch, daß sie im Notkloster auftreten. Mit ihrer kleinen, aber recht wohlklingenden Stimme, vereint mit einer innigen und reifen Vortragsmann und einem sehr sicheren Sautenspiel, gefaltete Liselt Berner ihre Lieber sehr eindringlich. Konrad Berner, der die Violine und die klängevolle Viola d'amour in gleich vortrefflicher Weise beherrscht, gab durch seine Vorträge einen besonders erquicklichen Genuß.

Jubiläumskonzert und Vortragsabend. Mit bemerkenswertem gutem Willen, aber nicht der gleichen Technik hat Frau Olga Dopner einige Klaviervorträge. In dem „Jubiläumskonzert“ von Kaptefeld war die hineingewundene Melodie des „Der Adler“ (1813)

Zur Gasabgabe in den Feiertagen schreibt man uns: In den vergangenen Feiertagen ist die Gasabgabe ausnahmsweise erst um 1 Uhr vormittags anstatt um 8 Uhr gespart worden. Wünsche, eine solche Verlängerung der Gasabgabe überhaupt an allen Sonntag und Feiertagen einzuführen, waren namentlich geäußert worden, ohne daß sie allerdings auch nur in einem einzigen Falle von einem Vorschlag begleitet waren, wie der dadurch entstehende Mehrverbrauch, den die Gaswerke bei der fortwährenden Kohlenknappheit auf die Dauer nicht zu leisten vermögen, an anderer Stelle wieder eingebracht werden soll. Es wurde vielmehr die Meinung vertreten, daß der Mehrverbrauch sich dabei gleichbleibe, wenn nicht sogar herabgehen würde. In den vergangenen Feiertagen haben nun die Gaswerke Gelegenheit gehabt, den durch eine solche Maßnahme selbstverständlichen Mehrextrakt ziffernmäßig festzustellen. Er betrug an jedem der vergangenen Feiertage während der ganzen Abgabzeit von 3-8 Uhr vormittags 10-12000 Kubikmeter mehr, als bei der sonst üblichen Abgabzeit am Sonntag von 3 bis 8 Uhr. Dies entspricht einem Mehrverbrauch von etwa 1/2 Tonne Steinkohlensäure (10 Tonnen) Steinkohlensäure an jedem Feiertage. Hieraus kann es keinem Zweifel unterliegen, daß hinsichtlich einer Erweiterung der Gasabgabe am Sonntag über 8 Uhr früh hinaus, bis auf weiteres nicht in Frage kommen kann.

Auch die Bricketts werden wieder teurer. Der Reichshoflieferant hat den mitteldeutschen Braunkohlensorten eine neue Preissteigerung bewilligt, die für Bricketts und Preßkohl, 15 Mt. die Tonne zuzüglich 6 Mt. für den Paß von Arbeiterwohnungen und 1 Mt. die Tonne für Beschaffung von Lebensmitteln für Verarbeiteter beträgt. Ingesamt macht die Gesamtpreissteigerung 16 Mt. die Tonne ausschließlich Steuer aus. Das ist mehr als eine Mark für den Zentner allein für die Gruben!! Dazu kommen noch die Zuschläge des Handels, so daß die Verbraucher wieder noch enorm belastet werden. Wahrscheinlich werden sie jetzt auch einige Zentner Bricketts erhalten, denn die Preissteigerung ist bereits am 1. Januar 1920 in Kraft getreten.

Die Verhlinge behandelt werden. Man schreibt uns: Ich habe einen Sohn, der seit dem 11. 6. 1919 bei der Firma Brenneke, Demeter- und Geschloßfabrik, Gottschiedstraße, als Antofloßerlehrling in Stelle ist. Die Verhlinge sind hier meist billige Arbeitsburschen. Im letzten halben Jahre sind jedoch drei Verhlinge abgegangen. Mein Sohn war sehr vor Weihnachten 14 Tage erkrankt und vom Arzt arbeitsunfähig geschrieben worden. Als Vater habe ich meinen Sohn bei der Firma schriftlich entschuldigt, daß er krank ist. Trotzdem verlangt die Firma ein ärztliches Attest!! Und am 1. Dezember wurden meinem Sohn 10 Mt. von den 30 Mt. abgezogen. Es wurde bemerkt, wenn er kein ärztliches Zeugnis bringe, müsse er nicht wieder als Verhling bei der Firma anfangen.

Die hohen Gehälter. In den Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlicht Herr Prof. Dr. Bischoff einen langen Artikel über die Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe. Er schildert dort die höchlichst hohen Gehälter, die die Versicherungsangestellten verdienen. Daß aber jetzt verheiratete Familienväter mit vier Kindern ange und schreibe 200 Mt. monatlich erhalten und Wochenlöhne von 9 Mt. an verheiratete Männer existieren, das veranschaulicht der Herr Bischoff durch ein aber darüber noch Mitteilungen. Erwünscht wäre es auch, wenn er daneben sein Gehalt angeben und sich darüber äußern würde, ob es wahr ist, daß er und sein Kollege Dr. Dr. Peters zusammen 11 000 Mt. Gratifikation am Jahresabschluss 1917 eingekassiert haben.

Am den 17. jährl. Speisestatten belief sich in der Woche vom 22. bis 27. Dezember (drei Tage) die Speisengabe auf rund 13 800 Mahlzeiten gegenüber rund 11 100 in der Woche zuvor.

Schlachthof (Zehnamt) H. Mittwoch, den 7. Januar, vormittags von 9 bis 12 Uhr, Ausgabe von Gulasch, Brühwürstchen, Verkauf an jedermann. Tägliches Blutwurst, Allogrammose, 1,30 Mt.; an Inhaber von früheren gelben Kleinfleisch-Nummern.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Schellenberger, Dienstag, 1. Januar, 8-9 Uhr, Nr. 851-1100. Höchstpreis pro Pfund 1,90 Mt. Mittwoch, 7. Januar; Hofmann, Wächterstraße, 3 bis 11 Uhr, Nr. 801-875. Freibank I: Nr. 8970-9125 (4120-4200), Freibank II: Nr. 851-1290 (1291-1805).

## Polizeinachrichten.

Zum Mord an der Heilige Witte.

Die weiteren eingehenden Erörterungen der Kriminalpolizei haben in verschiedenen Punkten zu neuen Ergebnissen geführt. 1. Es ist ein Straßenschnelldieb ermittelt worden, der bestimmt behauptet, daß der ermordete Egger am 17. Dezember v. J. abends bald nach 10 Uhr am Hauptbahnhof von ihm bedienten Wagen der bisherigen Z-Punkte besaßen, an der Haltestelle Hofstraße wieder verlassen hat, und dort nicht nach seinem unmittelbar daneben gelegenen Hause, sondern nach der andern Seite auf die Heilige Witte zu gegangen ist. Danach muß angenommen werden, daß Egger, der zunächst beim Bestiegen eines nach dem Besten fahrenden vollbesetzten Straßenschnelldiebswagens der Linie 2 ebenfalls vor dem Hauptbahnhof gesehen worden ist, jenen abends wieder verlassen und am Geörgiring mit einem Wagen der Z-Punkte vertauscht hat.

Wer kann hier zu noch Angaben machen?

2. Es sind verschiedene Personen mit der Behauptung aufgetreten, daß sie am 17. Dezember v. J. in der 11. Abendstunde — über den genauen Zeitpunkt gehen die Angaben auch wieder auseinander — aus der Richtung von der Heiligen Witte einen Zahn gehört hätten.

dem Eingeweihten schwer erkennbar. Dafür entschädigte sie mit ihren gesprochenen, auch eignen lässigen Gedächtnis ihr intimes und dankbares Publikum. Fr. P. Zamuely, obgleich noch neu als vorwiegende Künstlerin, gefiel ungemein durch Gestalt, eine gerade aussehende Stimme und sicheres Auftreten. Nicht vergessen sein soll schließlich noch Frau Kurtes, die Morris Rosenfelds ergreifende „Hüterin“, eine Szene aus dem jüdischen Proletariat, zu starker Wirkung brachte. Die Herren Kambarda, Bertowski und Zamarin habe ich nicht mehr hören können. O. K.

Theater in der Gierstraße. Da die bisherigen Tage des Doppel-Gallopada Ida Wäh-Bruno Kasper unverkauft waren, hat die Direktion das Galopp auf einige Tage verlängert. — Am Sonntag, den 11. Januar, nachm. 3 Uhr, wird die Pantomime-Kunstlergesellschaft Zeevitch und die sieben Zwerge, ein Märchenoperette in 7 Bildern von Scherer, ganz neue zur Darstellung bringen; es wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Darsteller (17 Personen) wirkliche Zwerge sind.

Wulfen-Zählhe-Drucker. Das zweite vollständige Zinjone-Lonjeri findet Sonnabend im großen Saal des Volkshauses statt. Herr Professor Weinreich spielt das Es-Dur-Klavierkonzert von Beethoven. Das Programm enthält außerdem noch: Bluet, Duvertüre Op. 10 in A-Dur (Schluss von K. Wagner), G-Moll-Sonate von Mozart und Balletmusik zu Kosmunde von Schubert. Anfang pünktlich 7 Uhr. Eintrittspreis auf allen Plätzen 1,15 Mt. mit Steuer. Karten sind in der Volkshausverwaltung, im Arbeiter-Bildungsinstitut, in den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen und an der Abendkasse zu haben.

Wegweg als Filmregisseur. Man teilt uns mit: Fris Wegweg wird dem Leipziger Schauspielhaus und der Leipziger Volkshaus eine Filmfabrik aufstellen, um den Mitgliedern beider Theater erhöhte Verdienstmöglichkeiten zu schaffen und den künstlerischen Unternehmen handliche Betriebsmittel zu liefern. Es wird ein eigenes großes Atelier mit allen technischen Neuheiten, mit eigener Entwicklungs-, Vorführungs- und Trockenanlage errichtet, das auch an andere Firmen leihweise abgetreten werden kann. Die künstlerische Gesamtleitung übernimmt Hans Sturm, der sich die letzten beiden Sommer für seine neue Tätigkeit eingearbeitet hat.

Die Möglichkeit, daß Egger bereits um diese Zeit daselbst erschossen worden ist, läßt sich nicht völlig ausschließen.

Wer hat in der Nacht vom 17. zum 18. Dezember nach 11 Uhr abends die Heilige Witte passiert?

3. Am Sonntag, dem 21. Dezember v. J., vormittags zwischen 1/11 und 1/2 Uhr hat, wie bekannt geworden ist, im Wartesaal 3/4 Klasse des Hauptbahnhofs ein Unbekannter einem andern eine Herren-Doppelkette zum Kauf angeboten, auf welche die veröffentlichte Beschreibung der Kette des erschossenen Egger zutrifft. Während die beiden verhandelten, ist ein Dritter herzugetreten, der Interesse für die Kette zeigte, hat alsbald mit dem Anbieter dieser den Wartesaal verlassen und dann längere Zeit mit ihm auf dem Hauptbahnhof gesprochen. Dieser Dritte soll etwa 35-40 Jahre alt und kräftig gewesen sein, volles gesundes Gesicht und starken schwarzen Schnurrbart gehabt sowie einen schwarzen Winterüberzieher und schwarzen steifen Hut getragen haben.

Wer ist diese Person, die sich für die Kette interessiert und sie dann vielleicht auch gekauft hat?

4. Aus nachträglich zur Kenntnis der Kriminalpolizei gelangten Korrespondenzen des ermordeten Egger ergibt sich, daß dieser in großem Umfange Schiebergeschäfte gemacht hat.

Wer kann angeben, mit welchen Personen Egger während der letzten Zeit vor seinem Tode Schiebergeschäfte gemacht oder zu machen versucht hat?

Die Kriminalpolizei bittet dringend darum, daß alle diejenigen, die in der Lage sind, zu dem einen oder andern dieser 4 Punkte irgendwelche sachdienliche Angaben zu machen, sich umgehend bei der Kriminal-Abteilung, Zimmer 108, oder in der nächsten Polizeiwache melden.

## Lebensmittelliste für Mittwoch, den 7. Januar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Nährmittel usw. für Kinder bis zu 2 Jahren: Vesper Tag — abzugeben H 4, M 4, N 4, Z 4 der Lebensmittellisten S 1, S 2, S 3.

Nährmittel für Schwangere: Vesper Tag — abzugeben S N 4 der Sonderlebensmittelliste für Schwangere.

Fleisch: abzugeben W 1-10, W 1-5.

Ausgabe. 26. Kartenausgabe und Zusatzkarten für Kranke: Nr. 1201-1400.

Verordnung der Bekleidungsstelle an Israeliten: Kartenausstellung, Stadthaus, Zimmer 623 und 626: Nr. 1.01-1400.

Mittels Lebensmittelliste für israelitische Haushaltungen im israelitischen Gemeindeamt, Wörlichstraße 10, Nr. 1201-1400.

Kartenausgabe für Schwerekriegsbeschädigte: Ausgabe 2. Lindenau, Duedstraße 2, 1/2-1/2 Uhr nachmittags.

Milchfrische und Suppen: Vesper Tag — bestellt mit 1 E und K der allgemeinen Lebensmittelliste Reihe M (125 Gramm Milchfrische und 250 Gramm Suppen); Zusatzlebensmittelliste 13 für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischmarkenstempel U 1-5.

Für Händler.

Milch und Suppen: Markenabgabe an den Obmann. Ausgabemargarine: Bezugskartenausgabe durch die Buttergroßhändler in der Bezugskartenausgabe.

Selbstpulver: Ablieferung der Abnahme für Dezember und Januar, Marktgrabenstraße 8 (Bezugskartenausgabe).

## Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Eröffnung der Turnhalle am 6. Januar 1920 (Sachverständigenrat, 1. Abteil: 2 Uhr, 2. Abteil: 4 Uhr, 3. Abteil: 6 Uhr, 4. Abteil: 8 Uhr, 5. Abteil: 10 Uhr, 6. Abteil: 12 Uhr, 7. Abteil: 14 Uhr, 8. Abteil: 16 Uhr, 9. Abteil: 18 Uhr, 10. Abteil: 20 Uhr, 11. Abteil: 22 Uhr, 12. Abteil: 24 Uhr).

## Sächsische Angelegenheiten.

### Staatliche Maßregeln zur Vinderung der Wohnungsnot.

Die sächsischen Staatsbehörden attestieren sich jetzt in der Presse selbst, daß sie alles getan haben, um die Wohnungsnot zu mildern. Es heißt da:

In der Erkenntnis, daß eine Verringerung der Wohnungsverhältnisse zu den dringlichsten Aufgaben unserer Zeit gehört, sind auch die Staatsbehörden nach Kräften bestrebt, zur Vinderung der Wohnungsnot beizutragen. So hat das Finanzministerium bereits im Jahre 1918 alle ihm unterstellten Behörden und Dienststellen angewiesen, die Maßnahmen zur Unterbringung Obdachloser durch Ingreifen mit fester Hand und unter Zurückstellung aller Kleinlichen Bedenken nachdrücklich zu fördern, insbesondere geeignete staatliche Räume durch direkte Beschaffung der Anordnungen mit Beamten, durch Räumung von Stadtwerken, ganzen Häusern von Gebäuden, Zellengängen oder Hüttengebäuden usw. soweit wir nur irgend möglich freizumachen und den Anordnungen der Wohnungskommission unbedingt Folge zu leisten. Es sind ferner wiederholt Erörterungen darüber angestellt worden, ob in staatlichen Grundbesitz Räumung zur Einrichtung von Wohnungen bereitgestellt werden könnten. Im Laufe der Zeit sind dann auch in einer größeren Anzahl von staatlichen Gebäuden Notwohnungen eingebaut und inzwischen bezogen worden. 2. In dem ursprünglich für das Eisenbahnmuseum in Aussicht genommenen Grundstücke Hofstraße 3, in drei Gebäuden der früheren Dresdner Papierfabrik an der Rosenstraße, in den Verwaltungsgebäuden am ehemaligen Gilschuppen auf dem Hauptbahnhof Dresden-Altfeld, im Uebernachtungsgebäude auf dem Hauptbahnhof Dresden-Friedrichstadt; sehr zahlreiche Wohnungen sind auch im vormaligen Heißbrennerei, in den Werkstattgebäuden und im Taschenberg-Palais bereitgestellt worden. Ferner erzielte die Eisenbahngesellschaft Dresden zur Zeit in Müdnitz und Pöbitz über 130 Wohnungen, und im nächsten Frühjahr soll von ihr mit dem Bau weiterer 120 Wohnungen begonnen werden. Durch die Beschaffung dieser Wohnungen mit Eisenbahndienstleistungen wird eine entsprechende Anzahl Privatwohnungen für die übrige Bevölkerung freigegeben. Die Einrichtung weiterer Wohnungen ist im Taschenberg-Palais und in der früheren Dresdner Papierfabrik, sowie durch den Ausbau der Dachgeschosse in den Beamten- und Arbeiterhäusern der Staatseisenbahnverwaltung an der Köhlerstraße in Pöbitz in Aussicht genommen. Voranschaulich werden auch noch in einigen anderen staatlichen Gebäuden Notwohnungen eingerichtet werden können.

Was hier getan worden ist, ist etwas ganz Selbstverständliches. Es wäre noch schöner, wenn Staatsbehörden angefaßt der von Tag zu Tag wachsenden Kalamität völlig untätig bleiben wollten. Aber alle die getroffenen Maßnahmen sind doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Wohnungsnot ist nicht nur nicht beseitigt, sondern zum Teil noch bedeutend verschärft und wird auch noch längere Zeit anhalten und zwar um so länger, je mehr die Verordnungen der Staatsbehörden — und vor allem ihre Durchführung — vor den Privatinteressen der Hauseigentümer nach machen. Das fortgesetzte Drängen der Hausagrarier nach Befreiung aller Fesseln, die ihren Wuchergeulsten im Wege sind, zeigen, daß die kapitalistischen Interessen der privaten Wohnungsvermieter mit einer gesunden, Wohnungspolitik unvereinbar sind. Die Herstellung und Vermietung von Wohnungen ist eine öffentliche Angelegenheit, die der privaten Spekulation entzogen werden muß. Deshalb fordern wir die Vergesellschaftung des Grund und Bodens. Und hier haben die Staatsbehörden bisher völlig verfehlt. Sie haben im Gegenteil den privaten Wohnungsbau unterstützt und dadurch die Wohnungsnot zu einer dauernden Erscheinung gemacht.

## Die Zwidauer Holzwerke und der Fall Haak.

Die von Genossen Dressel in der Volkshaus über beachtliche Kapitalverflechtungen der Zwidauer Holzwerke und die merkwürdige Rolle, die der Regierungsrat Haak in der Angelegenheit gespielt haben soll, gemachten Mitteilungen sind von der bloßgestellten Firma als Verleumdungen bezeichnet worden. Das war natürlich für die rechtssozialistische Presse, die doch eigentlich ein Interesse an einer Aufklärung der Angelegenheit haben sollte, ein willkommener Anlaß, auf die „unabhängigen Verleumder“ loszuschlagen. Und die Regierung hat nun ebenfalls erklärt, daß an dem Fall gar nichts sei. Nach alledem, was bisher über derartige Untersuchungen durch die Regierung bekannt geworden ist, — wir erinnern nur an den Butterfand in Bad Elster — ist diese Erklärung der Regierung völlig wertlos. Und nach den Erklärungen, die die Volkszeitung für das Vogtland als Antwort auf die neugierige Frage des dortigen rechtssozialistischen Organs, wo denn die Beweise seien, gibt, scheint es, als ob die Regierung auch in diesem Falle die ganze Angelegenheit vertuschen wolle. Unser Plauenener Bruderblatt schreibt:

Wir wollen der Volkshaus den Gefallen tun und deren Ausrufe etwas bescheiden, soweit und bis im gegenwärtigen Augenblick, um der Klärung der Sache nicht zu schaden, als unrichtig erweisen.

Die Firma Sorch kann nicht bestreiten, daß sie eine Verleumdung nach Schweden in Aussicht genommen hat. Die Verhandlungen reichen natürlich bis ins Jahr 1915 zurück. Damals wollte man bloß einen Teil der Auszahlung einiger bestimmter Wagnisse abdecken. Später sind die Verhandlungen, nach 1917, 1918, 1919, auf viel breiterer Basis wieder aufgenommen worden. Es haben zu diesem Zwecke persönliche Verhandlungen in Stockholm durch den Generaldirektor Soller und den Ähnlul Weidenberger-Gehrmann im Jahre 1919 stattgefunden. Zu dieser Verleumdung hat die Firma innerlich ihres Betriebes und auch anherhalb desselben Haak und Spezialarbeiter angeworben.

Das Material ist dem Herrn Weidenberger Haak nach vorheriger Aussprache übermitteln worden, nachdem er versprochen hatte, die Sache zu untersuchen. Eine Untersuchung ist jedoch ausgefallen. Dafür hat aber der Herr Generaldirektor Soller dem Angestellten- und Arbeiterausschuß Vorhaltungen darüber gemacht, daß er sich an die Regierung gewandt hätte. Herr Haak habe ihm jedoch erklärt, daß er die Firma Sorch nicht für eine solche Untersuchung halte, die das Werk in der Westfälische forstliche.

Über die Verleumdung an Herrn Haak wollen wir feststellen, daß dies nicht bestritten werden kann. In unseren Händen befindet sich eine Abschrift der Rechnung, die unter Handlungskosten der Firma verbucht ist. Die Firma Sorch bezieht diese Verleumdung ebenfalls nicht. Die Buchung und Ausstellung der Rechnung fand aber erst dann statt, als gegen Haak das Auslieferungverfahren durch die Zwidauer Ortsverwaltung bei der Dresdner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes beantragt war. Herr Haak selbst wird sich auf die Verleumdung auf berufen können, da er dieselbe mit seinem Auto persönlich zur Bahn gebracht hat. Wenn die Volkshaus noch mehr wissen will, dann mag sie sich einwillen an Herrn Weidenberger Haak wenden, der ihr schließlich dann auch genügend Aufklärung darüber geben kann, wie man zu einem solchen Verhältnis als „Arbeiterführer“ mit einem Generaldirektor kommen kann. Für geschäftliche Verbindung und Auszahlung dürfte dies für die Volkshaus von Vorteil sein.

Vielleicht bemüht sich nun die Regierung noch einmal.

## Zusatz: Gohweller.

Am Ständehaus in Dresden wurde gestern unter Teilnahme von Regierungsdirektoren ein Landesproduktengemeinschafts-System Gohweller mit einem Stammkapital von 800 000 Mt., wovon 275 000 Mt. von Gohweller gestiftet sind, gegründet. Bei dieser Gelegenheit hat auch der Kammerpräsident Präbörde eine Begrüßungsrede gehalten, in der er das System Gohweller als ein Mittel bezeichnete, aus dem Elend herauszukommen. Sein Ideal sei zwar die Sozialisierung, man müsse jedoch nehmen, was brauchbar erscheine.

Diese Auffassung ist kennzeichnend für die rechtssozialistische Politik. Warum treten die Mehrheitsler — denn nicht energisch für ihr Ideal, die Sozialisierung, ein? Das System Gohweller hat nicht nur nichts mit der Sozialisierung zu tun, sondern ist im Gegenteil ein Versuch, die Sozialisierung im Interesse der Kapitalisten zu umgehen, indem man den Arbeitern ein gewisses Mitbestimmungsrecht und eine Gewinnbeteiligung einräumt. Das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis wird dadurch nicht beseitigt, sondern geradezu konserviert.

## Demonstrierende Arsenalarbeiter in Dresden.

Vor dem früheren Kriegsministerium in Dresden veranstalteten am Sonnabendnachmittag 200-300 Arbeiter vom Dresdner Arsenal eine Demonstration wegen der Erhöhung der Lohnzuschüsse. Nach Absendung einer Deputation gingen die Demonstranten ruhig auseinander.

## Die Kriegsverluste der sächsischen Volksschullehrer.

Sehr bedeutende Verluste hat der Krieg auch in der Lehrerschaft in Sachsen geritten. Klein Volksschullehrer sind insgesamt 2400 gefallen oder im Felde verstorben. Davon sind 1048 Lehrer und Schulkammler, 84 Kandidaten und Studenten der Pädagogik, 60 Lehrer an anderen als Volksschulen, 277 Seminaristen und 11 sonstige Stabsangehörige. Vermißt werden 200 Lehrer, 52 Seminaristen und 7 sonstige Lehrkräfte. Diese Vermissten werden aber auch wohl zu den Gefallenen gerechnet werden müssen.

## Unrichtige Stadtratwahlen.

Chemnitz. Die Witzigkeit der am 18. Dezember vorgenommenen Neuwahl von 18 unbesetzten Stadtratsstellen war von der deutschnationalen Volkspartei angefochten worden. Der Rat der Stadt Chemnitz, der nach eingeholter Genehmigung des Ministeriums die erste Anhang darstellt, entschied, daß die Wahlverhältnisse unbesetzten Stadtratsstellen unrichtig sind, weil die Stimmscheitel nicht vorchriftsmäßig den Namen wenigstens eines Bewerbers enthielten. Am 18. Dezember wurden zu Stadtratsstellen gewählt 12 Sozialdemokraten, 3 Deutschnationale, 2 Demokraten und ein Vertreter der Angestellten.

## Der Stutzoll der Revolution in Sachsen.

Im abgelassenen Jahre sind 148 Revolutionäre dem Freiheitskampf zum Opfer gefallen und teils getötet, teils verwundet worden; davon entfallen auf die Kriegshauptmannschaft Dresden 66, Chemnitz 70 und Zwickau 10, während Leipzig und Bautzen keine Opfer aufzuweisen haben.

Dresden. Der Stadtrat bewilligt die Einrichtung der von Eltern 1920 an einzuführenden Pflanzschulungsschule für Mädchen 88 000 Mt. für die Beschaffung von Nähmaschinen und 85 000 Mt. für sonstige Haushaltsgeräte.

Kadeberg. In Stadtrats wurden drei bürgerliche Kandidaten und fünf Sozialdemokraten gewählt.

Yobershan. Das Deutscherische Erchwerk wurde durch ein Schafdenfeuer vollständig niedergelegt. Der Schaden ist beträchtlich.



Anfang 3 1/2 Uhr

# Hohneujahrs-Ball

Anfang 3 1/2 Uhr

In folgenden Lokalen von

## Leipzigs Umgebung

Verein der Saalhaber im Bezirk der Amtshauptm. Leipzig. Geschäftsstelle: Gasthof Zweinaundorf, Tel. 7642



**Böhlitz-Ehrenberg** Grosse Eiche  
Inh.: Oswald Richter  
Fernsprecher 84052

**Böhlitz-Ehrenberg** Ritterschloßchen  
Barneck, Inh. G. Hermann  
Fernspr. 84114

**Cröbern, Gasthof**  
Inhaber:  
O. Liebozelt

**Eythra Grüne Eiche**  
Fernsprecher 894  
Amt Zwenkau  
Inhaber: Helmfroh Limpert

**Frankenheim Gasthof**  
Inhaber: Kurt Scheibe  
Fernspr. 83 Amt Markranstädt

**Gasthof Schlessgraben bei Göhren**  
Inhaber:  
Ernst Mühlberg

**Grassdorf, Gasthof**  
Inh.: Carl Schmidt  
Fernspr. 875  
Amt Taucha

**Grossdeuben** Gasthof z. weissen Ross  
Inhaber: Max Kühn  
Fernspr. 187, Amt Gaschwitz

**Grossmiltitz** Gasthof  
Inhaber: Robert Deibel  
Fernspr. 848 Amt Markranstädt

**Grossstädteln** Feldschloß  
Inhaber: Georg Naumann  
Öffentl. Fernsprechstelle.

**Grosszschocher** Gasthof z. Trompeter  
Inh.: Anna verw. Hempel  
Fernsprecher 41085

**Grosszschocher** Gasthof Windorf  
Inhaber: Friedrich Dölle  
Fernsprecher 40822

**Hänichen** Sächsisches Haus  
Inhaber: Karl Kühn  
Öffentliche Fernsprechstelle

**Holzhausen** Sächsisches Haus  
Inhaber: Max Schweizer  
Fernsprecher 16886

**Knautkleeberg** Gasthof z. weiss. Ross  
Inhaber: Hermann Schlippe  
Fernsprecher 40089

**Leutzsch** Schwarzer Jäger  
Inhaber: Ernst Diecke  
Fernsprecher 5748

**Liebertwolkwitz** Drei Linden  
Inhaber: Richard Brühelm  
Fernsprecher 1848

**Liebertwolkwitz** Gambrinus  
Inh.: Fr. verw. Kühne  
Fernspr. 57 Amt Liebertwolkwitz

**Lindenthal** Deutsches Haus  
Inhaber: Otto Hönemann

**Markkleeberg** Gasthof Heiterer Blick  
Inhaber: Ida verw. Mocker  
Fernsprecher 85651

**L.-Mockau** Neuer Gasthof  
Inhaber: Karl Müldner

**Paunsdorf** Alter Gasthof (Endstation  
in der 4. St.)  
Inhaber: Richard Albrecht  
Fernsprecher 80238

**Paunsdorf** Neuer Gasthof  
Inhaber: Friedrich Müller  
Fernsprecher 80041

**Plaussig, Gasthof**  
Inhaber:  
Hermann Fiedler

**Portitz, Gasthof**  
Inhaber: Richard Polter  
Amt Taucha.  
Fernsprecher 337

**Rückmarsdorf** Gasthof z. Sandberg  
Inhaber: L. Creutmann  
Fernsprecher 84022

**L.-Schönefeld** Gesellschaftshaus  
Inhaber: Karl Gericke  
Fernsprecher 14889

**Sommerfeld** Alter Gasthof  
Inhaber: Hermann Böhme  
Fernsprecher 85 Amt Borsdorf

**Störmthal** Gasthof  
Inhaber: Arthur Zeldler  
Fernsprecher 199 Amt Liebertwolkwitz

**Taucha** Goldner Löwe  
Inh.: Otto Uhlig  
Fernsprecher 880, Amt Taucha.

**Wahren** Birkenschloßchen  
Inh.: Otto Lehmcke — Fernsprecher 18948

**Wahren** Terrasse u. Obstweinschänke  
Inhaber: Wilhelm Krümer. Fernspr. 51828

**Wiederitzsch** Alter Gasthof  
Inhaber: Robert Kappert  
Fernsprecher 18731

**Wiederitzsch** Neuer Gasthof  
Inhaber: Paul Bornkessel  
Fernsprecher 11981

**Zöbiger** Gasthof zum Damhirsch  
Inhaber: Max Schulz — Fernsprecher 85632

**Zöbiger** Friedenseiche  
Inhaber: Max Illge

**Zweinaundorf** Gasthof  
Inhaber: Bernhard Petzold  
Fernsprecher 7642

# Astoria

Windmühlenstraße 81 — Fernruf 18195/96

Heute Doppel-Programm!

## Henny Porten

Im Lustspiel in 4 Akten:

Die Fahrt ins Blaue.

Wetterleuchten um Witternacht.

Spannendes Drama in 5 Akten mit

Klara Wiech, Mage Fönh.

## Universum

Rosßplatz 6 (Café Bauer) — Fernruf 18195/96

4. Teil des Niefenfilms in 8 Akten

Die Herrin der Welt:

## König Matombe.

Drama in 6 Akten mit

Mia Man.

Nur für Erwachsene über 16 Jahre.

Der 8. Teil spielt im Colosseum, Rosßplatz 12-18.

Der 2. Teil im Lindenfels, Karl-Heine-Strasse 50.

## Colosseum

Rosßplatz 12-18 — Fernruf 18195/96

Die Herrin der Welt.

Niefenfilm in 8 Akten.

3. Teil:

## Der Rabbi

von Kuan-Fu.

Drama in 5 Akten mit

Mia Man

sowie der übrige Spielplan.

## Lindenfels

Karl-Heine-Strasse 50 — Fernruf 18195/96

Spielplan vom 6. Januar: Doppelprogramm

Die Herrin der Welt

2. Teil: Die

Geschichte der Frau Gregaards

Drama in 6 Akten mit

Mia Man.

Lustspiel Margots Freier

in 3 Akten

## Wintergarten

Gartenstraße 56 — Fernruf 18195/96

## Lothe Neumann

Im Lustspiel in 4 Akten

Der Klapperstorch-Verband

Abrechnung unter Komplizen

Detectiv-Abenteuer in 5 Akten

## Lichtspiele Weltkugel Wurzer St. 77

Ab Dienstag, 6. Januar, bis Donnerstag, 8. Januar:

## Die Liebschaften der Käte Keller.

5 Akte! Anfang 6 Uhr. Das übrige Besprogramm! Ende 10 Uhr.

## Tanz-Lehr-Institut G. Toeppner u. Frau

Grömannstr. 3, pt., Ecke Gößdenstr., Nähe Stephaniplatz.

Unsere neuen gutbürgerlichen Sonntags- und Weihnachts-

kurse beginnen am 8. und 11. Januar 1920.

Werke Anmeldungen erbitten wir rechtzeitig.

# Blumensäle

Täglich abends 7 1/8 Uhr

## Künstler-Kabarett

Sonntags 2 Vorstellungen. 4 Uhr u. 7 1/8 Uhr.

**Matti Wohnt**  
Am 6. Januar 1920 (Hohneujahr) nach dem Markt Nr. 4

**Goldnen Löwen** in Taucha  
Nachmittags von 5 Uhr  
**Löwenball** dergemütliche  
Nur Schlager! Um freundliche  
Vorzügliche Unterstützung bitten  
Küche u. Biere. Otto Uhlig u. Frau

## Drei Linden

Täglich abends 7 Uhr

Morgen Hohes Neujahr 2 Vorstellungen

1/4 Uhr und 7 Uhr

Der große Varieté-Spielplan.

11 große Welt-Attraktionen.

<b>Fanta-Sia</b> die bühnentechnische Neuheit.	Gastspiel <b>Alexandroff-Perotti</b> Kammersänger der Buda- pester Staatsoper.
<b>4 Urbanis</b> Deutschlands beste kom. Akrobaten.	<b>Adones Donwells</b> weltberühmte Instrumentalisten.
<b>Vory Malak</b>	<b>Nickins</b> der famos Bauchredner.
<b>Kitty u. Alexander</b> die unerreichten Künst- radfahrer.	<b>Karl Wandrey</b> in seinen Parodien.
<b>Georg Baaro</b> der brillante Humorist.	<b>Frank Herms</b> der singende und springende August.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 3363, 33463). — Warenhaus  
Th. Althoff, Petersstr. — Konsumverein, Karl-Heine-Strasse.

# Tanz-Palast Papiermühle

Hohes Neujahr

## Grosser Ball

# Licht-U.T. Spiele

Nur noch bis  
Donnerstag!  
Erstaufführung!

Täglich bei  
ausverkauftem  
Hause

Spannung! Ausstattung!

Telef. 3187

**Sünden der Eltern**  
Soziales Zeitbild  
6 Akte 6

Durchgang  
Riebeckbräu

Telef. 3187

**Im Herzen der Stadt**

U.M.KUNZEL  
Hainstr. 19.

Sonntags  
Anfang 3 Uhr.

# Gewerkschaftsfunktionäre.

Mittwoch, den 7. Januar, abends 7 Uhr:

## Versammlung im Volkshaus

Wichtige Tagesordnung!

Sämtliche Vertrauensleute der Gewerkschaften müssen erscheinen! Verbandsbuch mitbringen!

**Gewerkschaftskartell Leipzig.**  
E. Schilling, Vorsitzender.

### U. S. P. D. Gross-Leipzig.

**Alt-Leipzig.** Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß unser Kassierer Gen. S o l e s zur Zeit krank ist. Wir bitten daher die Mitglieder, ihre fälligen Beiträge bis auf weiteres im Bureau, Selter Straße 82, Saalgebäude I, Zimmer 18, zu entrichten. Das Bureau ist von heute an auch am Tage geöffnet.  
Der Vorstand.

### Alt-Leipzig, Bezirk Osten.

Die für Montag, 12. Januar, angeordnete **Mitglieder-Versammlung** findet aus wichtigen Gründen erst am **Dienstag, 13. Januar**, abends 6 Uhr, im Restaurant **Gutenberg**, Johannisstraße 19/21, S. I., statt. Um zahlreichem Besuch bittet **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Achtung!

### Kraftwagenführer Leipzig und Umgegend.

Dienstag, den 6. 1. 1920 (Hohneujahr), nachm. 3 Uhr **Mitgliederversammlung** im **Volkshaus**, Selter Straße 82, Zimmer Nr. 9.  
Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Reichskonferenz am 17. 1. 20 (Berlin). 2. Stellungnahme zur Erhöhung der Kraftfahrerkarte. 3. Verschiedenes.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Kraftfahrerkartenführer besonders ersucht, zu erscheinen.  
Deutscher Transportarbeiter-Verband  
Buchkontrolle. Sektion der Kraftwagenführer Leipzig.

### Steinsetzer u. Berufsgenossen Leipzigs.

Donnerstag, den 8. Januar 1920, abends 5 Uhr **General-Versammlung** im **Volkshaus** (Salomonaden).  
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Kassensbericht; 2. Ergänzungswahl des Vorstandes; 3. Bericht von der Unterhandlung mit dem Arbeitgeber-Verband; 4. Wahl der Delegierten zum Verbandstag; 5. Gewerkschaftslehre.  
Zu dieser wichtigen Versammlung muß alles zur Stelle sein.  
Der Vorstand.

### Zweckverband der Arbeitgeber für das Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe in Leipzig.

Am Montag, dem 6. Januar 1920, abends 7 1/2 Uhr, findet im Honorar am Rotentor eine **Versammlung** statt, zu welcher die Arbeitgeber hiermit eingeladen werden.  
Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch; 2. Erhöhung der Preise für gewerbliche Leistungen; 3. Verschiedenes.  
Wilhelm Knoth, Vorsitzender.

### Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Arbeiter-Ausschußmitglieder und Vertrauensleute!

Unsere für Mittwoch, den 7. Januar 1920, anberaumte Sitzung fällt aus.  
Wir ersuchen, die Versammlung des Gewerkschaftskartells vollständig zu besuchen.  
Unsere Sitzung findet Donnerstag, den 15. Januar 1920, abends 6 Uhr, im Volkshaus statt.  
Die Dreiverwaltung.

### Unabhängige Volkszeitung, Dresden sucht zum sofortigen Antritt, spätestens aber für den 1. Februar als

**leitenden politischen Redakteur** eine durchaus tüchtige Kraft. — Bewerbungen sind unter Beifügung der Gehaltsansprüche bis spätestens 12. Februar an den Vorl. v. Br.-K., S. Henker, Döhlen b. Dresden, Schillerstr. 98, zu richten.

### Große öffentliche Gastwirte-Versammlung

Mittwoch, den 7. Januar 1920 nachmittags 3 Uhr im Sanssouci, Leipzig, Elsterstr.

Tagesordnung:  
1. Die neue Bierversteuerung und Beschlußfassung darüber.  
2. Verschiedenes.

**Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte Leipzig Stadt und Land.**  
Es ist Pflicht eines jeden Gastwirtes, zu erscheinen!

Achtung! Achtung!

### Brauereiarbeiter aller Kategorien!

Dienstag, den 6. Januar 1920 (Hohneujahr), vormittags 9 Uhr in den Westendhallen, L.-Plagwitz, Zschochersche Straße 41 **Brauereiarbeiter-Versammlung**

Tagesordnung: 1. Bericht über die weiteren Verhandlungen mit dem Brauereiverein betr. der Arbeiterentlassungen. 2. Bericht über die geforderte Beihilfe bzw. Lohnzulage. Referent: Kollege H. Sendig. 3. Aussprache und Beschlußfassung  
Kollegen! Infolge der Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre für Mittwoch, den 7. Januar, im großen Saal des Volkshauses, mußten wir unsere Versammlung an obengenanntem Tage anberaumen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird von den Brauereiarbeitern der unterzeichneten Verbände erwartet.  
**Kein Brauereiarbeiter darf fehlen!**  
Verband der Brauer- und Mühlenarbeiter, Zahlstelle Leipzig.  
Verband der Maschinisten und Heizer, Zahlstelle Leipzig.  
Verband der Transportarbeiter, Zahlstelle Leipzig.  
Verband der Böttcher, Zahlstelle Leipzig.  
Bund deutscher Brauergesellen.  
Die Tarifverbände. I. A.: H. Sendig.

### Frauen der Kriegsgefangenen!

Donnerstag, den 8. Januar 1920, abends Punkt 7 Uhr, im „Pantheon“ Dresdner Straße **Öffentliche Versammlung**  
Tagesordnung:  
Warum kehren unsere Männer nicht heim und warum läßt man uns hungern? Referent: Parteisekretär Schöning, Leipzig.  
Nachdem: Freie Aussprache.  
Das Erscheinen aller Frauen der Kriegsgefangenen ist notwendig!  
Die einberufenden Kriegerfrauen.

### Filmpalast

Eines der größten und modernsten Lichtspieltheater Leipzigs  
L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.  
Ab Dienstag  
**Die weissen Rosen von Ravensberg**  
Einlass 4 1/2 Uhr. Volles Orchester.

### Brandenburger Hof Mittelstr. 11.

Morgen Hohneujahr ab 4 Uhr sowie Mittwoch ab 6 Uhr  
9 Uhr Kontor. **Grosse Ball-Feste!** Tanz frei.  
Musik: Kapellmeister Fünfstück.

### Achtung! Deutscher Eisenbahner-Verband

Am Mittwoch, dem 7. und Mittwoch, dem 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Vorträge des Genossen **Horro** im Restaurant **Exelior**, Taucher Straße. Ueber die weiteren Vorträge erfolgt Befamntmachung in der Volkshaus.

### Asphalteure u. Pappdecker. Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, den 8. Januar, Punkt 6 Uhr im Volkshaus, Gartenfaal.  
Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung. Alle Kollegen müssen erscheinen. **Der Vorstand.**

### Die Funktionäre des Verbandes der Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter

werden hiermit aufgefordert, vollständig in der Versammlung am **Mittwoch, dem 7. Januar, abends 7 Uhr**, im Schloß **Drachensfeld**, Leipzig-Gohlis, teilzunehmen.  
Die Dreiverwaltung.

### Bereinigung Anfriedlung Ost. Generalversammlung.

Mittwoch, 7. Januar, 1/2 7 Uhr, We. endhallen, Plagwitz  
1. Vortrags: Aufbau der Siedlung. Genosse **Greiner**.  
2. Wahlen. **Der Dreirat.**

**Freie soz. Jugend, Gross-Leipzig**  
Morgen Hohneujahr, nachm. 3 Uhr  
**Feier der Sonnenwende**  
im Saale des Städt. Kaufhauses  
Freunde soz. Jugend sind eingeladen

Verein für Volksaufklärung über Gesundheitspflege Leipzig-West  
Dienstag, d. 8. Jan. (Hohneujahr) im Vereinshaus **Kinder-Aufführung**  
Einlass 5 Uhr, Anfang 6 Uhr.  
Mittwoch, den 14. Januar 1920 abends 7 1/2 Uhr im Vereinshaus  
**Gr. Vortrag für Damen u. Herren über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten**  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

**Metallarbeiter Verband**  
Wichtigste: **Volkshaus, Selter Straße 82**  
Wochent. l. Kurzeit: vorm. 8-10, mittl. 12-1, abds. 4-7, Sonn- u. Feiert. 10-12 Uhr. Tel. 0784  
Die Mitgliedschaft liegt allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Wähler während der Kurzeit entlassen werden  
Kaufverträge müssen gegen Einreichung des Verbandsbuchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

### Verein Hauspflege.

Der Verein „Hauspflege“ bezweckt, Familien, in denen die Mutter durch Krankheit oder Wochenbett an der Leitung der Wirtschaft verhindert ist, Hilfe zu gewähren durch Pflegerinnen, welche den Haushalt besorgen und die Kinder beaufsichtigen.  
**Pflegegejuche**  
werden entgegengenommen: Burgplatz, Stadthaus, Zwisch-Gesch., Zimmer 787, wochentags 9-11 Uhr. Tel. Neues Rathaus 28.

Streit statt Geschlossenheit

Nachdem der Parteitag von Leipzig durch seine Beschlüsse den Parteigenossen im Lande eine Richtschnur für ihr Handeln gegeben hat, hätte man annehmen dürfen, daß selbst die Parteigenossen, denen der Kampf vor dem gegen die eigenen Kampfgenossen oft wichtiger war als der gegen die Gegner, nunmehr von ihrem partei-verbündlichen Treiben ablassen und den Kampf gegen die Gegner aufnehmen würden; besonders aber nachdem die Parteigenossen nach den dem Parteitag vorausgegangen Debatten sehr deutlich zu erkennen gegeben hatte, daß es Wichtigeres zu tun gibt, als nachzuspielen, ob jedes führende Mitglied der Partei „radikal“ genug sei.

In Leipzig hat zudem die Parteileitung am 13. Oktober beschlossen — und die Parteigenossen hat dem zugestimmt —, daß die vom Genossen Kurt Geyer begonnene Auseinandersetzung in der Presse zum Schließen sei, damit der Raum der Zeitung für andere, wichtigere Zwecke gebraucht werden könne. Nach vier Wochen hat es dem Genossen Geyer Ruhe gelassen, bis er aufs neue den Rehrichter spielen konnte und damit die größte Gefahr mit seinen unbegründeten Angriffen gegen die eigene Partei heraufbeschwört.

Gerade jetzt, wo die Reaktion auf dem Marsche ist und ihr eine geschlossene Arbeiterschaft gegenübergestellt werden muß, damit die wenigen noch vorhandenen Errungenschaften der Revolution erhalten bleiben, ist es unverantwortlich, aufs neue Streit in die Partei zu tragen und ihr schließlich daselbe Schicksal zu bereiten, wie es die kommunistische Partei erlebt hat: an dem ewigen inneren Kräfteel in eine Anzahl Richtungen auseinanderzufallen.

Die Reaktionsparteien suchen mit ihren Vorbereitungen zur Reichstagswahl oben auf zu kommen und unserer Partei eine Niederlage zu bereiten. Da heißt es doch wohl auch bei uns, daß wir uns den Reaktionsparteien gegenüber wappnen und die Reihen schließen.

Um den Parteigenossen das parteiunabhängige Treiben des Genossen Geyer zu zeigen, soll sein neuer Artikel abgedruckt werden, dem die Antwort der Redaktion folgt.

Das Ziel des Genossen Geyer geht dahin, an die Stelle der jetzigen Redaktion der Leipziger Volkszeitung eine andere zu setzen und ebenso die jetzige Parteileitung durch eine kommunistisch gerichtete zu ersetzen. In Berlin sind seine Gesinnungsgenossen schon in dem Sinne vorgegangen, indem sie die jetzige Redaktion der Freiheit durch eine „kommunistische“ ersetzen wollten; an dem gesunden Sinn der Parteigenossen Berlins ist dieser Vorstoß aber gescheitert; auch in Leipzig, so hoffen wir, wird der „kommunistische“ Vorstoß den gleichen Mißerfolg haben.

Die Leipziger Parteigenossen haben jetzt das Wort, sie müssen noch einmal entscheiden, ob die Parteierstürmung jetzt das Wichtigste ist.

Nach dem Parteitag.

Von Kurt Geyer.

Der Parteitag ist vorbei. Es ist heftig gerungen worden zwischen den Richtungen, und die Erregung des Kampfes allert in den rückschauenden Betrachtungen der Parteipresse nach Einem Teile unserer Parteileitungen, soweit sie bisher die Anschauungen vertreten haben, die auf dem Parteitage in der Minderheit geblieben sind, fällt es schwer, sich mit dem Ergebnis des Parteitages abzufinden. Wohl erkennen sie formell, aus Gründen der Parteizucht, die gefassten Beschlüsse an, aber ihr Wirken richtet sich mit aller Schärfe gegen den Geist der Parteitagbeschlüsse. Täglich spricht aus ihren kritischen Betrachtungen, aus ihren Erörterungen über die politischen Möglichkeiten der Zukunft die Hoffnung, daß der Kurs, den die Partei in Leipzig fest und bestimmt eingeschlagen hat, revidiert werden möge.

Die geschichtliche Entwicklung läßt sich nicht rückwärts drehen. Der Parteitag von Leipzig hat seinen festen Platz in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland. Er war eine historische Notwendigkeit. Er hat die Bahn frei gemacht für neuer Vorwärtse-entwicklung unserer Partei und der revolutionären Arbeiterbewegung überhaupt. Wer das leugnet, der steht die Linie nicht, auf der sich die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland bewegt. Mangelndes Verständnis für die revolutionären Notwendigkeiten spricht aus den rückschauenden Betrachtungen der Parteipresse, soweit sie zur Rechten der Partei gehört.

Die Rechte der Partei hat sich bisher dagegen gestraut, unterschieden zu werden von der Linken. Während der Begriff: „Linke Flügels der U. S. P. D.“ im Inlande und Auslande längst fest umrissen und im Gebrauch war, hat sie das Bestehen von Richtungen und die Gegensätze zwischen den Richtungen bisher immer zu verwischen gesucht. Der Parteitag von Leipzig, und erst recht die Haltung der rechtsstehenden Parteipresse nach Leipzig macht allen Verwischungsversuchen ein Ende. Es gibt Richtungen in der Unabhängigen Sozialdemokratie. Der rechte und der linke Flügel haben miteinander gerungen. Der rechte Flügel ist unterlegen. Nun, nach der Niederlage von Leipzig, verlor der rechte Flügel, unter Ausnutzung des Umstandes, daß ein Teil der Parteipresse, daß die beiden größten und wichtigsten Zeitungen unter seinem Einfluß stehen, dieses klare Ergebnis zu verwirren, um seine Schwäche und seine Niederlage zu verbergen und die weitere Entwicklung im revolutionären Sinne aufzuhalten. Die Verwirrungsversuche gehen so weit, daß die Zeitungen, die auf der äußersten Rechten der Partei stehen, trotz der harten Tatsachen Darstellungen des Verlaufes des Parteitages und seiner Ergebnisse veröffentlichen, die die Linke in der Rolle des Unterlegenen, die Rechte in der Pose des Abwehr-Siegers zeigen.

Die Rechte hat genug Verwirrung angerichtet in der Partei. Wenn sie jetzt erneut den Versuch unternimmt, unter Verdunkelung der geschichtlichen Entwicklung der Partei das Bild des Parteitages zu verzerren, so muß ihr die Linke die harten Tatsachen entgegenhalten. Ganz anders, wie die Rechte diesen Parteitag malt, waren seine Züge, anders, als sie es darstellt, seine Ergebnisse. Das Parteibild aber, das am eifrigsten die Linke der geschichtlichen Entwicklung verweist, das am beständigen die Ergebnisse des Parteitages abzuschwächen und auszulügen sucht, ist die Leipziger Volkszeitung. Die Tendenz ihrer Parteitagbetrachtungen kann zusammengefaßt werden in dem einen Auf: „Revision der Ergebnisse von Leipzig“.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist die Partei der revolutionären Arbeitermassen Deutschlands. Der Prozeß der inneren Klärung, der Anstellung auf die Notwendigkeiten der Revolution vollzieht sich in einer Massenpartei in einem langsameren Tempo, als in einem an den Wahltagen der Arbeiterbewegung gemessen, engen Kreise von voraneilenden Führern. Um so gründlicher das Festhalten der Massenpartei an der errungenen Klarheit, um so schwieriger die Rückwärtsrevision. Die Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist dafür ein Schulbeispiel. Wegen die Unklarheit und Unentschiedenheit der bekannten Führer der Partei setzte sich auf dem Märzparteitag der Wille der klaffenbewußten Arbeiterschaft zur Macht durch und erzwang trotz des Widerstandes das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats. Das Streben, die Beschlüsse vom März rückwärts zu revidieren, rief den Widerstand der Arbeiterschaft hervor. Der Kampf gegen diese reformistischen Bestrebungen brachte neue Klärung, brachte

verschärfte Bekenntnis des Willens zur Macht und neue programmatische Klarheit.

Dieser Klärungsprozeß wurde vorangetrieben durch die Entwicklung der allgemeinen politischen Situation. Im freien Kampfe um die Macht, in Vorstoß und Niederlage wurde es dem kämpfenden Proletariat immer klarer, daß auf der Stufe der geschichtlichen Entwicklung, die wir erreicht haben, es nur einen wirklichen Erfolg gibt: die Eroberung der politischen Macht. Immer klarer tritt die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats hervor, immer klarer aber auch die Notwendigkeit, sie zu verwirklichen unter den jetzt gegebenen Umständen. Bereit zu sein zur Ergreifung der politischen Macht — das ist die Lehre der Entwicklung der politischen Situation. Eine revolutionäre Massenpartei muß im Augenblick, wo ihre Stunde schlägt, entschlossen und zielbewußt handeln. Nur so kann sie ihre schöpferische und werbende Kraft erwecken, der Halbheit und Zögern von vornherein das Rückgrat brechen. Sie darf nicht treiben im Strome der Entwicklung, sondern muß kühn vorwärtssteuern. Bereit sein ist alles! Das ist die große Lehre der Juli-Situation. Eine außerpolitische Situation, die Frage der Friedensunterzeichnung, die innerpolitische Konsequenzen notwendig nach sich ziehen mußte, brachte damals die Partei dicht vor die entscheidende Frage. Die Linke der Partei war bereit — so bereit, daß ihre Haltung die Regierung, die Bourgeoisie, die Häupter der Militärfronde zurückschreckte. Bereit war damals auch Hugo Haase, den Silberling nicht so sehr für sich in Anspruch nehmen darf, daß er ihm nachträglich in der „Freiheit“ den revolutionären Willen zur Machtergreifung in dieser Situation abspricht. Freilich, auf dem Boden des Parlamentarismus wollten wir alle wie Haase nicht die Macht ergreifen. Bereit sein ist alles! Eindringlich wie die Juli-Situation lehrt das heutige. Im Kampfe, den die Reaktion von rechts gegen das republikanische Zentrum eröffnet, muß das Proletariat Stellung nehmen, nicht für einen der Gegner, aber gegen die Reaktion, muß sich schlagen nicht als Sekundant, sondern als Kämpfer, denn die historische Situation von 1848 ist längst vorüber, und nicht mehr die Machtergreifung des Bürgertums, sondern des Proletariats ist der Kampfinhalt der Gegenwart.

Die Entwicklung der Grundzüge und der Taktik der Partei spiegelt die allgemeine Entwicklung wider. Zwei Tendenzen in der allgemeinen Entwicklung: Erstarkung des Kampfwillens der Bourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat, Arbeit an der Befestigung des kapitalistischen Staates mit allen Mitteln der unter dem Namen bürgerliche Demokratie zusammengefaßten Diktatur des Kapitalismus hier — wachsende Klarheit, zunehmende Erkenntnis der Notwendigkeit des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie dort. Zwei Tendenzen in der Entwicklung der Partei: zögernde Taktik, Zaudern angeht der Macht der Bourgeoisie, Scheu vor der Ergreifung der politischen Macht hier — Wille zur Macht, Kampfschloßentheit, revolutionäre Taktik dort.

Dieser Widerstreit der Tendenzen in der Partei kann nicht gelungnet werden. Wenn man die Anschauungen beider Richtungen auf ihren Kern reduziert, so vertritt die eine die Anschauung, daß die Zeit nicht geeignet sei für die Machtergreifung des Proletariats, daß das Proletariat den Machtmitteln der Bourgeoisie gegenüber ohnmächtig sei und deshalb auf dem Wege der Erziehung durch die Agitation und den parlamentarischen Kampf erneut gekämpft werden müsse zu künftigen Kämpfen, daß deshalb die Taktik der Partei nicht revolutionär sein dürfe, daß Kampf vermieiden werden müsse, und daß im Augenblick, wo eine Auseinandersetzung zwischen der Reaktion von rechts und der republikanischen Mitte erfolge, das Proletariat sich schlagen müsse für die bürgerliche Republik, nicht um die direkte Eroberung der politischen Macht. Dem gegenüber steht die Anschauung der anderen Richtung, daß die Taktik der Partei so eingerichtet werden müsse, daß die Partei jederzeit die politische Macht ergreifen könne. Dieser klare und scharfe Gegensatz zwischen den Richtungen ist nach dem Parteitag durch die Presse-Auseinandersetzungen noch deutlicher geworden als vor dem Parteitag. Dieser Gegensatz aber war die Ursache des Ringens innerhalb der Partei. Aus diesem Gegensatz entspringen die grundsätzlichen und taktischen Differenzen, die auf Entscheidung drängen. Als die grundsätzlichen Bekenntnisse der Rechten der Partei gegen die Diktatur des Proletariats durch das Rätesystem, als die durchaus nicht in der Richtung der revolutionären Entwicklung gelegene politische Betätigung der Rechten der Partei unerträglich wurde, als die offensibaren Verträge gegen den Geist des Märzprogramms unserer Partei immer bedenkllicher wurden, die starken Herausforderungen der Linken der Partei durch die Rechte nicht abzuwehren, da nahm vor der Reichskonferenz die Linke den Kampf auf, um die Partei nicht abdrängen zu lassen von der Bahn der revolutionären Entwicklung. In diesem Ringen der Gegensätze mußte eine Entscheidung fallen. Ein Parteitag mußte sprechen. Er hat entschieden. Seine Entscheidung ist gefallen, wie es die historische Situation erforderte. Die Linke hat gezeigt.

Der Kampf der Richtungen konzentrierte sich zunächst auf das Aktionsprogramm. Die Fassung des alten Aktionsprogramms wurde von der Rechten benutzt, um eine in der Hauptsache auf den parlamentarischen Kampf eingestellte Taktik zu verteidigen. Das Märzprogramm enthält die Feststellung, daß der Parlamentarismus neben den anderen Kampfmitteln als Kampfmittel benutzt werden muß. Diese besondere Feststellung war notwendig angeht der grundsätzlichen Ablehnung des Parlamentarismus als Kampfmittel durch die Kommunisten. Der relative Wert des Parlamentarismus als Kampfmittel wurde selber im Märzprogramm nicht festgelegt. Ein darauf abzielender Antrag fiel seinerzeit mit einer Stimme Minderheit. Die Rechte der Partei stellte nun den Parlamentarismus als das vornehmste Kampfmittel des Proletariats in den Vordergrund. Sie nährte die Illusion, daß man durch den Parlamentarismus die politische Macht erobern könne. Sie zog aus dem Parlamentarismus die Konsequenz des Ministerialismus bis zur Verteidigung einer Regierungskoalition mit den Rechtssozialisten. Das war ein offensibares Abweichen von der Linie der revolutionären Entwicklung. Es war weiter ein Verstoß gegen den Geist des Märzprogramms.

Ein anderer Brennpunkt des Kampfes war die Frage: Diktatur der Mehrheit oder der Minderheit der Arbeiterklasse. Die Rechte der Partei stellte die Forderung auf, daß die Arbeiterschaft nur die politische Macht ergreifen dürfe, wenn die Mehrheit der Arbeiterschaft dazu bereit und entschlossen sei. Für diese Anschauung sind verschiedene, schlagwortartige Formulierungen geprägt worden: Diktatur der Mehrheit der Arbeiterschaft, oder auch: Demokratie innerhalb der Arbeiterschaft. Hinter dieser Forderung verbarg sich der Mangel an Willen zur Ergreifung der politischen Macht. Die Rechte der Partei sah die Möglichkeit, daß die Kerntruppen der Arbeiterschaft, die durch ihre Zusammenfassung in Kampforganisationen, durch ihre Beherrschung des Wirtschaftslebens gewaltige Massen gegen die Herrschaft der Bourgeoisie in der Hand halten, in einer besonderen Situation sich die politische Macht erobern könnten, ohne daß zahlenmäßig die Mehrheit des Proletariats sich zur Diktatur des Proletariats bekannte. Sie wollte den entscheidenden Kampf verlagern. Deshalb stellte sie die dogmatische Forderung auf, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft sich zur Diktatur des Proletariats bekennen müsse, ehe eine direkte Aktion zur Eroberung der politischen Macht erfolge. Sie vergaß alle Dialektik und dachte dogmatisch. Ihre Forderung sollte eine Bremse gegen den Machtwillen des Proletariats sein. Ihre Denkwelt aber läßt sie wieder auf eine gewalttätige Auslegung des Märzprogramms, indem sie den Satz: „Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit“, für ihre Zwecke mißbraucht.

Gegenüber diesen Tendenzen der Rechten hat der linke Flügel mit Entschiedenheit gefordert, daß der Ueberführung des Parlamentarismus ein Ende gemacht wird, daß die sachlichen und zeitlichen Grenzen seiner Anwendbarkeit aufgezeigt werden. Er hat sich mit aller Schärfe gegen den Ministerialismus gewandt. Er hat mit aller Offenheit und ohne alle Rücksicht auf Reste der bürgerlich-demokratischen Ideologie sich gegen die dogmatische Forderung der Diktatur der Mehrheit der Arbeiterschaft gewandt und den Gedanken vertreten, daß in gegebener historischer Situation sich das Proletariat der politischen Macht bemächtigen müsse, auch wenn der Wille zur Machtergreifung bei der Mehrheit nicht vorhanden oder nicht festzustellen ist. Sein Ziel war, das Aktionsprogramm der Partei so zu gestalten, daß der Rechten keine Möglichkeit mehr blieb, es für ihre Zwecke auszulügen, und das Zentralkomitee

der Partei so zusammenzufügen, daß diese Zusammenfügung eine Gewähr der revolutionären Orientierung der Partei darstelle.

Die Leipziger Volkszeitung glaubt feststellen zu können, daß die starken Herausforderungen durch die Linke, die Verträge gegen die bisher anerkannte Taktik der Partei von der Linken auf dem Parteitage nicht wiederholt worden seien. Welch eine Verwirrung der Begriffe! Wenn der Kampf der Linken um die Erhaltung des revolutionären Charakters der Partei, der Kampf gegen die Ueberföschung des Parlamentarismus und gegen den Ministerialismus, der Kampf gegen das dogmatische Bekenntnis zur Diktatur der Mehrheit eine Herausforderung war, dann war der Entwurf des neuen Aktionsprogramms der Partei, dann waren die Eröffnungsrede Crispins und seine Rede zum Aktionsprogramm, dann war der ganze Parteitag mit seinen Beschlüssen die stärkste Herausforderung gegen die Rechte, der schwerste Vorstoß gegen die von der Rechten gewollte Taktik. In der Tat, das neue Aktionsprogramm sollte die Rechte zwingen, Farbe zu bekennen. Dieses Aktionsprogramm war das Panier der Linken, das die im Bewußtsein des Vertrauens, das sie bei der revolutionären Arbeiterschaft genießt, der Rechten entgegenstellte. Im Bewußtsein ihrer Schwäche hat die Rechte keinen Widerstand gewagt — bis auf den Genossen Seger, der den Mut zur Unpopulärität besaß und zu dem stand, was die Rechte bisher vertreten hatte, nicht zuletzt bei den Auseinandersetzungen in Leipzig, wo die Bezirksleitung und die Parteileitung konsequent die Anschauungen der Rechten vertreten hatten. Nicht einmal sich zu zählen hat die Rechte gewagt. Der Vorstoß des linken Flügels in der Frage der Erneuerung des Aktionsprogramms hat zu vollem Erfolge geführt. In der klaren Erfassung des Zieles, in der Abschätzung ihrer Kampfmittel hat sich die Partei als revolutionäre Partei erwiesen. Nichts ist mehr im Programm von zweifelhaften Mehrheiten, keine Unklarheiten mehr, die eine Ueberföschung des Parlamentarismus gestatten. Die Schranken des Parlamentarismus sind klar abgegrenzt. Er ist ein Kampfmittel in der Reihe der übrigen, die den Boden vorbereiten helfen zum entscheidenden Kampf, ohne selbst die Entscheidung zu bringen. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Damit ist jeder parlamentarischen Aktionspolitik ein für allemal ein Riegel vorgeschoben.

Und was nun die berühmte Diktatur der Mehrheit anbelangt! Gegenüber dem neuen Aktionsprogramm würde es ihren Anhängern schwerfallen, wie früher, sich auf unklare Programmformulierungen zu berufen. Sie haben nicht gewagt, ihre Anschauungen, die sie vor dem Parteitag sehr laut und vernehmlich vertreten, auf dem Parteitag zur Geltung zu bringen. Sie haben den Spott gefürchtet, nachdem von Genossen, die nicht in allen Fragen mit der Linken Schulter an Schulter standen, die ganze Lächerlichkeit ihres Dogmas aufgezeigt worden war.

Wie die Partei darüber denkt, das zeigte der stürmische Beifall des Parteitages zu den Worten Robert Dilmanns:

„Ueber Diktatur der Mehrheit oder Minderheit zu streiten, ist lächerlich. Sind wir der Ueberzeugung, daß es so weit ist, daß wir die Macht erobern können, dann nicht lange gefackelt und gezögelt, dann ran.“

Und wie hat Genosse Ledebour sie verspottet:

„Wir können im Augenblick einer Aktion nicht statistisch durch eine Volkszählung feststellen, ob die Mehrheit bei uns ist. Es kommt auf unsere neue schöpferische Kraft an, uns die Mehrheit zu gewinnen.“

Das war die Anschauung der Vertreter der sogenannten Diktatur der Minderheit, die der Glaube an die siegreiche Idee des Sozialismus und an seine schöpferischen Kräfte auch die Aktion und die Machtergreifung nicht fürchten läßt, vernünftiger nicht zahlenmäßig sich feststellen läßt, ob die Mehrheit hinter ihr steht. Wo blieben dagegen die Anhänger der Diktatur der Mehrheit? Sie waren stumm. Sie haben ihre Anschauungen nicht vertreten.

Dieser Tatsache gegenüber sucht die Leipziger Volkszeitung die volle Niederlage der Anhänger der Diktatur der Mehrheit zu verdunkeln. Sie möchte einen luftleeren Raum, möchte neue Unklarheit da konstruieren, wo in Wirklichkeit vollste Klarheit ist. Sie behauptet sogar, die Anhänger der Linken, der Gedanken, die die Opposition in Leipzig in aller Schärfe herausgearbeitet und zum Kernpunkt des Ringungskampfes gemacht hatte, hätte nicht gewagt, sich zu zählen. Welche Vogel-Strauß-Politik! Sie haben sich allerdings gezögelt, haben sich so sehr gezögelt, daß die Rechte nicht wagte, sich von ihnen zu unterscheiden. Wo war die Leipziger Richtung der Rechten auf dem Parteitage bei den Abstimmungen? Sie hat sich nicht durch Abstimmung gegen das Aktionsprogramm herausgehoben. Die überwältigende Mehrheit des Parteitages stand gegen sie, und die Linke — mit ihr die Vertreter der Leipziger Opposition — kann heute mit vollem Recht wiederholen, was sie zwischen Reichskonferenz und Parteitag dem Drängen der Rechten entgegenrief: „Wir sind die Partei.“

Unter den vielen Angriffen, die von der rechtsstehenden Parteipresse gegen den Parteitag gerichtet werden, kehrt der eine überall wieder: Der Parteitag habe nicht die allgemeine krisenhafte politische Situation besprochen. Das ist wahr. Nur ganz wenige Redner haben ihre Ausführungen ausdrücklich auf die Grundlage der politischen Situation gestellt. Aber der Parteitag hat mehr getan, als er geleistet hätte, wenn er die Situation besprochen hätte. Er hat gehandelt, wie es die gegebene Situation erforderte. Er hat die Konsequenzen daraus gezogen, daß die Situation die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats lehrt und eine wahrhaft revolutionäre Taktik gebietet fordert. Er ist der Situation und der ihm in dieser Situation gestellten Aufgabe gerecht geworden. Nicht zuletzt durch seine Stellungnahme in der Frage der Internationale.

Muß man denn auch in dieser Frage die Entwicklung der Parteipresse zurückverfolgen, um Klarheit zu schaffen gegenüber den schiefen und verwirrenden Urteilen der rechtsstehenden Parteipresse? Die Enttarnung auf dem Märzparteitag über die Haltung Karl Kautskys in Bern? Die Stellung des alten Zentralkomitees vor Luzern und nach Luzern, die volle Schwänkung, die im selben Zeitraum unter Silberlings Leitung die Freiheit vornahm? Muß man erneut daran erinnern, wie unter dem geistigen Einfluß Karl Kautskys die Rechte der Partei, wie mit der „Freiheit“ die Leipziger Volkszeitung die Parole aufnahm: „Wir müssen nach Genf, und wie auf diese Parole der Rechten der Ruf von unten und von links kam: Auf nach Moskau! Ist es noch notwendig, abermals hervorzuheben, daß der Ruf: Auf nach Moskau, die Folge der Resolutionierung der Arbeiterschaft war, daß er getragen wurde von dem Verlangen nach einer wirklich revolutionär-sozialistischen Politik?

Die Frage der Internationale stand im engsten Zusammenhang mit der Frage, Programm und Taktik der Partei. Hier galt es nicht nur ein Lippenbekenntnis abzulegen, sondern hier galt es, ernsten Willen zu zeigen. Rechter: mochte es für die Rechte sein, aus faktischen Erwägungen dem Aktionsprogramm zuzustimmen, in der Hoffnung auf baldige Revision, um ihre Schwäche nicht nach außen in Erscheinung treten zu lassen und um ihre Tendenz nicht zu deutlich zu zeigen, als durch die Wahl der internationalen Kampfgenossen sich festzulegen. Daher der harte Kampf in der Frage der Internationale.

Die von der Leipziger Volkszeitung vertretene Richtung, die nach Genf gehen wollte, war so außerordentlich schwach, daß sie sofort gänzlich in den Hintergrund gedrängt wurde. Bis auf verschwindende Ausnahmen und bis auf die rechtsstehende Parteipresse war die ganze Partei sich einig: Nach Genf gehen wir nicht! Der eigentliche Kampf wurde geführt zwischen den Vertretern der dritten und den von einer vierten Internationale. Die Anhänger der dritten Internationale wollten die Konsequenzen ziehen aus dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats durch das Rätesystem und wollten durch die Tat beweisen, daß es ihnen ernst ist mit diesem Bekenntnis. Bei den Gegnern des direkten Anschlusses an Moskau, die im übrigen in den grundsätzlichen Fragen einzig gehen mit den Anhängern der dritten Internationale, spielen teils eine gewisse Ueberföschung der internationalen Stellung unserer Partei, teils noch völlig abgekehrte Ideologien aus der Zeit vor dem November- und vor dem Märzparteitag eine Rolle, bei denen aber, die jetzt schon nach der Revision der Beschlüsse von Leipzig rufen, kam in der Stellung gegen den Anschluß an die dritte Internationale bereits der Wille zum Ausdruck, das neue Aktionsprogramm nicht zur Tat werden zu lassen. Sie kämpfen alle gegen die Grund-

Jahre der dritten Internationale — in Wahrheit trafen ihre Angriffe das eben erst beschlossene Aktionsprogramm. Ihre ausgesprochenen Argumente verbergen nur schlecht ihr wahres Wollen. Sie behaupten fälschlich darauf los, daß das Bekenntnis zu den Grundföhen der dritten Internationale eine Anerkennung des Terrors als politisches Kampfmittel bedeute. Sie schwiegen immer verlegen, wenn sie gefragt wurden, wo die Grundföhe der dritten Internationale überhaupt vom Terror reden. Die Leipziger Volkszeitung wiederholt jetzt noch diese Scheinargumente. Sie wird heute ebenso verlegen schweigen müssen, wenn ihr die Frage gestellt wird, wo die Grundföhe der dritten Internationale eine Anerkennung des Terrors als politisches Kampfmittel fordern. Es ist ein hartes Glück, daß Organe der Partei diese unwahre Behauptung heute noch widerlegen, wo ihre Redakteure längst Gelegenheit gehabt hätten, sich von ihrer Unrichtigkeit zu überzeugen.

Daß die Gegnerlichkeit gegen die dritte Internationale bei dieser Richtung der Gegnerlichkeit gegen eine wirklich revolutionäre Taktik entsprang, das beweisen deutlich die Ausführungen der rechtsstehenden Parteipresse zu dieser Frage. Vor allem wieder die Ausführungen der Leipziger Volkszeitung. Sie sucht als Ergebnis des Parteitag in der Frage der Internationale, daß nun die Partei nicht zur Anerkennung irgendwelcher kommunistischer Richtungen gezwungen sei. Was sind spezifisch kommunistische Richtungen? Wo ist der grundsätzliche Unterschied zwischen den Richtlinien der dritten Internationale und dem neuen Aktionsprogramm der U. S. P. D.? Wo sind die grundsätzlichen Unterschiede, um diese Frage weiter zu verfolgen, zwischen dem neuen Aktionsprogramm der U. S. P. D. und den Richtlinien der kommunistischen Partei Deutschlands? Etwa darin, daß die kommunistische Partei die Aktion der Masse noch in Klammern verbeulicht als „Masse, demonstrierend, Massenstreik, Aufruhr“? Sichert hier etwa eine Meinungsverschiedenheit vor? Der Widerstand des rechten Flügels der Partei richtete sich in Wahrheit gegen die Grundföhe des neuen Aktionsprogramms, gegen die allgemeine Stellung des Parteitags zur Frage der Taktik, gegen den Willen zur Ergreifung der politischen Macht in der jetzigen Situation.

Die Linke hat in dieser Frage um der Parteieinheit willen auf das Preisliche verzichtet, ihre ursprüngliche Forderung formell unverändert durchzusetzen. Sachlich hat sie auch in dieser Frage einen vollen Erfolg erzielt. Durch Beschluß des Parteitags ist festgestellt, daß den heimlichen Wünschen derer, die Lenin demütigen und für seine wahrhaftig nicht brüderlichen Angriffe Vergeltung liben wollten durch die Zerschlagung der dritten Internationale, nicht nachgegeben werden soll, daß die U. S. P. D. nicht eine vierte Internationale, sondern den Eintritt in die dritte Internationale anstrebt. Festgestellt ist die Verpflichtung der U. S. P. D., den Anschluß an Moskau vorzunehmen, gleichgültig, wie die Parteien der Weltländer entscheiden werden.

Bei dieser Frage hat die Linke ein Höchstmaß von Toleranz und Einheitswillen gezeigt. Sie ist auf eine Verständigung eingegangen, obwohl sie des Sieges im offenen Meinungskampf gewiß war. Die Führung des linken Flügels hat bewußt einen vollen, auch formellen Sieg, vermieiden. Sie hat es getan, um der Einheit der Partei willen.

Dieser Taktische Gegenüber sagt es die Presse der Rechten, was es auch die Leipziger Volkszeitung, die Linke zu beschuldigen, daß sie die Spaltung der Partei gewollt habe. Angesichts der Vorgänge auf dem Parteitag ist das eine Ungeheuerlichkeit. Wir fragen in aller Offenheit: Wer hat während des Parteitags ständig die Spaltung im Munde geführt? Wer hat die Mehrheit des Parteitags terrorisieren wollen mit der Drohung der Parteispaltung? Wer wollte seinen Standpunkt durchsetzen mit der Drohung der Zerschlagung nicht nur der Partei, sondern auch des in den Gewerkschaften Erreichten, trotzdem dieser Standpunkt von der Mehrheit des Parteitags nicht gestützt wurde? Die Leipziger Volkszeitung mag einen Genossen von der Linken nennen, der von Spaltung auch nur geredet hätte.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu persönlichen Fragen. Verschiedene Genossen der Linken sind während des Parteitags, wie nach dem Parteitag in der höchstlichen Weise angegriffen worden, weil sie während des Parteitags mit dem Leiter der kommunistischen Partei verkehrt haben. Geschäftlich verleiht sich zu der Behauptung, dieser Genosse von der kommunistischen Partei habe dirigiert und die Linke der Partei sei gefolgt seinen Wünschen. O kleine Geister, die immer nur an Direktoren denken und nicht begreifen, daß einer selbst Mann genug ist, so zu handeln wie die Stunde es gebietet! Und ohnehin, welcher Mangel an historischem Blick!

Die Linke der U. S. P. D. braucht keinen Parteianschluß. Die U. S. P. D. ist die revolutionäre Massenpartei in Deutschland, und der linke Flügel dieser Partei ist nach dem Siege von Leipzig an der Arbeit, um der Partei seinen Weg zu geben. Die Einsicht, daß die Zukunft der haren Erkenntnis der historischen Notwendigkeit, der grundsätzlichen klaren revolutionären sozialistischen Idee gehört und nicht dem organisatorischen Rahmen und dem Namen ihrer Partei, wächst selbst in den Kreisen der Kommunistenführer. Notwendig aber ist, daß die Arbeiterklasse, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats steht, eine geschlossene Front gegen die Bourgeoisie bildet. Und in dieser Situation sollte der linke Flügel der U. S. P. D. die Absicht haben, die U. S. P. D. mitten durchzuspalten, um des kommunistischen Parteiinteresses halber? Die das heute noch behaupten, beweisen nur, mit wie wenig Blick für die geschichtliche Entwicklung sie Politik betreiben.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß das gewaltige Anwachsen unserer Partei seit dem Märzpartei tag nicht auf Kosten des revolutionären Charakters der Partei erfolgte. Nach Leipzig kann niemand mehr behaupten, daß es das auf dem Märzpartei tag abgelegte Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats war, das den Aufstieg unserer Partei durch zielbewusste Aktion unter der Arbeiterklasse ermöglicht hat. Vom Standpunkt dieses Bekenntnisses aus war es unbillig, die Einträge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung seit dem März bei einem großen Teil der Arbeiterklasse umzusetzen in bewußten politischen Willen. Je schärfer sich aber die nach der Seite der Reaktion gerichtete Tendenz der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung abzeichnete, um so klarer auf der anderen Seite das Bekenntnis zur Diktatur und der Wille zur Macht. Auf dieser Grundlage ist die U. S. P. D. zur Massenpartei geworden, auf dieser Grundlage hat der linke Flügel der U. S. P. seinen Anschauungen innerhalb der Partei zum Siege verholfen.

Der Rückblick auf Leipzig zeigt den gewaltigen Ruck nach links in der Partei. Verschlüsselt und eindeutiges Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats durch das Räteprinzip, die dogmatische Forderung der Diktatur der Mehrheit beseitigt, der Weg zur dritten Internationale frei, die zweite Internationale gesprengt, so daß nur ein reformistischer Rest bleibt, der Arbeiterklasse der großen Welt in seiner Erbärmlichkeit erkundbar, das Zentralkomitee so zusammengesetzt, daß seine Zusammenkunft eine Garantie für die Durchföhrung der geschlossenen Beschlüsse bietet — was wäre der Linken auf dem Parteitag zu tun übriggeblieben?

Aber wir täuschen uns nicht. Die Beschlüsse des Parteitags verleihen dem Willen der Parteimehrheit Ausdruck. Sie zeigen die Richtung, die von der U. S. P. D. in ihrer politischen Betätigung eingeschlagen werden soll. Nun müssen diese Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden. Dabei wird der Kampf der Richtungen seine Fortsetzung finden. Er hat in den Organisations wie in der Parteipresse bereits erneut begonnen. Die Rechte, die auf dem Parteitag unterlegen ist, hat ihn auf diesen Kampf wieder aufgenommen. Die Versuche, die von der Mehrheit gewollte Politik zu durchkreuzen, entgegen den Beschlüssen des Parteitags, sind wieder in vollem Gange. Das Studium eines Teiles der Parteipresse zeigt das auf das deutlichste. Neben der Freiheit ist es namentlich die sachliche Parteipresse unter der geistigen Führung der Leipziger Volkszeitung, die diesen Kampf gegen die klaren Beschlüsse der Parteimehrheit führt.

Wohl hat die Rechte auf dem Parteitag durch ihre Abstimmung das Aktionsprogramm anerkannt. Aber was soll man dazu sagen, daß die Leipziger Volkszeitung am Tage nach der Beendigung des Parteitags begonnen hat, das neue Aktionsprogramm so auszulegen, wie sie das März-Aktionsprogramm auslegte, daß die Gesamttenenz ihrer Parteitagbetrachtung das deutliche Bestreben zeigt, durch einseitige und verwirrende Information über Welen und Beschlüsse des Parteitags das neue Aktionsprogramm zu sabotieren, wie das Märzprogramm sabotiert wurde? Woher nimmt die Leipziger Volkszeitung nach dieser Leistung das Recht, gegen die Ausführungen des Bolschaer Volksblattes zu polemisieren, das solche Sabotage vorausahnte?

Für die Leipziger Volkszeitung bedeutet der Parteitag von Leipzig eine Krankheitserscheinung in der Entwicklung der Partei, einen Fehler, den sie zwar nicht gerade riesengroß nennen will, aber im Grunde

genommen doch für riesengroß hält. Daraus folgt der selbstverständliche Wunsch, die Beschlüsse von Leipzig zu revidieren und selbstverständlich rückwärts zu revidieren. Dieses Bestreben im Augenblick der politischen Hochspannung ist eine Gefahr für die Partei. Es ist gefährlich, die Kampfbereitschaft der Partei und die Bereitschaft, jederzeit die politische Macht zu ergreifen, zu zerbrechen. Wie einst der Opportunismus in der alten Sozialdemokratie in allmählicher aber zielbarer Arbeit den Kampfposten der Partei untergrub, so zu einer radikalen parlamentarischen Oppositionspartei gelockte und ihre Revolutionierung verhinderte, so arbeitet nach Leipzig die Rechte der Partei, daran, die Revolutionierung der Partei rückgängig zu machen.

Sie hat ihrem Unwillen über Leipzig in der Presse wahrhaftig genügend Ausdruck verliehen. Wenn sie sich wirklich mit dem Gedanken trägt, eine der revolutionären Entwicklung der Partei so verhängnisvolle Rolle zu spielen, so muß sie damit rechnen, daß sie auf einschubeneren Widerstand stößt als der Opportunismus in der alten Partei, einen Widerstand, der sich auf die revolutionäre Arbeiterklasse stützt.

Die Leipziger Volkszeitung hat in ihren Betrachtungen über die vernichtende Niederlage der Richtung, die nach Genf gehen wollte, erklärt:

„Aber das Unterliegen in dieser taktischen Frage wäre zu ertragen, wenn der Konferenzgedanke gestützt hätte.“

Der Gedanke der vierten Internationale, den sie meint, hat nicht gestützt. Die Bedingung, die sie stellt für die Erträglichkeit der Parteitagbeschlüsse, ist nicht erfüllt. Sind also die Parteitagbeschlüsse, die nach altem Parteirecht bindend sind für alle Parteimitglieder, für die Rechte der Partei, für die Richtung, für die die Leipziger Volkszeitung spricht, zu ertragen oder nicht?

„Mit Worten läßt sich trefflich irreföhren.“

Diesen Satz hätte Genosse Geyer seinem Artikel als Motto vordrucken können. Wir könnten ebenso wortreich und weißschweifig den Geyerischen Artikel widerlegen, und da zur Richtigelegung von falschen Behauptungen bekanntlich mehr Zeit und Raum gehört als zu ihrer Aufstellung, so könnte sich an den Geyerischen Artikel eine recht langsame Auseinandersetzung knüpfen.

Parteidebatten sind unvermeidlich, sie können viel zur Aufklärung in der Partei beitragen. Voraussetzung für eine fruchtbare Diskussion ist aber, daß die an der Diskussion Beteiligten demüthigt sind, den Partner zu verstehen und daß sie vor allem unterlassen, der Gegenseite die Absichten zu unterstellen, die sie nicht hat. Ebensovienig dürfen bei solchen Diskussionen die Absichten und Absichten der Gegenseite durch Wortverdrehungen in das Gegenteil umgedreht werden. Diese Voraussetzungen einer fruchtbaren Diskussion sind nach der vorliegenden Leistung des Genossen Geyer nicht gegeben, deshalb ist es zwecklos, sich mit ihm in längere Auseinandersetzungen einzulassen, zumal in den Kreisen der Parteigenossen kaum verstanden wird, daß jetzt, nach der einstimmigen Annahme des Aktionsprogramms durch den Parteitag, der Streit um das Aktionsprogramm sinnlich von neuem entfacht werden soll. Der Raum, den der Geyerische Artikel in Anspruch nimmt, wäre nach unserer Ansicht besser verwendet zur Aufklärung der Partei im Kampfe gegen die Feinde des Proletariats. Aus all diesen Gründen beschränkt sich die Redaktion darauf, neben einigen unerlässlichen Richtigelegungen dem Genossen Geyer die „harten Tatsachen entgegenzusetzen“; die Parteigenossen haben es dann um so leichter, sich ihr eigenes Urteil zu bilden.

Fehler wäre die Aufgabe, wenn sich auch Genosse Geyer an Tatsachen gehalten hätte, wenn er den Mut hätte, zu seinen Worten zu stehen und nicht durch Umdeutungen und durch die Einschüfung und endlose Wiederholung völlig unbedeutender Sätze fortgesetzt auszuweichen und den Kampfzwecken zu wechselfeln versuchte. Was soll z. B. die Phrase: „Der Parteitag war eine historische Notwendigkeit“? Wer hat jemals behauptet, daß es die erste Aufgabe der Partei ist, zur Durchführung ihrer sozialistischen Grundföhe die politische Macht zu erobern? Wozu die wiederholte Forderung: „Bereit sein ist alles!“ Wo wurde jemals der Auffassung widerprochen, daß eine revolutionäre Massenpartei im Augenblick, wo ihre Stunde schlägt, einschließen und Niederdruck herbeiföhren muß? Das alles sind Worte, die sich auch der einfachste Genosse an den Schulstein ablesen hat und die wahrlich nicht geeignet sind, den Gegenstand endloser Streitereien zu bilden. Aber Kurt Geyer braucht sie als Mittel zum Zweck. Dieser Zweck ist, alle, die anderer Meinung sind als er, und damit er sachlich nicht bekommen kann, durch unerschöpfene Kräfte zu verdrängen und in Mißkredit zu bringen. Um die Befeh von vornherein sich einzunehmen und ihnen eine neuere Nachprüfung der Geyerischen Erfindungen über die Absichten seiner Gegner überflüssig erscheinen zu lassen, ruft er ihnen zu: Seht, diese einschüftigen Dinge haben eure Führer verlernt. Und damit glaubt er sich den Boden geschaffen zu haben für die Anbringung seiner die Wahrheit verdrängenden auf den Kopf stehenden Behauptungen.

Genosse Geyer kämpft mit Ehemut gegen die angebliche Absicht der „Rechten in der Partei“, das neue Parteiprogramm rückwärts zu revidieren. Im besonderen soll die Leipziger Volkszeitung diese Absicht haben. Genosse Geyer führt diesen „Heldentanz“ gegen einen Gegner, der nur in seiner Phantasie vorhanden ist. Denn in der Leipziger Volkszeitung ist bis jetzt noch nicht ein Sterbenswörtchen die Revision des Programms verlangt worden. Nach unserer Kenntnis der Dinge ist das auch in der übrigen Parteipresse nicht geschehen. Damit ist der Geyerischen Attacke schon die Grundlage entzogen.

Gener konstatieren, daß zwei Richtungen in der Partei bestehen, eine Rechte und eine Linke. Diese Absteimpelung nach Richtungen geschieht nicht ohne Absicht, denn in einer revolutionären Partei will niemand zur Rechten gehören. Da Geyer für sich in Anspruch nimmt, daß er die Linke vertritt, so glaubt er mit dieser Einschüftelung der Parteigenossen in Rechte und Linke alle die, die nicht seine Meinung teilen, moralisch zu diskreditieren. Das ist eine sehr bequeme Spekulation auf die Denkscheiben.

Genosse Geyer konstruiert:

„Zwei Tendenzen in der Entwicklung der Partei: ähnernde Taktik, Jaudern angesichts der Macht der Bourgeoisie, Scheu vor der Ergreifung der politischen Macht hier — Wille zur Macht, Kampfbereitschaft, revolutionäre Taktik dort.“

Schon in diesem Satz zeigt sich die Unerschlichkeit der Geyerischen Kampfmethode. Das tollste aber leistet sich Kurt Geyer, wenn er weiter behauptet:

„Wenn man die Anschauungen beider Richtungen auf ihren Kern reduziert, so vertritt die eine die Anschauung, daß die Zeit nicht geeignet sei für die Weitererreichung des Proletariats, da das Proletariat den Machtmitteln der Bourgeoisie gegenüber ohnmächtig sei und deshalb auf dem Wege der Erziehung durch die Agitation und den parlamentarischen Kampf erneut erstickt werden müsse zu künstlichen Kämpfen, daß deshalb die Taktik der Partei nicht revolutionär sein dürfe, daß Kampf vermieden werden müßte, und daß im Augenblick, wo eine Auseinandersetzung zwischen der Reaktion von rechts und der republikanischen Mitte erfolge, das Proletariat sich schloßen müßte für die bürgerliche Republik, nicht um die direkte Eroberung der politischen Macht.“

Das ist eine Infamie ohne Gleichen. Hier ist keine Rede mehr von einer sachlichen Diskussion. Hier wird ein Teil der Parteigenossen bewußt und wider besseres Wissen der Verachtung der proletarischen Interessen unterworfen. Einen Beweis für diese ungeschichtliche Verdrängung vermag Genosse Geyer nicht zu erbringen. Was schert er sich um Beweise. Er behauptet läßt drauflos, unbedünnt um die Folgen, die durch eine derart verlogene und vergiftende Methode für die Partei entstehen müssen, in einem Augenblick, wo die Klärung der Situation und die Verschleierung der Partei das bringende Erfordernis der Stunde sind. Eine so unfaire Art der Auseinandersetzung war bisher in der Partei unüblich. Das Geyer hier als die Auffassung einer ihm unannehmbaren Richtung ausführt, ist von ihm erdacht, um dem Zwecke, seine wahren Absichten zu verschleiern.

Will man ernsthaft von zwei Richtungen in der Partei reden, so ist das insofern berechtigt, als es tatsächlich eine Richtung in der Partei gibt, die die Partei der U. S. P. zu einer Partei der Kommunisten machen will. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Delegierten, die auf dem Parteitage bei der Internationale gegen die Resolution der Parteileitung stimmten, zu dieser Richtung zählt. Das waren 34 Delegierte. Die anderen Delegierten können wohl für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich als revolutionäre Sozialdemokraten fest auf den Boden der marxistischen Lehre stellen und daher die kommunistischen Methoden ablehnen, wenn sie sich auch, wie Ledebour sagte, im Ziele — das ist der Sozialismus — mit den Kommunisten einig seien.

Eine solche Entzweiung und Verdröhung ist es, wenn Genosse Geyer es so darstellt, als habe die sogenannte „Linke“ durch ihre Opposition das Aktionsprogramm vom März schänden und verdröhen müssen. Das Gegenteil ist wahr. Geyer und sein Anhang waren es gerade, die gegen dieses Aktionsprogramm Sturm liefen und Abänderungsanträge stellten, die freilich, dank der Einsicht der Mehrheit der Delegierten, von dem Parteitag abgelehnt wurden.

Es ist deshalb eine Geschichtsleistung, wenn Geyer den Verlogenen, der „Rechten“ die Verantwortung für die unfruchtbaren Streitereien in der Partei in die Schuhe zu schieben, Geyer und seine Freunde waren es, die den Streit vor dem Parteitag entföht haben und auch jetzt den Kraval von neuem beginnen wollen in einer Augenblick, wo das Proletariat geschloßen anstreben muß und alle andere Braucht, als innere Streitereien.

„Die Linke hat gesiegt!“ ruft Geyer. Um aber diesen Sieg gleichgültig zu machen, muß er sich folgenden Doluspopulus leisten: „Die Rechte der Partei sollte nun den Parlamentarismus als das vornehmste Kampfmittel des Proletariats in den Vordergrund stellen. Sie müßte die Illusion, daß man durch den Parlamentarismus die politische Macht erobern könne.“

Demgegenüber genügt die Feststellung, daß es schon lange vor dem Kriege für jeden revolutionären Sozialisten selbstverständlich war, daß der Parlamentarismus bei weitem nicht das vornehmste Kampfmittel des Proletariats ist. Aus dieser Auffassung entspringt der Kampf gegen die parlamentarische Methode der Lenin, Taktik, usw., der nachher zur Erklärung der U. S. P. D. führte. Tatsächlich hat es nach dem Märzpartei tag in der U. S. P. keine Richtung gegeben, die den Parlamentarismus als das vornehmste Kampfmittel in den Vordergrund stellt. Es ist wieder eine Spekulation auf die Denkscheiben, wenn Geyer die Schöpfung des Parteitagbeschlusses von vor dem Kriege auf die jetzigen Zustände in der Partei anwendet.

Um „den Sieg der Linken“ zu beweisen, erklärt Geyer: „Die Schranken des Parlamentarismus sind im neuen Aktionsprogramm klar abgegrenzt.“ Im alten Aktionsprogramm lautet der in Frage kommende Satz: „Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Diktatur.“ Im neuen Aktionsprogramm ist tatsächlich nur eine Umstellung der hier festgedruckten Worte des alten Aktionsprogramms vorgenommen worden, der Satz lautet: „Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse.“

Diese Wortumstellung bejubelt Geyer als „Sieg der Linken“ und als klare Abgrenzung der Schranken des Parlamentarismus.“ Vor dem Parteitag war Kurt Geyer in seinen Ansprüchen nicht so bescheiden, denn am 8. September 1910 schrieb er:

In einer Situation, in der der offene Ausdruck revolutionärer Kämpfe so nahe bevorsteht, daß nur Monate, ja Wochen noch von dem Ausdruck trennen, würde die Beteiligung an den Wahlen nur eine Schwächung der revolutionären Kraft bedeuten. Auch die Situation in Deutschland ist vorrevolutionär.

Das war schärfster Antiparlamentarismus. Davon hat Geyer auf dem Parteitag nicht geredet. Wer sein Freund Koenen unter nahm einen antiparlamentarischen Vorstoß, indem er beantragte, die Anerkennung des Parlamentarismus als Kampfmittel aus dem Aktionsprogramm zu streichen. Dieser Antrag wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Trotz alledem triumphierte Geyer: „Die Linke hat gesiegt!“ Wie der von Genossen Geyer zitierte Genosse Ledebour über den „Sieg der Linken“ urteilt, zeigt folgender Absatz aus Ledebours Artikel in der Freiheit: „Mit dem völlig klaren Bekenntnis zum Ausbau des Räteprinzips, das das Werkzeug zu bilden hat für die völlige Durchföhrung des Sozialismus, verbindet der Parteitagbeschlus den Hinweis darauf, daß in der Überwachtheit alle politischen Kampfmittel, auch die parlamentarischen, für unsere Sache auszunutzen sind. Das ist eine klare Abgrenzung an den antiparlamentarischen Spalt, mit dem einige Parteigenossen in unüberlegter Aufwärmung künstl angelegener anarchoide Gedankengänge uns eine Zeitlang befehligt haben.“

Auf der gleichen Höhe wie die Geyerische Darstellung über den Parlamentarismus steht seine Darstellung über die Diktatur der Arbeiterklasse. Auch hier muß Geyer zuerst ein Gaukelspiel mit Worten treiben, um einen „Sieg der Linken“ heranzubredeln. Er behauptet: „Deshalb stellte sie — die Rechte — die dogmatische Forderung auf, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse sich zur Diktatur des Proletariats bekennen müsse, ehe eine direkte Aktion zur Eroberung der politischen Macht erfolge.“

Schon der Umstand, daß es Genosse Geyer wagt, den Genossen Ledebour, der in geradezu offener Weise die nahe Auffassung Geyers und seiner Freunde über die Frage: Diktatur der Mehrheit oder der Minderheit verpöheit, für sich zu reklamieren, zeigt, in welcher Unbedenklichkeit Kurt Geyer an die Förderung von Problemen herantritt. Wo ist denn auch nur einmal die lindliche Meinung zum Ausdruck gebracht worden, daß erst festgestellt werden müßte, ob die Mehrheit die Diktatur wolle oder nicht. Im negativen Augenblick wird dem Proletariat gar nichts anderes übrig bleiben — mag es wollen oder nicht — die Diktatur zu liben, wenn es nicht freiwillig auf die Erfüllung seiner historischen Mission verzichten will. Wozu hat die „Rechte“ widerstanden, ist die von der Geyerischen Gruppe unter Aufschloßung aller historischen Erfahrungen vertretene Anschauung, daß unter Umständen eine kleine Minderheit in der Lage wäre, ohne Verbindung mit der großen Masse des arbeitenden Volkes eine Diktatur durchzuführen. Wie haben wir neben die Diktatur der Minderheit als programmatische Forderung ausgesprochen, weil dadurch in der Masse der Gläubige erweckt werden würde, daß die Aufführungs- und Dynamikarbeit notwendig ist oder gar unmöglich wäre.

Im Wirklichkeit ist von den Gegnern der Diktatur der Minderheit betont worden, daß man sehr wohl annehmen könne, daß in einer ähnlichen Situation die Regierung von einer Minderheit akkürzt werden kann. Viel schwieriger aber sei es, die ererbte Macht zu halten. Und das könne für die Dauer nicht gelingen durch eine Diktatur der Minderheit. Als Beweis wurde auf Spanien und Ungarn hingewiesen, und ebenso auf den Spartakusbund, der in seiner Programmschrift ausdrücklich erklärt: „Der Spartakusbund will nie anders die Regierungsabewalt übernehmen, als durch den freien und bewußten Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland.“

Gener hat am 8. September geschrieben: „Ein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats unter dem Vorbehalt (daß die Mehrheit der Arbeiterklasse dahintersteht) ist kein Bekenntnis.“ Geyer wollte also im September das Bekenntnis zur Diktatur der Minderheit. Das konnte nur der Sinn haben, daß diese Forderung im Programm aufgenommen werden sollte, und hängen erhoben sich die Bedenken der „Rechten“. Der Genosse Geyer hat seine Septemberforderung im Dezember nicht mehr vertreten, damit der Streit unendlich ansehndeloses gemorden.

Wozu Genosse Geyer im September recht bekennen hätte mit seiner Voranklage, dann müßte der Streit um die Diktatur der Minderheit oder Mehrheit künstl entföht sein, denn nach seinen Behauptungen trennten uns im Dezember nur noch Wochen, von dem Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe. Diese Wochen sind längst



**Kaufe zu hohen Preisen**  
alle Militär-Sachen  
Schuhe und Stiefel  
Zivil-Sachen  
Wäsche, Leibhausschne.  
Walter Fritzsche  
No. 11, Kronmannstr. 12, D.

Zahle hohe Preise für neue  
Militär-Entlassungssach.  
Wolf, Sternwartenstr. 30, pt. 1.  
Sommerpaletot (Korsett) zu fi.  
gefacht. Hahn, Vange Str. 10, 1.  
Anzüge, Paletots, Hosen, Wäsche  
Mit. Sach. Schuhe, Uhr, Feder-  
bett, Leibhaussch. Mandol. Näh-  
masch. ft. Kappe, Nähn. St. 11.  
Kleg. dunkler Anzug für große  
Figur zu kaufen gesucht. Off.  
mit Preisangabe u. R. 100 an  
d. Hll. W., Weihenfelder Str. 30.

Versoh. Anzüge u. Outaway zu  
fi. gef. Off. an Hahn, Lange Str. 10, 1.  
**Konfirmations-Kleid**  
kauft zu höchsten Preisen  
Katharinenstr. 3, III. 118.

**Frau Martha Leuschner**  
zahlt am besten. Suche  
Bettwäsche, Handt., Federb.  
Bayerische Bettfeder-Reinigung.  
Bayerische Str. 42, II. 1.  
**Lisa Kummer, Mittelst. 13, I.**  
zahlt doch a. best. f. Bettwäsche  
neu u. geb. Wäsche aller Art,  
Federbetten, Leibhaussch., Anz.,  
Hosen, Kalmach., Kette usw.

**Musken-Anzüge**  
zu kaufen gesucht. Offerten mit  
Z. 22 an die Exped. d. Mitt.  
**Federbett u. Inlett** neu und  
gebraucht sucht Banerische Str. 42, II. 118.  
darüber Bettfedern-Reinigung.  
Verschied. Möbel zu kauf. gef.  
Mühlauerstraße 38, Dietrich.\*

**Sofa u. Kleiderständer** gef.  
Hörnberger Str. 6, H. II. 1.  
**Kleiderst., Wandt. u. Mar.**  
zu fi. gef. Hahn, Vange Str. 10, 1.  
**Plüschsofa** mit od. ohne Sessel,  
Knochenstuhlmühle z. kauf. gef.  
Reinisch, Wigandstr. 15, IV. r.

**Altes Sofa,**  
auch defekt, z. kauf. gef. Reindn.,  
Kapellenstr. 9a, vt. Hofmann  
Gda. Grammophon u. Pl. z. fi. gef.  
Preisoff. u. R. 50 Exp. d. Blatt.

**Nur kurze Zeit!**  
**Zahle 8 Mark**  
und mehr für abgetragene auch  
zerbrochene Schallplatten.  
Musikhaus  
**Petersstr. 17.**

**Nähm. u. Banerische Str. 42, I. 1.**  
Gute Nähmasch. geg. 1 St.  
Kapoff. u. Beschl. zu kauf. gef.  
Schönefeld, Vorenstr. 30, I. r.  
Nähm. u. Nähn. Str. 11, Kappe.\*

**H. u. D. Rad ohne Gummi** gef. Hof  
Preisoff. u. R. 15 Exp. d. Blatt.\*  
**Kleiderwagen, Klappwagen** zu  
kauf. gef. Off. u. R. 100 an  
d. Hll. W., Weihenfelder Str. 30.

**Gebr. 2rädiger Handwagen**  
zum Möbeltransportieren  
zu kaufen gesucht. Off. m. Pr.  
u. D. 24 an die Hll. Stöckerstr.

**Getrag. u. defekt. Uhren,**  
Gold, Silber, Münz., Plat.  
kauft und zahlt das Höchste.  
Katharinenstr. 3, III. links.\*  
Mittl. Schraubstock zu kaufen  
gef. Preisoff. u. S. 17 a. Exp. d. Bl.

**Silber**  
(Münzen) zahlt von 5 bis  
5/2 mal mehr  
bei größeren Posten.  
**Gold**  
zahlt von 9 bis 10 mal  
mehr bei größeren Posten.  
**Zahnpraxis**  
Turnerstr. 25, II. rechts  
(Gde. Windmühlenstraße)

**Silber** zahlt 5/2 fach  
**Gold** zahlt 10 fach  
**Münzen** zahlt jed.  
Posten.  
**Wolfsohn** Elster-  
straße 59  
Telephon 12663.  
Auch Bohnejahr zu Kaufe.

**Münzen**  
Zahle  
Silber 5-6 fach  
Gold 9-11 "  
Schmuck sachen  
kauft Jordan  
Bayerische Str. 27, vt. 1.  
Auch Feiertags zu Kaufe.\*

**Gold, Silber,**  
Münzen, Platin, Brillanten  
bezahlt am höchsten  
Faber, Reichsstr. 19-20, S. I. II.

**Kupfer, Rotguss**  
Messing, Blei  
Zink, Zinn usw.  
kauft zu hohen Preisen  
Metall-Verwertung  
M. Broder & Söhne,  
Leipziger-Platz, Altmarkt  
Straße 40 Teleph. 33354.\*

**Schreibe nicht bloß,**  
sondern zahle auch  
für Münzen aller Art  
Gold 5mal } bei ganz  
Silber 5mal } mehr  
5mal } großen  
5mal } Posten  
5mal } mehr

**Kupfer - Meßing**  
Blei - Quecksilber  
kauft zu höchsten Preisen  
Katharinenstr. 3, III. 118.

**Altmetall**  
Kupfer, Messing, Blei,  
Zinn, Zink kauft zum  
Selbstvorbr. W. Troike  
No. Konradstr. 64. Tel. 60492.\*

**Kleider- und Kostümstoffe**  
reich sortiert und preiswert  
**Kaufhaus**  
**Gebr. Held, Leipzig-Li.,**  
Merseburger Strasse 84

**Kupfer, Meßing**  
Blei, Quecksilber  
kauft Jordan  
Bayerische Straße 27, vt. 1.  
Altmetall, Rotguss,  
Kupfer  
kauft zu höchsten Preisen  
Göltz, Löhstr. 24, II.

**Häute - Felle!**  
rohe u. ausgerichtet (angegerichte  
Ziegen nicht). Ziegen bis 130 M.  
Kanin bis 18 M., Hasen b. 22 M.,  
Fische, Marber, Stisse, Kapen,  
Samter, Maulwürfe u. höchst.  
Tagespreisen. K. Symauky,  
Lind., Gumborfer Str. 28, III.\*

**Kaninfelle!**  
bitte wir direkt an uns  
ansenden, da wir sie selbst ver-  
werten, zahlen höchste Preise. \*  
Deutsche Kanin-Verwertungs-  
Ges. m. b. H. Leipzig, Ritterstr. 86

**Großer Januarverkauf**  
zu billigen Preisen

Wintermäntel	aus molligen, warmen Stauschstoffen in neuen, eleganten Formen	58	75	125	250	400
Astrachan-, Plüsch-, Velourmäntel,	gute Qualitäten, letzte Neuheiten	298	350	550	850	
Jackenkleider	in einf. u. eleg. Ausführung aus gewaschenen u. reinwollenen Stoffen	93	125	250	450	
Strickjacken	aus Seide, Wolle, Strickstoff, reichliche Längen, alle Farben f. d. Winterport	39	75	98	150	
Regenmäntel	aus Gowercoat, Gabardine, Seide, vorzüglich bewährte Qualitäten	198	250	350	400	
Kleider f. Straße u. Gesellschaft	aus Seide, Wolle, Samt. Große Auswahl in Ganzkleidern	150	250	350	450	
Röcke und Westen	aus Seide, Samt, Cheviot, Tuch, Gabardine, moderne Formen	29	39	68	95	215
Blusen	ganz aparte neue Formen aus Seide, Wolle, Samt, Schieferstoff	29	39	75	120	195
Servierkleider	aus Stoff, Leinen, Drell und Alpaka	85	115	125		
Morgenröcke Matinees	aus reinwoll. Eiderd.-Stoff, Seide, Samt, fch. Formen	48	58	98	108	

Unterrocke, Untertailen aus Seide, Wolle und Semdentuch

**Franz Ebert**  
fröhliches Spezial-Haus für Damen-, Dackfisch- und Kindergarderobe in Sachsen

**Felle Häute**  
Ziegen bis 137.- M.  
Hasen " 28.- M.  
Rehe " 51.- M.  
Kanin " 10.- M.  
Katzen " 20.- M.  
Maulwürfe bis 6.- M.  
für das Stück.  
Kalbfelle, naß b. 20.50 M.  
Rindhäute, naß 14.- M.  
Schaffelle, naß 13.- M.  
für das Pfund.

**Rabinowicz & Co.**  
Nikolaistraße 28/32, II  
(Fahrstuhl) : Telephon 3160  
Nicht in den Laden gehen.  
**Ziegen bis 130 M.**  
Hasen " 20 M.  
Kanin " 16 M.  
Schafwolle, gew 50 M. p. kg  
unew. 30 M. p. kg  
Fische, Marber, Stisse,  
kauft höchste Preise  
Krötzsch, Yorkstr. 12, III.

**Hasen, Kanin,**  
Ziegenfelle  
kauft zu höchsten Preisen  
Lind., Dörmannstr., 4, End.

**Felle u. Häute**  
verkauft Sie am günstigsten bei der Firma  
**Gebr. Kugler**  
Häute und Felle  
Nikolaistraße 31, II. Telephon 17511.  
Wir zahlen für:  
Ziegen bis 132 Mk. per Stück  
Rohe " 52 " " "  
Hasen " 18 " " "  
Kalb " 25 " " Pfund  
Kanin " 14 " " "  
Alle andern Häute, Felle und Wildware zu  
den höchsten Tagespreisen.

**Ziegen bis 132 Mk. p. Stück**  
Hasen 10-22 " " "  
Kanin bis 15 " " "  
Katzen " 20 " " "  
Kalb, naß 26 " " Pfund  
Rind " 13 " " "  
Telephon 13313.  
Hainstr. 29, II. und  
Eisenbahnstr. 17, I. r

**Wir überbieten**  
jedes Angebot  
in  
**Hasen, Kanin**  
und in allen anderen  
rohen Fellen u. Häuten  
**Steigmann & Weintraub**  
Hainstraße 21 (Passage)

**Kanin bis 15 Mk.**  
**Hasen bis 15 Mk.**  
kauft ständig  
Lutherstraße 18, I. I.

**Felle u. Häute**  
verkauft Sie am günstigsten bei der Firma  
**Gebr. Kugler**  
Häute und Felle  
Nikolaistraße 31, II. Telephon 17511.  
Wir zahlen für:  
Ziegen bis 132 Mk. per Stück  
Rohe " 52 " " "  
Hasen " 18 " " "  
Kalb " 25 " " Pfund  
Kanin " 14 " " "  
Alle andern Häute, Felle und Wildware zu  
den höchsten Tagespreisen.

**Inseriere keine Lockpreise**  
sondern kaufe seit Jahren ständig  
zu höchsten Tagespreisen  
**Hasen-, Kanin-, Ziegen- u. alle Wildfelle**  
S. Aron, Leipzig, Brühl 45 Hof ptr. rechts  
Tel. 8546. f

**Felle!!!**  
für Ziegenfell 130 Mk. per Stück  
" Kanin 14 " " "  
" Hasen 19 " " "  
" Kalb, naß 26 " " Pfund.  
" Rind, naß 14 " " "  
zahlt das Fell- und Rauchwaren-Haus  
**S. Wahrenberg, Uferstr. 3, III. Tr.**  
Man lasse sich nicht anhalten und nach  
dem Hofe desselben Hauses vorweisen.\*

**Achtung!**  
Einer sagt es dem andern!  
Lumpen, Neutuch, Wolle, Papierabfälle, Kupfer,  
Messing, Rotguss, Zinn, Zink, Blei usw.  
verkaufen Sie am vorteilhaftesten an:  
**M. L. Sander, Rohproduktenhandlung**  
Friedrich-List-Straße 26 \* Telephon 11069

Lassen Sie sich nicht durch  
**!!ZAHLEN!!**  
irre führen. - Höchste Preise für sämtliche  
**!!FELLE!!**  
zahlt  
**Wagner, Brühl 21, III.**

**Ziegenfelle bis 133 Mk.**  
**Hasen bis 22 Mk.**  
**Rehe bis 53 Mk.**  
**Kanin** bis 42 Mf. das Stück  
ob. 16 Mf. das Stück  
**Katzen bis 19 Mk.**  
**Kalbfelle** naß 20.50 p. Pf.  
**Schaffelle** bis 12.50 p. Pf.  
**Schafwolle** bis 50.- Markt  
für Fische, Marber, Stisse,  
Maulwürfe bis 5.50 Markt  
kauft höchste Preise  
**Blauner,**  
Reichsstr. 39, LI. Tel. 18209  
Komme auch nach auswärts.\*

**Felle**  
verkauft Sie zu höchsten  
Preisen nur an die  
**Einkaufs-Zentrale**  
**Weigler, Lessingstr. 18, I.**  
Ziegen bis 18.- M. per Stück  
Kanin " 12 50 " " "  
Rehe " 50.- " " "  
Kalb, naß " 25.- " " Pfund.  
Rind " 13.- " " "  
Schafwolle, gew. 50.- " " kg  
da: ungew. 30.- " " "

**Rohe Felle**  
kauft von Händlern  
und Privaten  
Ziegen . . . bis 130 Mk.  
naße Kalbfelle . . 28 Mk.  
Rindfelle . . . . 13 Mk.  
Kanin . . . . 10 Mk. per Stück  
Hasen b's 18 Mk. per Stück  
Schweifhaare  
auch alle Wildwaren  
zahlt höchste Preise  
**Nur Kujawsky,**  
Leipzig, Uferstr. 4, I. r.

**Felle jeder Art**  
kauft zu höchsten Preisen laufend  
Windmühlenstr. 22, End. Wien  
sowie Kaufsliste Waffe 7, II.\*  
**Fell-Einkauf** Hasen-  
Schaf-, Ziegen- sowie alle  
and. Felle z. bestmög. Preis.  
Albin Wagner, Querstr. 27  
Fernsprecher 2955. f

**Alle Felle**  
von  
Fischen, Rehen,  
Kanin, Ziegen usw.  
kauft Georg Naumann  
Berliner Straße 12.\*

**Kaninfelle bis 12 Mk.**  
sowie alle andern Felle  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**A. Hassmann & Co.,**  
Nikolaistraße 30, IV.  
- Fahrstuhl.

**Felle** und Häute, Hasen,  
Kanin, Ziegen kauft  
Frucht, Reudnitz, Grenzstr. 5, II.\*  
Die höchst. Preise für alle Arten  
Felle erzielen Sie bei  
**Franko, Rabat 44. f**  
Alle Art. rohe Felle bis z. höchst.  
Preis Klein. Conradstr. 11, vt. r.

**Bermittelte Anzeigen**  
Mat und Beifand  
Aliment-, Ehe- u. Straffach.  
Gnadengesuche!  
In Rechtssachen  
Kaiser  
Guter reichl. Mittags-  
tisch zu möbligen Preisen:  
Gerichtsweg 11, part.\*

Wie Berlin u. d. Westmark am  
26. Dez. g. 11 U. u. Neubüh nach  
Stöckerig gelund. ist erkannt.  
Bitte abg. Fumb. Wächterstr.  
Berliner Ad. Fehbo. Galt.  
Berlich b. Fußballp. a. Del. abg.  
Hund u. d. Hundenburgstr. 18, II.  
Hund u. d. Oberstr. 48.  
Knaben, 1 Jahr alt, in gute  
Pflege zu geben. Offert. unt.  
W. 21 a. d. Expedition d. Bl.  
Wo kann ältere Frau das  
Schneidern für eigenen  
Bedarf in Abendstunden erlern.?  
(am liebst. in Connewitz). Off.  
u. R. 100 Hll. d. Bl. Connewitz.  
Wo kann sich Schulpflicht. Kind  
stundenweise aufhalten? Nähe  
Lufaststraße, Volkmarstr.  
Off. u. R. 10 Kallale Wolffm.

**Massage - Anatomie**  
Naturheilverfahren  
lehrt G. Müller, Waffend. St. 14.\*  
Gebe 3 Pfd. Zucker für 3 Str.  
Preisoff. d. Bl. Hainstr. 29, vt. r.  
Tausch Zucker gegen Br.  
Kaffe. St. 10, Hainstr. 44, II. r.  
Tausch Hartseifen gegen gew.  
Federbett u. geb. Kleiderst.  
Wauhsch, Waffend. Str. 4, R. Pfau.  
Tausch Hartseifen gegen neue  
Hofe. Karl-Rauhe-Str. 46a, vt. r.  
Gebe 4 Pfd. Zucker f. 2 Str.  
Brit. Matheilmittel 34, IV. I.  
Geb. Kartoff. f. Blir. od. Kohle.  
Dr. Durckstr. 25, vt. 1. Stöckerig.  
Wer tauscht ein. s. gaterb. d. Bl.  
Kleiderstrick geg. Bricketts?  
R. Anger, Waffend. Str. 14, III. I.  
Gebe 50 M. Bandmaß geg.  
Taschenuhr od. Fernglas.  
Schleuß. g. 3. Hainstr. 1, vt. r.

**Verleihe:**  
Gehrock, Frack, Smoking-  
Anzüge, Zylinder-Hüte usw.  
**Wadewitz,**  
Windmühlenstr. 33, I  
neben Astoria-Lichtspiele.\*  
**I. Berleib-Institut**  
seiner Gesellschaft. anstige  
J. K. Kindermann.\*  
Neumarkt 1, I. Gde. Grimm. St.

**Ihr Anzug**  
wird wieder wie neu ge-  
reinigt und geblüht für  
Mit. 10.-. Abholung u. Aus-  
sendung frei. Postkarte genügt  
an Wächter, "Undine"  
Leipzig-Döllitz. f

**Felle aller Art**  
z. Bucht. u. Farben nimmt an  
Paschauer, Eisenstr. 5, II.  
**Kammerjäger Wagner**  
K. Wobnt Senefelderstr. 11, S. I.\*

**Als Klavierstimmer**  
wird Herr Otto Dittmar,  
Leipzig, Schenkg. Weg 1b, I.,  
angelegenlich empfohlen.  
Direktion der Landes-  
blindenanstalt Chemnitz.

**Wenden,**  
Umarbeiten, Militär in Zivil,  
auch Damenmäntel u. Ko-  
stüme. Reparaturen. Schnell.  
Dachs, Hainstrasse 6. f

**Möbelführen** werb. angen.  
Arnhold, Grundstraße 9.\*

**Wohnungen**  
L. Stube, Dien., elektr. Licht a. Herrn  
u. Herrn. Schme. Tauch. St. 30, IV  
Leer Zimmer od. Wohng. sofort  
u. Herrn. Ang. Müllau. St. 57, vt.  
**Möbl. Zimmer** zu verm.  
Stöckerig, Eisenstr. 20, I. f.  
Frd. m. d. Limm f. 2 Herr. z. verm.  
Hl. m. d. H. Umburgstr. 35, I. r.  
**Stallung od. Niederlage**  
frei. Näb. Gohl. St. 26, vt. r.  
Weltmann u. Herr. St. 1. Dier.  
Gmt. Sch. St. 34, II. 116.  
**Wohnungs-Tausch.**  
2 St., 28., 12. m. G. St. St.  
850 M. mit ebenf. od. ähnl. Wohng.  
1. Leuzsch. od. Vindauer zu tauch.  
gef. Off. u. A. N. Kleingärtcher,  
Windmühlenstr. 13, vt. richten.

**Tausch Wohn., 1 St., 28. f. m.**  
G. St. Plag. od. Leuzsch. Off. u.  
P. Z. Kleing. Di. St. 11, vt. r.  
Wer tauscht Port.-Wohnung  
im Osten mit m. Laden gegen  
4 R. Wohn. 4 Etg. 320 Mf.  
Off. u. T. 18 a. b. Exp. d. Bl.  
Hl. II. Wohnung, Stube, 2 St.,  
Hl. 10. f. m. gr. Wohnung  
Ang. Karl-Rauhe-Str. 52, vt. I.  
A. eine Wohn., St., 11. m. 11.  
260 Mf., geg. groß b. 450 Mf.  
in Connewitz. S. S. zu tauch.  
gef. Hainstr. 10, vt. r. 118, III.  
Wer tau. frdl. Wohn. 2 St. m.  
St., 11. m. 11. f. Kleing.  
mit ander. mögl. Vind. Off. u.  
T. S. 100 Hll. Kleing. Dierkauf. 5.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Leuzsch. Bevölkerungsstatistik. Im Standesamtsbezirk Leuzsch mit Schönau wurden im Jahre 1919 247 Geburten gemeldet. Auf Leuzsch entfielen 128 Knaben und 118 Mädchen, auf Schönau 8 Knaben und 2 Mädchen. Unehelich sind davon geboren in Leuzsch 16 Knaben und 15 Mädchen. Wie die Geburtenzahl fällt, geht aus folgenden Ziffern hervor: Es wurden geboren 1900 333, 1903 400, 1906 430 Kinder. Von da an sinkt die Ziffer auf 389 im letzten Friedensjahre. In den Jahren 1914 bis 1918 wurden geboren 333, 260, 167, 144 und 109. — Die Zahl der Eheschließungen hat sich gegen das Vorjahr um 66 gehoben. Es wurden Ehen geschlossen im letzten Friedensjahre durchschnittlich 102, 1914 bis 1918 jedoch 123, 72, 58, 59, 33 einschließlich Kriegstraumungen, und im Jahre 1919: 153. Todesfälle haben sich 113 ereignet, davon 8 in Schönau. In den Jahren 1909 bis 1918 starben durchschnittlich jährlich 153, in den Kriegsjahren 1914 bis 1918: 171, 201, 189, 170 und 210, einschließlich der über 300 gefallenen Krieger. Während im Vorjahre die Grippe manches Opfer forderte, blieb dieses Jahr die Einwohnerzahl von einer Epidemie verschont, die Todesfälle überschritt die letzte Friedensjahre nur unbedeutend. Unter den Toten befinden sich als totegeborene in Leuzsch 4 Knaben und 5 Mädchen, außerdem 10 gefallene Krieger, 1 Matrose, der bei den Januarkämpfen am Bahnhof Leuzsch fiel, und 1 Berunglückter.

Wahren. Schulvorstandsbericht. Von der Lehrerschaft ist Lehrer Gläser an Stelle des Lehrers Köhn, der als Schulleiter gewählt worden ist, als Vertreter gewählt worden. Nach Kenntnisnahme von der Ministerialverordnung über Unterrichtspausen wurde beschlossen, diese Regelung einzuführen. Ueber Aufnahme begabter Schüler aus der Nachbargemeinde Stahmeln soll von Fall zu Fall entschieden werden. — Die Erweiterung der elektrischen Lichtanlage für das Kellergehöft des Hauptschulgebäudes wurde unter Bewilligung der Kosten in Höhe von 600 Mk. einstimmig beschlossen. Zur Anschaffung von 50 Stück neuen zweiflügeligen Schulbänken wurden 11 000 Mk. bewilligt. Eine Einrede der Lehrer wegen Neuerungsmangel nur als Privathauptfläche für die Zuleitungen vermerkt werden. Dies ist auf Verlangen nachzuweisen.

der Gehaltsstaffel wurde mit Rücksicht auf eine Verordnung des Ministeriums für Kultus und öffentlichen Unterricht derart geregelt, daß die jetzigen Grundgehälter einschließlich Alterszulagen um 700 Mark erhöht wurden. Das personalfähige Endgehalt wurde auf 4200 Mark festgesetzt. Hierzu kommt noch Wohnungsgeld und eine widerrechtliche Feuerungszulage von 3000 Mk. Ein händiger Lehrer erhält demnach ein Mindestgehalt von 7200 Mk. Hilfslehrer und Lehrerinnen erhalten 2500 Mk. Gehalt, 500 Mk. Wohnungsgeld und 3000 Mark Feuerungszulage. Kinderzulagen werden nach den staatlichen Sätzen gewährt. Der Schulhausmann erhält eine Feuerungszulage nach den Bestimmungen für die Gemeindefunktionäre. Die Mäntel der Schulbänke einen Stundenlohn von 2,20 Mk. Die Sätze treten mit dem 1. Januar 1920 in Kraft. Das letzte Rechnungsjahr wird am ein Vierteljahr verlängert und endet sonach Ende März. Während der Weihnachtsferien sind die Kassen der Schule zu sein. Die Kosten hierzu wurden außerhalb des Haushaltsplans bewilligt.

Schwendig. Stadtverordnetenversammlung vom 24. 12. 1919. Eine reichhaltige Tagesordnung war zu erledigen, nur das wichtigste sei hervorgehoben. — Zwischen der Anstalt Bergmannswohl einerseits und dem Magistrat andererseits ist ein Kolonnen getroffen worden, wonach Stadtkranke in einem Verpflegungsbau von 6 Mk. untergebracht werden können. Solange kein eigenes Krankenhaus besteht, ist dies ein annehmbares Provisorium. — Der Errichtung zweier Lehrstellen für zwei in Ostern 1920 zu errichtende Hilfsklassen wurde zugestimmt. Mit dieser Errichtung ist ein gutes Werk getan. Die armen, geistig zurückgebliebenen Kinder werden von Ostern 1920 an adäquat unterrichtet. Es ist für diese hilfsbedürftigen Kinder die Gewähr gegeben, daß sie das Allernotwendigste lernen, ohne von den übrigen Kindern gehänselt zu werden. — Einen Magistratsbescheid, den die Lehrerinnen für die Vertretungs- und Kombinationsstunden eine Vergütung zu gewähren, wurde zugestimmt. — Für die Volkshochschulkurse wurden 300 Mk. bewilligt mit der Bedingung, daß Rechnung zu legen ist. — Zum Orisstatut der neuerlichen Fortbildungsschule wurde ein Nachtrag beschlossen, wonach bei Arbeitslosigkeit der Schüler die Eltern verpflichtet sind, sie

zum Besuch der Fortbildungsschule anzuhalten. Schulgeld wird für diese Zeit von der Stadtkasse getragen. — Der Armenrat bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 20 000 Mk., gegen das Vorjahr ein Mehr von 8000 Mk. Er fand einstimmige Annahme. — Für das Elektrizitätswerk wurden die Mittel zum Umbau einer Kohlentransportanlage und zur Herstellung einer Wasserzufuhr von der Elster nach einem Brunnen bewilligt. — In dem Punkt, Einleitung von Verhandlungen mit den zuständigen Behörden auf Eingemeindung der Landgemeinde Papitz und des Gerichtsbezirks Nitzschberg in den Stadtbezirk Schwendig machte der Bürgermeister längere Ausführungen. Er machte auf alle Vorteile, die allen drei Gemeinden dadurch entstehen würden, aufmerksam. Die bürgerlichen Vertreter lehnten dies ab. Die Fraktion der U. S. P. begrüßte einen beratigen Schritt und wünschte besten Erfolg. — Schon im Januar soll ein Transport erholungsbedürftiger Kinder nach der Schweiz abgehen. Auch unsere Stadt soll mit einer größeren Zahl bedacht werden. Um auch den ärmsten Kindern dieses menschlichenfreundliche Werk der Schweizer zugute kommen zu lassen, wurde eine Summe von 5000 Mk. bewilligt. Privaten Händen wurde die Vorbereitung entzogen und dafür eine gemischte Kommission, bestehend aus den Herren Köhler, Schopf, Wöhr und den Herren Brüggen und Schulleiter Müller, ernannt. — In der nächsten Zeit soll Dr. Popitz-Leipzig in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung einen Vortrag über die Notwendigkeit eines Schularztes halten. — Ein Antrag des Genossen Böhm, die sich hier niedergelassenen Spielclubs aus dem Orte zu verweisen, fand einstimmige Annahme. — Ein Antrag des Hausbesitzervereins, die Bildung einer Kommission zur Festsetzung der Mietpreise vorzunehmen, wurde abgelehnt, weil in nächster Zeit ein eigenes Mietregulierungsamt in Kraft tritt.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Ämliche Bekanntmachungen.

Infolge der weiteren Verteuerung der Kohlen wird der Preis für Gas und Elektrizität mit Wirkung für den Verbrauch vom 16. Januar 1920 an eine neue Erhöhung erfahren. Die Veröffentlichung der Preise wird erfolgen, sobald sie von den zuständigen Stellen festgesetzt worden sind. Leipzig, am 3. Januar 1920. Der Rat der Stadt Leipzig.

Heute sind die zu unbesoldeten Stadträten wiedererwählten Herren Geschäftsführer Adolf Bammer, Architekt und Bauart Franz Franke, Bankherr und Geh. Kommerzienrat Oskar Meyer, Kaufmann Wilhelm Nyssel und Kaufmann und Kommerzienrat Hugo Seifert wiederpflichtet und die zu unbesoldeten Stadträten neu in unsern Ratkollegium berufenen Herren Realgymnasiallehrer Prof. Dr. phil. Alexander Bennewitz, Reallehrer Emil Wittner, Gastwirt Alfred Diebe, Reallehrer Hermann Friedrich, Fabrikbesitzer Hugo Graf, Reallehrer William Meyer, Lehrer Oswald Diekmann, Gewerkschaftsangehöriger Eduard Jakob, Geschäftsführer August Lehmann, Verbandsvorsteher Friedrich Mantel, Geschäftsführer Karl Preißner und Schriftleiter Friedrich Wlbing verpflichtet und in ihr Amt eingeweiht worden. Leipzig, am 3. Januar 1920. Dir.-Reg. I. Der Rat der Stadt Leipzig.

Als Privathauptfläche für Einführung der Wasserleitung in die Gru. 614/4 werden aus Betriebsrücklagen vom 1. Januar 1920 an nur noch die Fläche des städtischen Wasserwerkes, welche durch Stempel oder durch eine Plombe mit Wasserwappen an Gehäusen kenntlich gemacht sind, und dessen Verordnungen zugelassen. Die Fläche, welche bei Bedarf von Lager 5, Poststraße 19, gegen sofortige Entrichtung des Tagespreises zu beziehen sind, dürfen vorläufig wegen

Materialmangel nur als Privathauptfläche für die Zuleitungen vermerkt werden.

Den Grundstücksbesitzern wird empfohlen, auch hinter dem Wassermesser für die eigene Verschraubungen zu wählen, welche den Einheitsnormen des Wasserwerks entsprechen, damit später nach Behebung des Materialmangels schadhafte Röhre leicht und billig gegen solche des Wasserwerks ausgetauscht werden können; Wahlkosten gibt die Wasserwerksdirektion kostenlos an die einschlägigen Geschäfte ab. Leipzig, den 3. Januar 1920. B. N. 321a. Der Rat der Stadt Leipzig.

Kraftstrohjutter = Preis.

Der Preis für 1 Zentner Kraftstrohjutter wird vom 5. Januar 1920 an bis auf weiteres wie folgt festgesetzt: 14,90 Mk. bei Abholung von der Fabrik, Leipzig, Friedrichstr. 14. 15,50 Mk. bei Abholung von der Verkaufsstelle des Händlers. 16,10 Mk. bei Zufuhr des Händlers frei Hof des Empfängers. Leipzig, den 3. Januar 1920. B. N. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Die öffentlichen Schuttabladeplätze bleiben vom 11. Januar 1920 ab Sonntag geschlossen. Leipzig, am 2. Januar 1920. B. N. III Nr. 2. Der Rat der Stadt Leipzig.

Die Auffüllung des Schuttabladeplatzes auf den Füllweidenwiesen an der Kaiserin-Augusta-Straße ist beendet, so daß Schutz und Wäse nicht mehr angefahren werden können. Der Platz wird deshalb Sonnabend, den 10. Januar d. J. geschlossen. Leipzig, am 2. Januar 1920. B. N. III Nr. 1. Der Rat der Stadt Leipzig.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Die Herren Arbeitgeber werden darauf hingewiesen, daß einleitende Lohnveränderungen, die Befreiung nach einer anderen als der bisherigen Beitragsklasse zur Folge haben, gemäß § 18, Abs. 6 der Satzung binnen 3 Tagen zu melden sind. Es empfiehlt sich, zur Meldung der Lohnveränderungen die bei unserer Werkstätte, Zimmer Nr. 102, und der Hauptverwaltung, Zimmer Nr. 28, unentgeltlich erhältlichen Formulare zu benutzen. Leipzig am 3. Januar 1920. Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. M. Prig, Vorsitzender.

Landbezug von Rohbraunkohle.

Wegen des starken Mangels an Eisenbahnwaggons und Brennstoffen hat der Reichskommissar für die Kohlenverteilung bis auf weiteres den Bezug von Rohbraunkohle auf dem Landwege freigegeben. Auf der Ortslokalstelle, Dittichring 3 A, Erdgeschoss, Zimmer 3, werden deshalb zum Bezug von Rohbraunkohle Landbezugscheine ausgeben und zwar an Haushaltungen solche über 5, 10 oder 20 Zentner, an sonstige Verbraucher von Fall zu Fall über Mengen bis zu 100 Zentner. Die Mengen werden angerechnet auf die letzten Abchnitte der ausgegebenen Kohlenarten und zwar nur zur Hälfte der auf dem Landbezugscheine vermerkten Kohlenmenge. Die Kohlenarten — von den Haushaltungen die Hauptkohlenarten — sind bei Abholung der Landbezugscheine vorzulegen. An Bezugslokalen abzuführen werden für jeden Zentner 2 Pf., bei Mengen über 50 Zentner 3 Pf. erhoben. Leipzig, am 3. Januar 1920. D. R. St. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

Sparkasse Leuzsch.

Wegen Verlegung des Rechnungsjahres auf die Zeit vom 1. April bis 31. März wird das Rechnungsjahr 1919 bei der hiesigen Sparkasse bis zum 31. März 1920 verlängert. Die Einlagen können aus diesem Grunde diesmal erst vom 1. April 1920 an den Sparkassen zugewiesen werden. Leuzsch, den 10. Dezember 1919. Die Sparkasseverwaltung.

Sparkasse Lindenthal.

Wegen Verlegung des Rechnungsjahres auf die Zeit vom 1. April bis 31. März wird das Rechnungsjahr 1919 bei der hiesigen Sparkasse bis zum 31. März 1920 verlängert. Die Zinsen über die Einlagen in den Rechnungsbüchern kann aus diesem Grunde diesmal erst vom 1. April 1920 ab gefahren. Lindenthal, den 20. Dezember 1919. Die Sparkassenverwaltung.

Sparkasse Leutzsch.

Unter Bürgschaft der Gemeinde. Kapital über 1 200 000 Mk. Einlagequittungen 23 Millionen Mark. Kassenzeit: Wochentags 8 bis 1 Uhr. Geschäftslokal: Rathaus, Zimmer 6 Fernspr.-Anschl. 2887. Zinsfuß 3 1/2 % Die Verzinsung der Einlagen erfolgt täglich. Verwahrung u. Verwaltung, An- u. Verkauf von Wertpapieren. Galdestelle der Straßenbahnlinien 17, 18 und 2. Postkassettensort Leipzig Nr. 3807. Bankkonto bei der Allg. Deutschen Kredit-Anstalt, der Gemeindeverb.-Sparkasse Leuzsch u. Sparkasse Leipzig.

Das gute Niebeck Bier

Pest in Florenz. Pest in Florenz. Pest in Florenz.

Tanz-Kursus. Nur für Anfänger. Beginn: Mittwoch, d. 7. Jan., 7 Uhr abends, Kaiser Friedrich, L.-Gohlis, Mendestr. 24. Anmeldung dort täglich von 7 Uhr abends an und L.-Mädern, Laubestr. 9, II. r. Ausbildung nach leicht fasslicher Methode grünlich. — Honorär gering.

Konter-Zirkel einige Anmel. erwünscht. Max Thieme, Schnorrstr. 10, I.

Tanz-Unterricht Waizer, Rheinländer, spez. f. d. Damen u. Herren lehrt zu jeder Tageszeit schnell u. grdl. C. Mochel, Mitgl. d. J. L. T. Leipzig-Vo., Idastr. 23, III. L. Priv.-Saal: Nikolaistr. 10, p. I.

1/4, 1/2 u. Pfennig-Skat sowie Doppelkopf- und Strohmännchen spielen finden jeden Tag v. 3 Uhr an Anschluss Thubners Restaurant Frankfurter Straße 33.

Sie ersparen viel! In der Wäsche u. Reste für alle Zwecke. Wapp, in Verteilungen, Marktsch. in Böhnerwachs, Abreier, Buntpapier und alle einschlägigen Artikel. Tapeten das Beste. Breite für jeden erschwänglich. B. Nestler, Eisenbahnstr. 99 (L. W. V.) Ecke Elisabethstr., vorher 14 Jahre Eisenbahnstr. 99 A. 2. H.

Reformhaus Ida Becker 29. Eisenbahnstr. 96 Sämtliche Artikel für Wochen-Kranken Pflege

Haut-, Geschlechts- a. Harnleid., nur. str. Schwäche beh. Dr. med. Derl, nicht approb., Mitglied naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstraße 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr

Pest in Florenz. Pest in Florenz. Stoffe in Militär-Drell zu Arbeitssachen nur in Friedens-Qualität, verkauft preiswert Fr. Kell, L.-Lind., Felsenkellerstraße 4, part. Komme auch nach auswärtig. Schreiben Sie bitte eine Karte. Bringe genügend Auswahl mit.

Kleine Inserate können auf Vollanweisungen geschrieften werden. Das Porto beträgt für Postanweisungen bis 5 Mark 20 Pf.

Familien-Nachrichten Unserm ehemaligen Sangesbruder vom früh. Verein Vorwärts, der sich während des Sozialisten-gelches in Halle aufloste, dem jugendlich alten Genossen Otto Ackermann, gratulieren wir zu seinem heut. 70. Geburtstag, wir reiben ihm einen kräftigen Salat an u. bringen ihm ein hundertjähr. „Er lebe hoch!“ dar.

Wir gratulieren unserem verehrten Werkzeuemeister, Herrn Otto Ackermann, zu seinem heutigen 70. Geburtstag und wünschen ihm das Allerbeste. — Sei, ob er wohl wat maskin baut?





# Königs-Pavillon

Promenadenstr. 8. Fernruf 19271.

# Kasino-Lichtspiele

Neumarkt. Fernruf 19950.

Spielplan bis einschliesslich den 8. Januar 1920:

## DU - Der Herr meiner Schmach oder Der Herr der Liebe

Grosses Tendenz-Drama aus dem Leben in 4 Akten.

### „Die Galoschen des Glücks“ Lustspiel in 2 Akten

Ferner: **nur im Königs-Pavillon**  
Persönliches Auftreten der kleinen  
**Editha Ott** genannt Das lebende Püppchen  
„Das tanzende Elfenchen“  
5, 6.30 und 8.10 Uhr.

Hierzu: **nur im Kasino-Lichtspiele**  
**DER TANZ IM FILM**  
1. Ungarische Tänze  
2. Indischer Tempel-Tanz  
3. Matrosen-Tanz

Sonn- und Feiertags 3 1/2 Uhr — Anfang — Wochentags 4 Uhr.  
Zu diesen Vorstellungen haben **nur Erwachsene** (über 16 Jahre) Zutritt.

# Welt-Theater

Barfussgasse (Am Markt)

Heute und folgende Tage:

## Mady Christians

### Der goldene Klub

Kriminal-Drama in 4 Akten.

## Hedda Vernon

in der 4aktigen ergreifenden Tragödie

### Die Hexe von Norderoog.

#### Ein Schlager-Doppel-Programm

Im Erstaufführungsrecht!

Wochentags 4 Uhr — Sonntags 3 1/2 Uhr.

## Kasslers Festsäle

Leipzig-Volkersdorf, Elisabethstrasse 13  
Strassenbahn 2, 3, 4, 8.  
Glänzend renoviert. Prätig ausgestattet.

Morgen Hohnuejahr  
**DER FEINE BALL**  
Anfang 4 Uhr.  
GUTE STUBE täglich großer Betrieb.

## Gasthof Neustadt.

Hohnuejahrstag 4 Uhr: **Grosser Ball.**  
Freitag 6 Uhr: **Grosser Ball.**

**Sächsisches Haus, Sänichen**  
Dienstag **Der feine Ball** Küche u. Stell. bef. gut.  
von 6 Uhr an **Karl Kühn u. Frau.**

**Goldner Stern, Lösnig.**  
Morgen Hohnuejahr, 5 Uhr  
**Der feine Ball.**

**Gasthof zur Mühle, Großschocher**  
Hohnuejahrstag:  
**Grosses Preisskaten.** Anfang 4 Uhr.

**Schwarzer Jäger, Leutzsch.**  
Morgen Dienstag, 6. Januar (Hohnuejahr)  
**Grosses Familien-Konzert**  
der berühmten

**Leipziger Humor-Sänger**  
mit ihrem wunderbar. Weihnachtsprogramm.  
Eintritt 1/2 1/4 Uhr. Anfang 1/2 1/4 Uhr.  
(Vorverkauf im Restaurant.)  
Nachdem grosser Ball.

**Borsdorf Rosenschlösschen**  
Dienstag, 6. Januar (Hohnuejahr), von 4 Uhr an  
**Grosser Eröffnungs-Ball**  
Mutterbetrieb. Neueste Tänze. Ungemein gezielte Lokalitäten.  
10 Uhr: Große Ueberraschung. Jeder Herr und Dame  
erhält ein überraschendes Geschenk.  
Freundlichkeit laden ein **Karl Zille und Frau.**

**Kino Eythra.**  
Dienstag, den 6. Januar:  
**LILLI**  
Großer Stummfilm aus dem Gesellschaftsleben Berlin V.  
Anfang 8 und 8 Uhr. Nur für Erwachsene.  
Erhöhte Preise.

**Uhren**  
Ketten, Schmucksachen  
Grösste Auswahl. Billigste Preise.  
**Gustav Kaniss**  
6 Tauchaer Strasse 6

**Licht- u. Naturheilverfahren**  
**F. H. Geisler**  
Blutreinigungskuren. Sorgfält. Behand-  
lung. Vorausgehende gründliche Unter-  
suchung der inneren Leiden mit Nach-  
prüfung aus den Krankheitszeichen in  
den Augen. Sprechzeit 9-12, 3-5. **Pflandorfer Str. 14.**

**BRIEFMARKEN-HANDLUNG**  
Auswahlsendungen besserer Europa- und  
Ueberseemarken. Alle philatelistische Be-  
darfsartikel: Tauschhefte, Tauschbogen,  
Alben, Fälsche, Zähnungsschlüssel. Fertig-  
stellen ganzer Sammlungen. Hohe Preise.  
**O. STOYE, LEUTZSCH-LEIPZIG.**

**Zigaretten**  
Goldmundstück  
Orientalischer goldgelber Tabak  
**250 Mark per 1000**  
Lieferung Zigaretten-  
Großhdlg. Leipzig  
Telephon 3918 :: **Katharinenstr. 17.**

**Schützenhaus** Eisenbahnstrasse 129  
Fernsprecher 60158  
Inhaber: **Paul Knöbel.**  
Morgen, Hohnuejahr, 1/2 5 Uhr  
Mittwoch, ab 6 Uhr **Schützenhaus-Ball.**

**Sächsischer Hof, G.-Schö.** Fernruf 4556.  
Morgen, Hohnuejahr **Ball.**  
ab 5 Uhr

**Waldmeister**  
Morgen Dienstag (Hohnuejahr), nachm. 4 Uhr  
und Mittwoch, nachm. von 6 Uhr an  
**Grosser W.-Ball.**  
Bestimmter Treffpunkt der tanztüchtigen  
Jugend. — Strassenbahn: Hauptbahnhof.  
Sunbori, aller 20 Minuten, außerdem 17 und 18 bis Seufsch.

**Schul-Ranzen Taschen Mappen** rückertragbar  
Nur eigene solide Fabrikate.  
Prima Rindleder. Grösste Auswahl.  
Billigste Preise.  
**Karl Blaich**  
Windmühlenstrasse 32 Tauchaer Strasse 16

Die Einsender von Vereins- und  
Gewerkschaftsinseraten werden ge-  
beten, ihre Einsendungen luntlichst mit Stempel  
ihrer Organisation, wenigstens aber mit  
Unterschrift, zu versehen.  
Ferner werden die Vorstände der Organisationen gebeten,  
zum pünktlichen Erscheinen der Zeitung beizutragen durch  
**rechtzeitige Aufgabe der Inserate.**  
Für die fällige Nummer müssen die Inserate spätestens  
9 Uhr vormittags — möglichst aber früher — in unserer  
Haupt-Expediton sein.  
**Leipziger Volkszeitung.**  
Inseratenabteilung.

**Taschenlampen, Batterien**  
elektrische Artikel  
**Schuhmacher-Artikel**  
Tischlerei-Artikel usw.  
Empfehlung  
**Böhse, Kaiserstr. 3**

**Zahn-Praxis**  
**Minna Torton**  
Blücherstr. 45, 1  
am Hauptbahnhof.  
Tel. 10875. Geogr. 1898  
Künstl. Zähne v. 1.25 an  
Plomben von 1.50 an  
Repar. sot. Bill. Preise.  
Schonende Behandlung

Unentbehrlich für Bibliotheken, Funktionäre,  
Redner, Arbeiterräte und alle Revolutionäre!  
**DER**  
**KLASSENKAMPF**  
**IN RUSSLAND**  
Ein Beitrag zur Diktatur des Proletariats  
und zur Entwicklungsgeschichte  
der Arbeiterräte  
Von Paul Böttcher  
Preis 50 Pfennige  
Alle Austräger und Filialen  
der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen  
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft  
Abt. Buchhandlung, Tauchaer Strasse 19/21

Goeben erschien in unserem Verlage:  
**Das**  
**Chemnitzer Blutbad**  
am 7. und 8. August 1919  
Von der Lebensmitteldemonstration  
zum Straßenkampf  
Eine kritische Darlegung der Geschehnisse, zugleich  
ein Beitrag zur Würdigung des rechtssozialistischen  
Vertrags an der Einheit der Arbeiterklasse  
von Bruno Brudardt  
Preis 50 Pfennig  
Zu haben in unseren Verkaufsstellen. Die Aus-  
träger der Volkszeitung nehmen Bestellungen an  
**Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft**

**Leipziger Bücher-Ramsch-Halle**  
Burgstr. 22/24, gegenüber d. Thüringer Hof.  
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- u. Jugendschriften.  
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.  
Ankauf von Büchern ausser Zeitschriften und Schulbüchern

## Reichshallen

L.-Volkm., Elisabethstr. 3-7. Tel. 60586. Inh. R. Liebold  
Hohnuejahr, 1/2 4 Uhr **Gr. Elite-Ball.** 9 Uhr  
Mittwoch, 6 Uhr **Konter.**

**Neuer Gasthof Gohlis.**  
Morgen, Hohnuejahr, ab 1/2 4 Uhr  
**Grosses Ballfest.** Spiegelzelt. Parkett.

**3 Mohren.**  
Heute ab 6 Uhr, morgen, Hohnuejahr, ab 4 1/2 Uhr  
**Das gemütliche Ballfest.**

**Gasthof zum Reiter** Leipzig-Dölitz.  
Inh. Wwe. Hans Fenschel  
Hohnuejahr ab 4 Uhr **Grosser Elite-Ball** Neueste Tänze.  
Flottler Betrieb.

**Schützenhaus** Eisenbahnstrasse 129  
Fernsprecher 60158  
Inhaber: **Paul Knöbel.**  
Morgen, Hohnuejahr, 1/2 5 Uhr  
Mittwoch, ab 6 Uhr **Schützenhaus-Ball.**

**Sächsischer Hof, G.-Schö.** Fernruf 4556.  
Morgen, Hohnuejahr **Ball.**  
ab 5 Uhr

**Waldmeister**  
Morgen Dienstag (Hohnuejahr), nachm. 4 Uhr  
und Mittwoch, nachm. von 6 Uhr an  
**Grosser W.-Ball.**  
Bestimmter Treffpunkt der tanztüchtigen  
Jugend. — Strassenbahn: Hauptbahnhof.  
Sunbori, aller 20 Minuten, außerdem 17 und 18 bis Seufsch.

**Schul-Ranzen Taschen Mappen** rückertragbar  
Nur eigene solide Fabrikate.  
Prima Rindleder. Grösste Auswahl.  
Billigste Preise.  
**Karl Blaich**  
Windmühlenstrasse 32 Tauchaer Strasse 16

Die Einsender von Vereins- und  
Gewerkschaftsinseraten werden ge-  
beten, ihre Einsendungen luntlichst mit Stempel  
ihrer Organisation, wenigstens aber mit  
Unterschrift, zu versehen.  
Ferner werden die Vorstände der Organisationen gebeten,  
zum pünktlichen Erscheinen der Zeitung beizutragen durch  
**rechtzeitige Aufgabe der Inserate.**  
Für die fällige Nummer müssen die Inserate spätestens  
9 Uhr vormittags — möglichst aber früher — in unserer  
Haupt-Expediton sein.  
**Leipziger Volkszeitung.**  
Inseratenabteilung.

**Taschenlampen, Batterien**  
elektrische Artikel  
**Schuhmacher-Artikel**  
Tischlerei-Artikel usw.  
Empfehlung  
**Böhse, Kaiserstr. 3**

**Zahn-Praxis**  
**Minna Torton**  
Blücherstr. 45, 1  
am Hauptbahnhof.  
Tel. 10875. Geogr. 1898  
Künstl. Zähne v. 1.25 an  
Plomben von 1.50 an  
Repar. sot. Bill. Preise.  
Schonende Behandlung

Unentbehrlich für Bibliotheken, Funktionäre,  
Redner, Arbeiterräte und alle Revolutionäre!  
**DER**  
**KLASSENKAMPF**  
**IN RUSSLAND**  
Ein Beitrag zur Diktatur des Proletariats  
und zur Entwicklungsgeschichte  
der Arbeiterräte  
Von Paul Böttcher  
Preis 50 Pfennige  
Alle Austräger und Filialen  
der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen  
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft  
Abt. Buchhandlung, Tauchaer Strasse 19/21

Goeben erschien in unserem Verlage:  
**Das**  
**Chemnitzer Blutbad**  
am 7. und 8. August 1919  
Von der Lebensmitteldemonstration  
zum Straßenkampf  
Eine kritische Darlegung der Geschehnisse, zugleich  
ein Beitrag zur Würdigung des rechtssozialistischen  
Vertrags an der Einheit der Arbeiterklasse  
von Bruno Brudardt  
Preis 50 Pfennig  
Zu haben in unseren Verkaufsstellen. Die Aus-  
träger der Volkszeitung nehmen Bestellungen an  
**Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft**

**Leipziger Bücher-Ramsch-Halle**  
Burgstr. 22/24, gegenüber d. Thüringer Hof.  
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- u. Jugendschriften.  
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.  
Ankauf von Büchern ausser Zeitschriften und Schulbüchern